

8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Wir kommen nun schon zu den dringlichen Anträgen. Ich darf Frau Gemeinderätin Elke Heinrichs bitten, ihren dringlichen Antrag zur Spezialambulanz für peripartale Psychiatrie an der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie am LKH Graz II einzubringen.

8.1 Spezialambulanz für peripartale Psychiatrie an der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie 2 (peripartAmb) am LKH Graz II Süd (GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)

GRⁱⁿ **Heinrichs**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich wende mich an Sie mit einem Antrag zur dringlichen Behandlung. Es wurde schon von der Frau Bürgermeisterin gesagt, worum es geht. Peripartale Psychiatrie, was heißt „peripartal“? Sowohl bereits in der Zeit der Schwangerschaft als auch nach der Geburt kann es zu Schwierigkeiten führen, Schwierigkeiten psychischer Natur bei Frauen, aber durchaus auch bei den Vätern, also bei Müttern und Vätern, in der Folge für die ganze Familie. Entsprechende Studien zeigen, dass sowohl zurzeit der Schwangerschaft als auch nach der Geburt das Risiko psychisch zu erkranken relativ hoch ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass im Leben einer Frau eine psychische Erkrankung auftritt ist nie höher als während der Schwangerschaft beziehungsweise nach der Geburt, was man nicht so ohne Weiteres glauben würde, die Zahlen sind relativ hoch. 10 bis 15 % aller Mütter erkranken an einer peripartalen Depression. Laut Statistiken der Spezialambulanz im Wiener Otto-Wagner-Spital betrifft das alleine in der Bundeshauptstadt rund 2.000 Frauen jährlich. Auftretende Krankheitsbilder während der Schwangerschaft, im Wochenbett und oft aber vor allem ab der vierten Woche nach der Geburt, reichen von Depressionen aller Stufen bis hin zu schweren

psychischen Erkrankungen bis hin zu Psychosen und einer notwendigen Hospitalisierung. Dieser Erkrankungen erfordern natürlich eine hohe Expertise derer, die diesen betroffenen Familien zur Seite stehen müssen. Die unbehandelten Krankheiten wirken sich, wie man es sich denken kann, in der Folge auf Kind und Familie aus. In Graz gibt es durch unterschiedliche Stellen ein Unterstützungs- und Beratungsangebot. Aus diesen Gründen haben die Experten und Expertinnen des LKH Graz II Süd an der Abteilung PS2 eine Einheit etabliert, welche stationär psychisch erkrankte Mütter zusammen mit deren Säuglingen betreut. Die ambulante Arbeit erfolgt allerdings neben dem Routinebetrieb und kann aus diesem Grund nicht strukturiert werden. Besonders wichtig ist es aber, dieses Angebot in die Regelversorgung aufzunehmen, damit das bereits bestehende und gute Angebot weiter entlang des Bedarfs ausgebaut werden kann. Besondere Dringlichkeit hat das Thema auch deshalb, weil aktuell die Gespräche zur Planung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit Steiermark laufen. Um die Betreuung psychisch kranker Mütter und Väter durch die besonders hohe Expertise, wie ich schon gesagt habe, weiterhin zu garantieren und das formelle und informelle Angebot in der Versorgungsstruktur zu verankern, treten wir am Petitionsweg an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung heran.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag, die ambulante Versorgung von psychisch erkrankten Müttern und Vätern im Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark zu verankern und diese mit einer peripartalen Ambulanz (Mutter-Vater-Kind-Ambulanz) am LKH Graz II Süd an der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie 2 abzusichern. Ich bitte Sie um Annahme. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes bringt in der Regel ein Konvolut an Veränderungen der gewohnten Tages- wie Nachtabläufe von Eltern mit sich. Durch die markanten Umstellungen können sich mitunter sehr unerwartete Problemstellungen auf tun, die letztlich doch nur mit großen Anstrengungen sowie durch breite medizinische Unterstützung zu bewältigen sind. Entsprechende Studien zeigen, dass sowohl zur Zeit der Schwangerschaft als auch nach der Geburt (postpartum) das Risiko psychisch zu erkranken relativ hoch ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass im Leben einer Frau eine psychische Erkrankung auftritt, ist nie höher als während der Schwangerschaft beziehungsweise nach der Geburt. 10-15 % aller Mütter erkranken an einer peripartalen Depression. Laut Statistiken der Spezialambulanz im Wiener Otto-Wagner-Spital, betrifft das alleine in der Bundeshauptstadt rund 2.000 Frauen jährlich.

Auftretende Krankheitsbilder während der Schwangerschaft, im Wochenbett und oft ab der vierten Woche nach der Geburt reichen von Depressionen aller Stufen bis hin zu Wahnvorstellungen und Sinnestäuschungen, von Einschränkungen im alltäglichen Funktionieren bis hin zur Hospitalisierung aufgrund von Psychosen. Auch Väter können psychisch erkranken. Unbehandelte Krankheiten wirken sich massiv auf Kind und Familie aus. In Graz gibt es durch unterschiedliche Stellen ein Unterstützungs- und Beratungsangebot. Aus diesen Gründen haben die Experten und Expertinnen des LKH Graz II Süd an der Abteilung PS2 eine Einheit etabliert, welche stationär psychisch kranke Mütter zusammen mit deren Säuglingen betreut. Die ambulante Arbeit erfolgt allerdings neben dem Routinebetrieb und kann aus diesem Grund nicht strukturiert werden. Besonders wichtig ist es aber, dieses Angebot in die Regelversorgung aufzunehmen, damit das bereits bestehende und gute Angebot weiter entlang des Bedarfs ausgebaut wird. Besondere Dringlichkeit hat das Thema auch deshalb, weil aktuell die Gespräche zur Planung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit Steiermark laufen. Um die Betreuung psychisch erkrankter Mütter und Väter durch die besonders hohe Expertise weiterhin zu garantieren und das formelle und informelle

Angebot in der Versorgungsstruktur zu verankern, treten wir am Petitionsweg an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung heran.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag, die ambulante Versorgung von psychisch erkrankten Müttern und Vätern im Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark zu verankern und diese mit einer peripartalen Ambulanz (Mutter-Vater-Kind-Ambulanz) am LKH Graz II Süd an der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie 2 abzusichern.

GRⁱⁿ Derler:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, lieber Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kolleginnen, liebe Antragstellerin. Ein sehr bedrückendes Thema, die Depression, die Psychosen, muss man ganz ehrlich sagen. Ich habe mir diesen dringlichen Antrag mehrmals durchgelesen und bin eigentlich ganz erfreut gewesen, dass Sie dieses Thema ansprechen. Wobei ich ganz ehrlich sagen muss, dass ich beim Inhalt, auch beim Text nicht alles, nicht ganz Ihrer Meinung bin. Insofern, man muss einmal wirklich differenzieren, es wird mit dem Wort Depression ziemlich rasch umgegangen, das muss man jetzt ganz ehrlich sagen. Ganz wichtig ist, es gibt physiologische Depressionen, die ich tagtäglich im Sanatorium oder bei Geburten kennenlerne. Also das ist einmal ganz wichtig, dass man weiß, dass 80 % der Frauen am dritten, vierten Tag eine Depression, wir nennen es einen Baby Blues, entwickeln. Das heißt, da sind oft die Kindesväter ganz überfordert, weil eigentlich soll man glücklich sein, soll man sich freuen und die Mutti sitzt und weint. Und ich komme dann immer ins Zimmer und sage: Du, ich freue mich, weil, wenn die Tränen fließen, fließt die Milch. Also da muss man einmal sagen, nicht jede Depression ist schlecht. Sie schreiben von Studien, prinzipiell sitzen Sie ja voll an der Quelle mit dem Gesundheitsstadtrat. Das heißt, es

wäre sehr wichtig einmal zu schauen, wie schaut es bei uns hier in Graz aus? Und nicht mit Statistiken und Studien zu kommen von einem anderen Bundesland, weil die Karten dort ganz anderes gemischt sind. In Wien und in Niederösterreich gibt es tatsächlich einen enormen Mangel an Hebammen. Und die Hebamme, warum genau dieses Thema so wichtig ist, das Österreichische Hebammengremium hat mit dem Land und mit der Bundesregierung sehr wohl auch schon in eine zweite Hebammenberatung in Aussicht gestellt, das heißt, wir setzen uns mit den Frauen zwischen der 18. Und 22. Woche zusammen und das ist die optimale Woche, wo wir die werdenden Eltern kennenlernen. Und zunehmend kommen auch Väter mit, was ganz wichtig ist, weil Sie schreiben, auch Väter können psychisch erkranken. Das stimmt, aber ich glaube, und das ist uns sehr wichtig, dass dieser dringliche Antrag, wir werden auch nicht mitgehen, dieser Antrag, so wie er formuliert ist, hilft niemandem etwas, sondern der Fokus muss ganz klar in diese Richtung gehen: Wie können wir Frauen und Familien unterstützen, dass es zu diesen Situationen zum Teil nicht kommen kann? Das Vorhandensein beziehungsweise dieses Vorhaben, was Sie eben auch beschrieben haben, ist ganz sinnvoll und wird auch seitens des Landes und des Bundes bearbeitet und das ist alles in Arbeit. Aber unsere persönliche Meinung, bitte fokussieren: Wie können wir vorbereiten auf so ein sensibles Thema, damit es gar nicht in so eine wirklich extreme herausfordernde Phase abgleiten kann? Danke
(Appl.).

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen. Ich kann die Dringlichkeit dieses Antrages aus meiner persönlichen Erfahrung nur absolut hervorheben. Ich bin selbst nach der Geburt meines Sohnes an einer postpartalen Depression erkrankt. War kein Baby Blues, sondern tatsächlich eine Depression. Ich konnte Gott sei Dank schnell Hilfe finden, meine Behandlung war allerdings eben ambulant bei einer Wahlärztin, bei einer Psychiaterin, die darauf spezialisiert, da sind wir schon wieder beim Punkt Zwei-Klassen-Medizin, eine Wahlärztin kann sich halt

nicht jeder Mutter oder jeder Vater dann auch leisten dort hinzugehen. Deswegen finde ich den Antrag sehr wichtig, dass man hier eben für alle eben diese Möglichkeit schafft und dass die Behandlung dort weiter ausbaut. Ich finde aber auch, das, was die Kollegin vorhin gesagt hat, natürlich, Vorabinformation ist sehr wichtig, das muss ich nämlich auch sagen, weder im Geburtsvorbereitungskurs oder bei meiner Gynäkologin was das Ganze irgendwie Thema. Und dann steht man halt als Betroffene danach umso erstaunter da, wenn man plötzlich diese ganzen Gefühle und Gedanken hat, sage ich einmal. Nichtsdestotrotz glaube ich trotzdem, dass trotz Vorbereitung auf diese Möglichkeit, es nicht verhindert werden kann, dass man dann trotzdem davon betroffen ist, deswegen, wie gesagt, finde ich das sehr wichtig und sehr dringlich, diesen Antrag. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Vielen Dank für die kurze Debatte. Liebe Frau Kollegin Derler, als Hebamme sind Sie natürlich mit den Fakten sehr gut betraut und kennen sich in der Sache sehr gut aus, das ist ganz klar, dennoch möchte ich sagen, es wundert mich nicht, dass Sie und Ihre Fraktion heute diesem Thema keine Zustimmung geben. Ich habe in der Vergangenheit viele Psy-Themen schon beackert hier, und es ist mir immer so gegangen, dass die Themen hinuntergestimmt wurden. Und festzustellen ist aber, das, was wir alle jeden Tag in der Zeitung und den Medien auch entnehmen können, die Psy-Themen, durch die Bank, die verschiedenen, die es gibt, kommen nicht mehr aus den Schlagzeilen. Das heißt, das wäre gar nicht so schlecht gewesen, schon vielleicht vor zehn Jahren einmal dort hinzuhören, wo eben gesagt wird, wir brauchen Hilfe, wir brauchen Unterstützung. Das sind keine Faxen, das haben Sie auch nicht behauptet, ich möchte auch dazusagen, wenn Sie sagen, es gibt diverse Depressionen, man kann sie nicht in einen Topf werfen, das ist mir bekannt, sonst hätte ich mich mit diesen Sachen nicht beschäftigt. Und abschließend vielleicht nur noch, ich möchte mich ganz besonders bedanken, ich habe es schon erwähnt, bei den Experten und Expertinnen, die bereits an diesem Thema arbeiten. Es ist ja nicht so, dass ich hier aus einem Jux heraus die

Wiener oder niederösterreichischen Verhältnisse bedient habe, auch hier in der Steiermark gibt es die Probleme, sonst wäre es ja nicht so, dass man einen stationären Betrieb bereits an der besagten Abteilung am LKH Süd betreibt, und daneben einen ambulanten Betrieb vor lauter Wichtigkeit, und jetzt nur darum geht, dass die Sache finanziell übernommen wird. Also vielen herzlichen Dank dem Team, in dem Fall bei Herrn Primarius Schneider, an der Abteilung im LKH Süd, dass er mit einem wunderbaren Konzept und die längste Zeit schon in seiner Praxis dafür arbeitet, für dieses wichtige Thema, man möchte, ich möchte es noch einmal betonen, nicht glauben, wie viele Frauen, aber durchaus eben auch die Väter, das sage ich jetzt auch noch einmal mit Nachdruck, ich weiß das, von diesen Krankheiten betroffen sind. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GRⁱⁿ **Hopper:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich habe jetzt kurz hin und her überlegt, ob ich tatsächlich noch einmal kurz rausgehen soll, weil meine Kollegin Derler, glaube ich, davor schon sehr, sehr klar festgehalten hat, was unsere vor allem inhaltliche Position ist. Ich möchte mich auch bei der Kollegin Heinrichs bedanken, weil die Kollegin Derler ist hier tatsächlich aus der Expertise und kennt sich hier tatsächlich sehr, sehr gut aus. Dennoch komme ich nicht darüber hinweg, auch festzustellen, dass in der Wortmeldung von der Kollegin Heinrichs zum Schlusswort der Dringlichkeit, gerade eben, sehr wohl auch irgendwo insinuiert wurde, dass es tatsächlich nicht ein ernstzunehmendes Thema ist, und was ich sehr schade finde, dass die ÖVP das in diesem Fall nicht als dringlich sieht. Es ist, und da möchte ich mich wirklich vehement dagegen verwehren, nicht etwas, was die Frau Kollegin Derler auch gesagt hat, sie hat gesagt, dass es ein ernstzunehmendes Thema ist, sie hat auch festgehalten was unsere sehr, sehr sachliche und differenzierte Position dazu ist, wie

man das am besten auch vorbeugen kann, was die aktuellen Angebote sind, die bereits existieren, und sie hat auch, wie Sie auch selbst, Frau Kollegin Heinrichs, festgehalten haben, angemerkt, dass es hier bereits Projekte gibt. Und Sie haben den Herrn Primarius Schneider genannt, und auch Frau Dr. Richter, die gemeinsam daran arbeiten, und wenn Sie da so tief drinnen sind, dann wissen Sie wahrscheinlich auch ganz genau darüber Bescheid, dass aktuell hier KAGes-intern noch Abstimmungen und Abklärungen notwendig sind. Was wir uns eigentlich eher wünschen würden, ist, wenn wir uns, wir sehen das im Abänderungsantrag, der anschließend auch bei der Kollegin Schleicher gestellt wird von den Grünen, wo eben ein Runder Tisch gefordert wird von jemandem, der eigentlich auch nicht ganz konkret dafür zuständig ist, aber dennoch thematisch sich damit befasst hat, dass wir uns in diesem Zusammenhang eigentlich eher wünschen würden, dass das vielleicht der Herr Stadtrat Krotzer, gemeinsam mit Ihrer Expertise und dem Netzwerk das Sie auch haben, in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, die sich in dieser Thematik auch hier einbringen wollen, mit Fachkräften im Haus, sich dem Thema vielleicht tatsächlich annehmen, einen Runden Tisch gründen, und zu versuchen, dieses Thema auf diesem Wege weiter zu forcieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass es sehr viele Parteien, die hier im Gemeinderat vertreten sind, auch im Landtag vertreten sind, genauso wie Sie selbst auch, ich glaube auch, dass es auch hier wichtig ist, dranzubleiben, wenn man an diesem Thema und an dem Angebot für werdende oder gerade gewordene Mütter tatsächlich etwas ändern möchte. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Derler:

Ganz kurz muss ich mich noch zu Wort melden. Liebe Kollegin Heinrichs, ich kann das nicht so im Raum stehen lassen, dass unsere Fraktion die Psy-Themen immer ablehnt. Man muss akzeptieren, dass man vielleicht andere Zugänge hat, also so ist es einfach, und es egal, und da merkt man auch bei anderen Themen, was die Verkehrspolitik betrifft, die Gesundheit, mehrere Dinge, man hat andere Zugänge. Und wenn man

anderer Meinung ist, heißt das nicht, dass man gezwungenermaßen gegen etwas ist.

Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

8.2 Eiskrippe im Landhaushof erhalten (GRⁱⁿ Daniela Katzensteiner, BA, ÖVP)

GRⁱⁿ **Katzensteiner:**

Wir haben es eh mitbekommen, große Aufregung letzte Woche, um die Eiskrippe. Obwohl es noch einige Zeit hin ist bis Weihnachten, noch länger bis Weihnachten 2024. Dennoch wird darüber schon breit diskutiert, weil der Herr Wirtschaftsstadtrat Riegler angekündigt hat, dass im Zuge der anstehenden Neuausschreibung eine Erweiterung des Angebots und der Standorte des Grazer Advents in Angriff genommen werden sollen. Um diese Pläne zu finanzieren, wurde in den Raum gestellt, dass die Eiskrippe, die jährlich zigtausende Besucher:innen anzieht und auch bei den Grazer:innen sehr beliebt ist, einzusparen. Damit würde ein ebenso schöner wie identitätsstiftender Bestandteil des Grazer Advents verloren gehen. Es liegt am Stadtrat, das zu verhindern. Dass Ideen, den Grazer Advent auszuweiten, gesponnen werden, ist durchaus legitim, da gab es auch von der Seite der KPÖ einen Antrag, so hat Gemeinderat Christian Sikora vorgeschlagen, auch den Park am Schloss Eggenberg einzubeziehen. Anders als Sikora wälzt Riegler allerdings Expansionspläne in einer Zeit, in der klar ist, dass das angespannte Grazer Budget konsolidiert werden muss. Bis 2024 ist aber zum Glück noch Zeit um die Eiskrippe zu retten, und um etwa Kooperationen mit dem Land Steiermark, Sponsorings aus der Wirtschaft oder dem Tourismusverband zu suchen. Einfach die seit 1996 bewährte und beliebte Eiskrippe zu streichen, kann und darf hier nicht die Lösung sein.

Aus diesem Grund stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der zuständige Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler wird dazu aufgefordert, eine etwaige Ausweitung der Weihnachtsmärkte so zu planen, dass die bewährte und beliebte Eiskrippe im Landhaushof auf jeden Fall erhalten wird (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Es ist noch lange hin bis Weihnachten – und noch länger bis Weihnachten 2024. Dennoch wird darüber schon breit diskutiert. Das liegt vor allem daran, dass Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler angekündigt hat, im Zuge der anstehenden Neuausschreibung eine Erweiterung des Angebots und der Standorte in Angriff nehmen zu wollen. Um diese Pläne zu finanzieren, hat der ÖVP-Stadtrat in den Raum gestellt, die Eiskrippe, die jährlich zigtausende Besucher:innen anzieht und auch bei den Grazer:innen sehr beliebt ist, einzusparen. Damit würde ein ebenso schöner wie identitätsstiftender Bestandteil des Grazer Advents verloren gehen. Es liegt am Stadtrat, das zu verhindern. Dass Ideen, den Grazer Advent auszuweiten, gesponnen werden, ist legitim. Auch seitens der KPÖ gibt es dazu Ideen: Christian Sikora hat im Dezember 2021 zum Beispiel vorgeschlagen, auch den Park beim Schloss Eggenberg einzubeziehen. Doch anders als Sikora wälzt Riegler Expansionspläne in einer Zeit, in der klar ist, dass das angespannte Grazer Budget konsolidiert werden muss. Bis 2024 ist aber zum Glück noch Zeit – etwa um Kooperationen mit dem Land Steiermark, Sponsorings aus der Wirtschaft oder dem Tourismusverband zu suchen. Einfach die seit 1996 bewährte und beliebte Eiskrippe zu streichen, kann und darf hier nicht die Lösung sein.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der zuständige Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler wird dazu aufgefordert, eine etwaige Ausweitung der Weihnachtsmärkte so zu planen, dass die bewährte und beliebte Eiskrippe im Landhaushof auf jeden Fall erhalten wird.

StR Dr. Riegler:

Schönen guten Tag. Also zunächst einmal vielleicht das Wichtigste, auch uns ist die Eiskrippe ein Anliegen, daher ist das Thema selbstverständlich auch aus unserer Sicht dringlich, das ist ja überhaupt keine Frage. Allerdings befinde ich mich ein wenig in einer kafkaesken Situation, Sie wissen ja, Kafka, das Schloss, man ist gleichzeitig angeklagt, man sagt immer, wofür man angeklagt ist, so ähnlich ist es hier auch. Ich habe für Sie hier mitgebracht, den Auszug aus dem Budget, der Herr Finanzdirektor Müller wird ihn kennen, das ist Nachtragsvoranschlag 2023. Sie können darin nachlesen, dass bei der Frau Kollegin Kahr das Budget um 11 Millionen pro Jahr erhöht wird, von 20 auf 31 Millionen, bei der Kollegin Schwentner das Gesamtbudget von 8,8 auf 14,5 Millionen Euro, das heißt, dass es ungefähr um 7 Millionen erhöht wird. Im Gegensatz dazu wird das Wirtschafts- und Tourismusbudget, dass sich 2023 im Nachtragsvoranschlag auf 4,2 Millionen beläuft, auf 3,9 Millionen, um 300.000 Euro gekürzt im Jahr 2024. Das heißt, ich habe also bei einem Budget von 4,2 Millionen heuer auf 3,9 Millionen kommendes Jahr 300.000 Euro Kürzung. Ich werde mir erlauben, das dann auch Twitter und Facebook auch im Original so zu veröffentlichen, damit es jeder nachlesen kann, denn es ist erstaunlicherweise heute schon behauptet worden, verschiedentlich, das stimme ja gar nicht, der Herr Stadtrat habe ja eh genug Geld zu umsichten. Tatsache ist, dass ich das Geld leider nicht habe, sondern ich muss eben vorausschauend, vorausblickend versuchen eben auch für das kommende Jahr Vorsorge zu treffen. Aber warum ist das so, warum wird alles immer teurer? Die Eiskrippe hat in den Jahren 2020 bis 2024 sich ordentlich verteuert. Im Jahr 2020 hat sich noch 49.000 Euro gekostet, jetzt im Jahr 2023 schon 75.000 Euro. Für das kommende Jahr, für das 24er-Jahr, das ist, erinnere ich, jenes Jahr, in dem eine 300.000 Euro Budgetkürzung für das Wirtschaftsbudget von Ihnen, Herr Eber und

Frau Kahr, zu verantworten ist, in diesem Jahr wird dann die Eiskrippe schon 80.000 Euro kosten. Es ist irgendwie ein bisschen paradox, wenn Sie jetzt zunächst sagen, der Herr Stadtrat möge doch gefälligst ein bisschen einsparen, möge ein bisschen umschichten, dann schichte ich etwas um, mache einen Vorschlag, sage ok, gut, dann sparen wir einmal bei diesem Budgetposten ein, und dann richten mir via Dringlichem aus: Nein, aber bei diesem Budgetposten dürfen Sie nicht einsparen. Also dann sagen Sie mir gleich, wo ich denn bitte einsparen soll. Ich habe im Wirtschaftsbudget Möglichkeiten bei der CIS, bei der Kreativwirtschaft, beim Science Park, bei den Baustellenförderungen, darüber werden wir heute eh noch reden, bei den Pop-Up-Förderungen. Ich kann jetzt bei jeder x-beliebigen Position natürlich einsparen, dafür könnte ich dann die Krippe finanzieren, allerdings werden Sie dann in der nächsten Gemeinderatssitzung, Frau Katzensteiner, kommen und sagen: Also bitte, bei einer Pop-Up-Förderung können Sie auf keinen Fall einsparen, weil da geht es ja um die Bewältigung der Leerstände. Deswegen, ich muss gestehen, es ist ein bisschen eine kafkaeske Situation, ich sage es noch einmal. Ich sehe mich in einem Black Hole gegenüber, keinem Glory Hole, einem Black Hole (*Gelächter im Saal*), wo einfach 300.000 Euro verschwunden sind. Und daher appelliere ich an Sie, dass Sie mir bitte, bitte helfen mögen, dass wir tatsächlich diese Rücken bedecken. Ich möchte dazu noch ein Schreiben hier auch herzeigen und auch veröffentlichen und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Das ist ein Schreiben von mir aus dem April 2023, das ich dem Herrn Finanzstadtrat Eber geschickt habe, mit der höflichen, freundlichen Bitte, mir eben beim Wirtschaftsbudget zu helfen, wir werden heute noch darauf zu sprechen kommen. Ich habe dieses Schreiben auch der Frau Bürgermeisterin im Vieraugengespräch vorgelegt, sechs Augen, mit Direktor Stöckler, der war auch noch dabei, zu sechst, Sechs Augen waren es, du hast, Elke, dich geweigert, das Schreiben anzunehmen, hast mir aber versprochen, dass du dich dafür einsetzen werdest, dass der Kollege Eber vielleicht doch diese Wünsche, die hier aufgelistet sind, erfüllt. Wir haben bis jetzt, weder von dir, Elke, noch vom Herrn Eber eine Antwort. Ich habe allerdings heute über die Medien ausgerichtet bekommen, dass es dafür kein Geld gibt, weil ich ohnedies genug zum Umschichten hätte. In diesem Sinne bin ich gespannt

darauf, ob wir vielleicht aufgrund des jetzt von Ihnen vorgebrachten Dringlichen, vielleicht doch noch eine Finanzierung zustande bringen, demnächst dann ja noch mehr, wenn es um die Dringlichen geht, wo es um die diversen dringlichen Anträge, wenn es darum geht, wie wir der Innenstadtwirtschaft helfen können, denn mit diesen Budgetkürzungen, die Sie im Doppelbudget 2022/2023 beschlossen haben, kann ich leider Gottes niemandem mehr wirklich ausreichend helfen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werter Kolleginnen und Kollegen. Eine wunderbare Situation, Herr Stadtrat hat gesagt kafkaesk, ich sage, es ist absurd. Und es ist für mich wirklich großartig. Weil, was ist eine Krippe? Eine Krippentradition ist eine christliche Tradition. Und wir haben einen wunderschönen kommunistischen Antrag, der sich für die Rettung einer christlichen Tradition und einsetzt, und einen Christdemokraten, der das streichen will. Traumhaft (*Appl.*).

Das ist absurdes Theater, aber wir sind in der Realität. Ich bin ein liberaler Politiker, ob ich Christ bin oder nicht, geht niemanden etwas an, weil Religion hat in der Politik nichts verloren. Das sagt sogar der leitende spirituelle Führer der Christen, Jesus. Egal. Wir sind, wunderbar, für diesen Antrag, traumhaft. Was bringt uns diese Krippe? Diese Krippe bringt uns in einem Bereich, der nur von Geschäften und Trubel und Christkindlmarkt, Alkohol und so weiter, völlig seine Spiritualität verloren hat, eine bisschen Spiritualität und Ruhe. Auch wieder absurd, dass der Herr Wirtschaftsstadtrat, gut, das muss er tun, das ist wieder gut, für mehr Trubel sorgen will, und die Spiritualität nicht unterstützt. Deshalb, wunderbar, wenn die Eiskrippe bestehen bleiben soll. Und woher kommen eben in der heutigen Zeit besonders die Spiritualität? Das ist der Klimawandel. Und vielleicht wird es ja immer teurer, weil es immer schneller schmilzt. Wenn ich vor der Eiskrippe stehe, bin ich sehr traurig. Weil es hat meistens 15 Grad, bis zu 20, und die Krippe schmilzt, Sie können mir dann gerne sagen, wie oft sie es wiederaufbauen müssen, aber dieses Geld ist gut investiert, weil uns das alle mehr zum Nachdenken anregt, in einer Zeit, wo es leider nicht mehr um

das Lichterfest geht, sondern wo uns der Klimawandel mit härtester Faust trifft. Und deshalb, ich hätte es auch sehr, gerne als Zusatzantrag eingebracht, habe es mir aber verkniffen, ich würde gerne noch darum bitten, dass wir den Energieverbrauch noch transparent machen, den die Eiskrippe benötigt, um sie wiederaufzubauen, eventuell zu kühlen und Sonstiges. Jedenfalls, sehr gerne sind wir beim Antrag dabei mit größtem Vergnügen (*Appl.*).

StR Dr. Riegler: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Ich möchte nur als tatsächliche Berichtigung dem Herrn Pointner noch einmal erklären, das Subtile daran ist, ich will ja nicht die Eiskrippe abschaffen, sondern meine Fraktion stimmt selbstverständlich der Dringlichkeit zu. Das habe ich auch am Anfang gleich gesagt. Und wir werden ja jetzt einen Abänderungsantrag präsentieren, der eben die Finanzierung der Eiskrippe ermöglicht. Und die tatsächliche Berichtigung bezieht sich unter anderem auch darauf, dass es eine Fehlberichterstattung war, zu sagen, wir hätten aufgrund der Ausweitung in anderen Zonen zu wenig Geld. Aber es wirklich so, dass leider Gottes insgesamt zu wenig Budget da ist und daher gekürzt werden muss.

GR Günter Wagner:

Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Herzlichen Dank für diesen dringlichen Antrag. Also wir als FPÖ sind natürlich absolut für den Erhalt des Weihnachtsmarktes und natürlich auch absolut für den Erhalt der Eiskrippe, die natürlich ein Besuchermagnet sind. Sehr lustig an der ganzen Situation finde ich ja, dass alle Player, Antragsteller, oder zumindest die Partei der Antragstellerin hier Mitverantwortung tragen, beim Herrn Stadtrat Riegler seines Zeichens natürlich auch. Ich würde vorschlagen, es wäre sicher wünschenswert Kooperationen zu finden. Aber ich glaube, die Bürger wünschen sie die Kooperationen innerhalb der Stadtregierung, vielleicht findet man dann innerhalb der Stadtregierung, wenn man miteinander redet, dann doch irgendeine Möglichkeit. Und wenn dieser Antrag mithilft, dass das so dann

auch passiert und die Eiskrippe erhalten bleibt, werde ich der Dringlichkeit und dem Antragsinhalt natürlich zustimmen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bevor ich zu meinem Abänderungsantrag komme, den ich mit Freude einbringe, möchte ich noch auf den Kollegen Pointner replizieren. Also nur von Spiritualität lebt eine Stadt auch nicht, möchte ich nur sagen. Und um diese Spiritualität auch umsetzen können in Form einer Eiskrippe, brauch es ich auch ein Budget. Und von daher werden wir ohne ein gewisses Unterhaltungs- oder Konsumangebot um die Eiskrippe herum als touristische Stadt, die jährlich viele tausende Touristen anlockt, diese nicht herlocken, sage ich jetzt einmal. Also es ist ein Gesamtpaket. Ich darf daher meinen Abänderungsantrag einbringen. Bedanke mich noch einmal für die Gelegenheit, dass wir diese wirklich angespannte Situation der Eiskrippe, die eben in den Medien aufgeschlagen hat, aber fälschlicherweise jetzt von dir, liebe Kollegin, ein bisschen anders dargestellt worden ist, denn nicht, und das darf ich noch einmal wiederholen, nicht die Ausweitung in Reininghaus, und zu einem weiteren Standort wird die Eiskrippe zum Opfer fallen, sondern tatsächlich die Indexierung der Kosten, die die Eiskrippe mit sich bringt, weil eben Anschaffung, Transport etc. einfach jedes Jahr, auch der Indexierung, wie für uns alle, in diversesten Alltagssituation, auch dort ankommt. Wie bekannt ist, die Eiskrippe ist seit 1996 fixer Bestandteil eines sehr, sehr schönen Adventprogramms und lockte letztes Jahr knapp 2 Millionen Besucher in unsere Stadt und man konnte erfahren, dass jeder elfte diese Eiskrippe auch besucht hat. Und es muss natürlich auch weiterhin für unsere Gäste ein attraktives Angebot geschaffen sein, und von daher hat unser Stadtrat bereits eine Abfrage gemacht, wie man sich zukünftig den Advent in Graz vorstellt. Und selbstverständlich, nachdem auch bekannt ist, wird nächstes Jahr neu ausgeschrieben,

EU-weit, wird man dann auch diese Ideen, die mehrmals vorgekommen sind, mit in die Ausschreibung einführen. Aber unabhängig davon braucht es aber eben eine Aufstockung des Budgets, denn sonst wird es nächstes Jahr nicht zu stemmen sein. Und da einfach nur zu sagen, dass man einfach einen Weihnachtsmarkt zur Gänze streicht, wird die Eiskrippe auch nicht auferstehen lassen. Von daher darf ich folgenden

Abänderungsantrag:

einbringen:

Der Finanzstadtrat Manfred Eber und die Finanzdirektion werden in Abstimmung mit der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung sowie dem Citymanagement beauftragt, eine Erhöhung des aufgrund der Kostensteigerungen entstandenen Budgetmehrbedarfs 2024 – 2027 für das Citymanagement im Zuge der Budgetverhandlungen 2024 beziehungsweise im Zuge der anstehenden Vorbereitung des Citymanagement-Finanzierungsvertrages zu prüfen, um den Fortbestand des wichtigen Aushängeschildes, der Eiskrippe im zukünftigen Advent auch sicherzustellen. Vielen Dank, und ich hoffe auf Unterstützung unseres Antrages. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Um den Fortbestand des Grazer Adventerlebnis weiterhin sicherzustellen und ein klares Bekenntnis für Aushängeschilder dieser Grazer Attraktion, wie der Eiskrippe, zu setzen, stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP daher folgenden

Abänderungsantrag:

Finanzstadtrat Manfred Eber und die Finanzdirektion werden in Abstimmung mit der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung sowie dem Citymanagement beauftragt, eine Erhöhung des aufgrund der Kostensteigerungen entstandenen Budgetmehrbedarfs 2024 – 2027 für das Citymanagement im Zuge der

Budgetverhandlungen 2024 beziehungsweise im Zuge der anstehenden Vorbereitung des Citymanagement-Finanzierungsvertrages zu prüfen, um den Fortbestand der Aushängeschilder des Grazer Advents, wie etwa der Eiskrippe, ab 2024 sicherzustellen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte. Ein paar Worte zur Thematik, ohne Spiritualität und ohne irgendetwas hineinzuinterpretieren. Wenn man sich das anschaut, dann merkt man, dass hier eigentlich ein gewisses Spiel betrieben wird. Also die führende Partei dieser Stadtregierung weist mittels dringlichem Antrag auf einen Missstand hin und bringt dann einen Oppositionsstadtrat, wenn man ihn so nennen kann, in die Bredouille, er soll etwas machen, wofür eigentlich kein Geld da ist. Wenig später erleben wir das gleiche Schauspiel wieder, da wird ein dringlicher Antrag von uns durch eine weitere Regierungspartei, durch die Grünen, destruiert und man sagt, dann: Ja, ihr sollt dann etwas machen, einen Runden Tisch, aber Geld dafür werdet ihr natürlich auch nicht bekommen, also ihr sollt Maßnahmen produzieren aber ohne Geld dahinter. Das ist doch etwas, wie ich finde, unehrlich, weil man hätte dieses Problem, sage ich, auf direktem Weg lösen können, indem man einfach, wie der Herr Wirtschaftsstadtrat darauf hinweist, dass das Geld knapp wird, indem man einfach mit ihm vielleicht kommuniziert und ihm das Geld zur Verfügung stellt. Das Budget ist knapp, wir kommen zurück auf das, was wir schon vorhin diskutiert haben, dass man sich wirklich überlegen muss, wo geben wir Geld aus, wo sparen wir Geld ein? Ich gehe jetzt nicht so weit, wie der Kollege Pointner, der hier sehr anschaulich erklärt hat, für was die Eiskrippe alles stehen kann. Ich sehe sie einfach als weiteres Beispiel, dass die Stadt ein fundamentales Problem hat, was die Finanzen betrifft. Und wir haben hier jetzt nicht ein Einnahmenproblem, weil einnahmenseitig sprudelt es eh rein, ausgabenseitig, glaube ich, haben wir hier einiges, was wir aufholen müssten. Und das dürfte für die zweitgrößte Stadt Österreichs gar kein Thema sein, ob man sich jetzt die Eiskrippe leisten kann oder nicht. Also das ist hier meine Einschätzung dazu. Schlussendlich kann

man das alles, glaube ich, die ganze Diskussion, abkürzen, auf gut steirisch: „Ohne Geld, ka Musi.“ Wenn das Geld da ist, für die Eiskrippe, wird es sie weiterhin geben, sonst eben nicht, und dafür sollte man doch bitteschön sorgen, weil ich auch finde, dass die Eiskrippe ein wirklich schönes Aushängeschild des weihnachtlichen Advents in Graz ist (*Appl.*).

StR Eber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und im Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren. Der Kollege Günter Riegler hat schon darauf hingewiesen, wir haben dann später natürlich noch ausführlicher Zeit, über das Wirtschaftsbudget im Allgemeinen natürlich auch zu sprechen, deswegen werde ich mich jetzt mit Zahlen im Wesentlichen zurückhalten, sondern nur auf eines verweisen. Bei einem Gesamtbudget von etwas über 4 Millionen Euro, das dem Wirtschaftsressort 2022 zur Verfügung gestanden ist, sind rund 960.000 Euro auf das Sparbuch gegangen. Das heißt, das sind Mittel, die nicht verbraucht wurden im letzten Jahr. Und alleine diese Zahl zeigt eigentlich schon, wir könnten uns sogar offensichtlich einige Eiskrippen leisten um dieses Geld. Und zum Zweiten möchte ich nur sagen, du hast diesen Brief vom April, ich glaube, Anfang Mai habe ich ihn bekommen, aber egal, wo du auf einige Erfordernisse, sozusagen in deinem Wirtschaftsressort hinweist. Dieser Brief wurde am 17. Mai um 16.37 Uhr aus meinem Büro beantwortet, ist an dich und an den Kollegen Jagersberger ergangen. Danke (*Appl.*).

StR Mag. Krotzer:

Ich darf mich jetzt auch noch ganz kurz zu Wort melden mit einem Hinweis einmal, was mich auch in den Zeitungsartikeln durchaus verwundert hat. So sehr es begrüßenswert ist, dass jedes Stadtregerungsmitglied natürlich für die bestmöglichen Rahmenbedingungen kämpft und eintritt, aber wir reden doch über die Eiskrippe, nicht 2023, sondern über die Eiskrippe 2024. Und zwischen heute und dem Advent in

eineinhalb Jahren liegen in erster Linie Budgetverhandlungen. Und diese Budgetverhandlungen sind aus meiner Sicht, und so habe ich das eben auch seit 2017, auch noch unter einem Finanzstadtrat Riegler, erlebt, dass sozusagen Vorhaben für das kommende Jahr vorbereitet werden für die Budgetverhandlungen, und dann spricht man darüber, was ist im kommenden Jahr machbar. Das sage ich schon auch dazu, weil es aus meiner Sicht auch zu einer sozusagen ehrlichen Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung gehört. Man stelle sich jetzt folgendes Szenario vor: Ich hätte 2019 für das Budget 2020 in meinen Überlegungen Planungen vorgenommen, dass ich das Geld von der Impfstelle in ein neues Projekt reinschiebe, und dann hätte ich gesagt, der Finanzstadtrat Riegler gefährdet die Impfstelle, weil er mir, bevor wir noch überhaupt Budget verhandelt haben, keine zusätzliches Budget gibt für meine neuen Projekte. Ich will mir nicht vorstellen, was ich mir dann von dir, Günter, oder auch vom Bürgermeister Nagl, oder auch in der Öffentlichkeit anhören hätte können. Das Geringste wäre auf jeden Fall gewesen: Der Stadtrat Krotzer kann nicht wirtschaften und betreibt unseriöse Politik in der Öffentlichkeit (*Appl.*).

Das wäre noch das Geringste gewesen, was man mir ausgerichtet hätte. Und ich lade dazu ein, sozusagen dieses Denkszenario aus der Vergangenheit von 2019 in die Jetztzeit zu übertragen und darüber nachzudenken, ob man nicht, bevor man sozusagen die Öffentlichkeit aufschreckt, sozusagen erst einmal die Budgetverhandlungen abwartet und dann schaut, wie die Planung für das nächste Jahr aussieht (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Also ich muss sagen, ich bin ein bisschen perplex. 900.000 Euro kann ich bestätigen. Ich beziehe mich auf den Nachtragsvoranschlag 2023, der im März beschlossen wurde hier im Haus, und hier findet sich ein Sparbuchguthaben aus dem Wirtschaftsressort, also unverbrauchte Mittel des Vorjahres von 311.190 Euro, mehr habe ich nicht. Übrigens, die Kollegin Kahr hat 12,4 Millionen Euro Sparbuchguthaben Ende 2022 mitgenommen und die Kollegin Schwentner 6,2 Millionen und der Kollege Krotzer 3,4 Millionen Euro.

Es stimmt also erstens einmal nicht, dass ich angeblich irgendwelche 900.000 Euro hätte. Das Zweite ist, worüber reden wir jetzt eigentlich? Eine Mittelfristplanung ist eben ein Budgetrahmen, der ja auch beschlossen wird, und der eben vorgibt, eine bestimmte Linie. Und diese Linie wurde ja auch mehrfach kommuniziert, von dir, liebe Manfred, als Finanzstadtrat, dass das eben sozusagen einmal die Linie sein soll, auf die wir uns einstellen, damit wir auch irgendwie nur in die Nähe dessen kommen, was du als Konsolidierungsbedarf, als Haushaltskonsolidierungsbedarf genannt hast. Also wenn du mir jetzt 300.000 Euro in der Mittelfristplanung für 2024 kürzt, und dann jetzt in der Sitzung sagst, das stimmt ja gar nicht, es waren ja noch gar keine Budgetverhandlungen, dann ist das schon ein starkes Stück. Also das heißt, auf der einen Seite gibt man mir die Budgets in der Mittelfristplanung nicht, übrigens auch im Kulturbereich nicht, wo ihr ja noch im Dezember schlossen habt, dass wir vielleicht im heurigen Jahr dann den Teuerungsausgleich für die Kulturschaffenden machen, der bis jetzt nicht beschlossen ist. Gleichzeitig sagt man aber, dann wartest du halt einmal auf die Verhandlung. Im Übrigen, ja, richtig, das ist mir entgangen, tatsächlich hat es ein E-Mail gegeben vom Herrn Florian Kraner, der übrigens gesagt hat, dass es im Wesentlichen noch nichts Genaues als Antwort gibt, weil, eben wegen des angemeldeten Budgetbedarfs befindet sich der Finanzstadtrat doch noch in Abstimmung und wir geben Ihnen zeitnah Bescheid. Das war auch schon wieder jetzt einige Woche her. Ich weiß nicht, was genau du unter zeitnah verstehst. Auf jeden Fall habe auch aus Anlass einer Pressekonferenz zum Thema Advent und zur Erfolgsgeschichte des Advents eben angekündigt, dass wir im kommenden Jahr aufgrund der Sparmaßnahmen, die eben vorgeschrieben sind in der Mittelfristplanung, eben Einsparungen vornehmen werden müssen. Und darauf habe ich mich bezogen, das habe ich angekündigt. Wenn es uns jetzt gelingt, gemeinsam mehr Mittel bereitzustellen für das Wirtschaftsbudget, soll es mir Recht sein, daher bitte ich auch um Zustimmung zum Abänderungsantrag unserer Fraktion. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Katzensteiner:**

Weil uns vorgeworfen, wir betreiben Alarmismus wegen der Eiskrippe. Der Alarmismus war in der Ausgabe der Woche vom Herrn Stadtrat Riegler, der ausgerichtet hat: Ich kann die Eiskrippe leider nicht mehr finanzieren, weil die KPÖ gibt mir kein Geld dafür. Das war der Alarmismus, darauf reagieren wir jetzt. Man muss schon dazu sagen, auch bezüglich der Sparbücher, was wir jetzt vorhin wieder gehört haben, es war in den letzten Jahren offenbar so, dass die Mittel im Wirtschaftsressort nicht verbraucht wurden. Laut meinen Informationen sind 2022 rund 961.000 Euro übriggeblieben und auf das Sparbuch gewandert. In den Jahren davor waren es auch immer mehrere 100.000 Euro, die in diesem Bereich übriggeblieben sind. Kann man sagen, das Budget war offensichtlich in der Vergangenheit in diesem Bereich überdotiert. Weiteres noch zu einer Zahl, die der Stadtrat Eber vorhin schon gesagt hat, im Globalbudget des Herrn Stadtrat Riegler befindet sich eine frei verfügbare Summe von 1,9 Millionen Euro. Das sind mehr als 50 % des aktuellen Gesamtbudgets. Wir können dann gespannt sein, wie viel dann heuer auf dem Sparbuch wieder landet, was dann vielleicht noch überbleiben werden wird im Wirtschaftsressort. Das zum aktuellen Budget. Dann vielleicht noch, weil ich es vorhin schon angesprochen habe, man könnte schon auch schauen, wo man vielleicht sonst noch Förderungen bekommen kann. Ich bin ja Ersatzmitglied auch in der Tourismuskommission, da werden immer wieder Projekte gefördert, auch viele Projekte von der Stadt Graz. Vielleicht könnte man auch da Anfragen bezüglich einer Förderung für die Eiskrippe. Und ja, ist vorhin eh schon angesprochen worden vom Stadtrat Krotzer, letztlich geht es um die Eiskrippe 2024 und da stehen die Verhandlungen erst an. Also von dem her ist ohnehin jetzt noch kein Anlass irgendwie für Alarmismus. Wie gesagt, deswegen plädiere ich dafür, diesen dringlichen Antrag jetzt anzunehmen. Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) angenommen.

8.3 Situation Stadtpark (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf folgenden Antrag zur Diskussion stellen, denn seit geraumer Zeit diskutieren wir in Graz wieder intensiv über Themen und Probleme, die die Menschen berühren, stören oder beängstigen, Themen und Probleme, die nicht neu sind, aber in den letzten Monaten aus verschiedenen Gründen wieder verstärkt in Graz aufgetreten sind. Als Volkspartei haben wir in den letzten Gemeinderatssitzungen immer wieder mit Initiativen versucht, die verantwortlichen Stadtregierungsmitglieder dazu zu bewegen, die Dringlichkeit der Problematiken anzuerkennen, und diesen einer entsprechenden Lösung zuzuführen. Leider ist das nicht erkennbar oder spürbar geworden, wenn der tägliche Blick auf den Hauptplatz kommt, lässt es keine Entspannung der Situation erkennen. Dadurch scheint leider auch die Akzeptanz vieler Grazer:innen gegenüber dem Lebensmodell der hier teilweise am Hauptplatz gestrandeten wenigen Menschen zu sinken. Niemand von uns hat die Absicht, die Freiheit der Menschen zu beschränken. Freiheit bedeutet aber auch, Verantwortung für Mitmenschen zu leben. Leider verschärft sich der Zustand nicht nur inmitten der Stadt, sondern auch andernorts. Wir wissen, dass der Stadtpark, und hier vor allem der Stadtparkbrunnen und der Pavillon, schon bislang kein Ort der Ruhe und Sicherheit waren, doch auch hier erleben wir, analog zur Innenstadt, eine Zunahme an unangenehmen Zwischenfällen. Diese bereiten Sorge und sollten Grund genug sein, als Politik aktiv zu werden. Vor einem Monat wurde berichtet, dass eine Bande im Stadtpark mindestens elf Raubüberfällen beging. Großeltern erzählen, dass sie mit ihren Enkelkindern Umwege durch den Park zum Spielplatz gehen müssen, um Kinder vor dem Kontakt mit Drogenkriminalität, Alkoholismus, Pöbeleien oder der Gefahr freilaufender Hunde zu bringen. Wir meinen, dass sich alle Parkbesucher:innen, ob Grazer:innen oder Touristen:innen, dort wohl fühlen können. Das wäre durch den Rückgriff auf eine bewährte und leider abgeschaffte Form der Parkwächter möglich. Ich komme selbst auch aus einer

Generation und habe in Wetzelsdorf dieses erlebt, dass in meinem Spielpark auch ein Wächter in der Früh den Park aufgesperrt hat, sich den ganzen Tag mit uns Kindern, Jugendliche aber auch mit Senioren beschäftigt hat und auch eine soziale Komponente eingebracht hat, wenn es dort und einmal zu Diskussionen geführt hat. Die Parkbetreuung durch fix installierte Parkwächter:innen, sie könnten eben, wie schon angesprochen, auch Bezugspersonen sein, könnten auch mit einem Fahrrad ausgestattet sein, dass sie eben in der Größe wie unserem Stadtpark, im ganzen Parkbereich präsent sind. Das würde auch ein Modell für unsere anderen schönen Grünanlagen wie der Oeverseepark, Volksgarten, Schloßberg, Metahofpark, Europapark und auch die Murpromenade sein können. Wenn aber die Sachlage derart eindeutig ist, denn auch unsere Bürgermeisterin hat vor kurzem einen Brief eines besorgten Opas erreicht, der hat auch uns geschrieben, und auch kürzlich hat uns ein weiterer Brief erreicht, dass die Politik endlich die Bedürfnisse und Sorgen dieser Großeltern aufnehmen soll, und auch dementsprechend zu handeln wäre. Daher stelle ich namens Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der zuständige Stadtrat Eber wird ersucht, gemeinsam mit der GPS ein Sicherheitskonzept für den Stadtpark zu prüfen.
2. Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, eine Strategie unter dem Arbeitstitel „Miteinander im öffentlichen Raum“ zur Bewältigung der im Motivenbericht beschriebenen Herausforderungen und Problemlagen zu erstellen.
3. Um Sofortmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung zu setzen, wird Bürgermeisterin Elke Kahr ersucht, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen, dass diese vor Ort Präsenz zeigt und vermehrt Kontrollen durchführt.
4. Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Wiederaufnahme der Betreuung der öffentlichen Parks durch fix installierte Parkwächter:innen zu prüfen.

Ich bitte um Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der öffentliche Raum kann, soll und wird von allen Grazer:innen benutzt werden. Auf den Grazer Straßen und Gassen, Fußgänger- und Radwegen, den Plätzen und Parks treffen die unterschiedlichsten Nutzungsbedürfnisse und Interessen von ebenso unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufeinander. In letzter Zeit kollidieren diese aber leider immer häufiger miteinander.

Seit geraumer Zeit diskutieren wir in Graz wieder intensiv Themen und Probleme, die die Menschen berühren, stören und beängstigen. Themen und Problem, die nicht neu sind, aber in den letzten Monaten aus verschiedenen Gründen wieder verstärkt in Graz aufgetreten.

Als Volkspartei haben wir in mehreren vergangenen Gemeinderatssitzungen versucht, die verantwortlichen Stadtregierungsmitglieder dazu zu bewegen, die Dringlichkeit der Problematik anzuerkennen und diese einer entsprechenden Lösung zuzuführen. Diese ist leider noch nicht erkennbar oder spürbar geworden. Der tägliche Blick auf den Hauptplatz lässt keine Entspannung der Situation erkennen. Dadurch scheint leider auch die Akzeptanz vieler Grazer:innen gegenüber dem Lebensmodell der hier teilweise am Hauptplatz gestrandeten wenigen Menschen zu sinken. Niemand hat die Absicht, die Freiheit der Menschen zu beschränken, Freiheit bedeutet aber auch, Verantwortung für Mitmenschen zu leben.

Leider verschärft sich der Zustand nicht nur inmitten der Stadt, sondern auch andernorts.

Wir wissen, dass der Stadtpark und hier vor allem der Stadtparkbrunnen und der Pavillon, schon bislang kein Ort der Ruhe und Sicherheit waren, doch auch hier erleben wir, analog zur Innenstadt, eine Zunahme an Zwischenfällen. Diese bereiten Sorge und sollten Grund genug sein, als Politik aktiv zu werden.

Wie die Bürgermeisterin und andere Politiker:innen auch, erreichen uns Hilferufe aus der Bevölkerung, die durch die Situation im Stadtpark besorgt, verärgert und verängstigt sind. Vor einem Monat wurde berichtet, dass eine Bande im Stadtpark mindestens elf Raubüberfällen beging. Großeltern erzählen, dass sie mit ihren Enkelkindern Umwege durch den Park zum Spielplatz gehen müssen, um Kinder vor

dem Kontakt mit Drogenkriminalität, Alkoholismus, Pöbeleien oder der Gefahr freilaufender Hunde zu bringen.

Wir meinen, dass sich alle Parkbesucher:innen, ob Grazer:innen oder Touristen:innen, dort wohl fühlen sollen.

Das wäre durch den Rückgriff auf eine bewährte und leider abgeschaffte Form der Parkbetreuung möglich: Die Parkbetreuung durch fix installierte Parkwächter:innen. Sie können Bezugspersonen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sein. Mit einem Fahrrad ausgestattet könnten sie ständig im gesamten Parkbereich präsent sein. Das betrifft vor allem Stadtpark, Oeiverseepark, Volksgarten, Schloßberg, Metahofpark, Europapark und auch die Murpromenade. Sogenannte „Springer“ könnten abwechselnd kleinere Parks betreuen.

Parkwächter können allein durch ihre Anwesenheit nach außen hin präventiv eine Respektsperson verkörpern und bestehende Verordnungen der Stadt (z. B. Keine Radfahrer:innen auf Parkwegen, Leinen- und Maulkorbpflicht, Nicht Wegräumen von Hundstrümmern) auch durchsetzen.

Die Sicherheit der Grazer:innen darf nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden, Ängste dürfen nicht aus politischem Kalkül missbraucht oder gar geweckt werden. Wenn aber die Sachlage derart eindeutig ist und die Hilferufe immer lauter werden, ist es selbstverständlich Pflicht der Politik, die Bedürfnisse, Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln. Essentielle Naherholungsgebiete wie der Stadtpark dürfen für die Mehrheit der Bevölkerung einfach nicht zur „No-Go-Area“ werden und es darf nicht zum Normalzustand in Graz werden, dass wir manche Gegebenheiten einfach negieren und die einzige Lösung darin besteht, dass Menschen diese Gebiete dann einfach meiden.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der GPS ein Sicherheitskonzept für den Stadtpark zu prüfen.*

2. *Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, eine Strategie unter dem Arbeitstitel „Miteinander im öffentlichen Raum“ zur Bewältigung der im Motivenbericht beschriebenen Herausforderungen und Problemlagen zu erstellen.*
3. *Um Sofortmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung zu setzen, wird Bürgermeisterin Elke Kahr ersucht, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen, dass diese vor Ort Präsenz zeigt und vermehrt Kontrollen durchführt.*
4. *Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Wiederaufnahme der Betreuung der öffentlichen Parks durch fix installierte Parkwächter:innen zu prüfen.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Ja, in vielen Bereichen in sehr guter Antrag. Die Analyse der Probleme ist unserer Meinung nach durchaus richtig. Wir alle wissen, es gibt Probleme sowohl am Hauptplatz, öfter schon gesprochen in diesem Gremium, es gibt aber natürlich auch Probleme, sei es im Metahofpark, sei es im Volksgarten, sei es im Stadtpark, sei es eigentlich mittlerweile leider Gottes in nahezu jedem Park in Graz, den wir haben. Wir wissen, ein Park sollte ein öffentliche Raum sein, der wirklich für jeden Bürger angenehm zu nutzen sein sollte. Ist diese Situation bei uns in jedem Park so gegeben? Leider, nein. Also Fakt ist, es gibt Probleme, es gibt diese Pöbeleien, es gibt gerade auch im Stadtpark immer wieder diese Drogenproblematik und dieses Ansprechen, dieses offensive hinsichtlich Drogen. Ich glaube, jeder, der durch den Stadtpark öfters geht, weiß, dass diese Probleme durchaus real sind und gegeben sind. Die Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, sind durchaus Schritte in die richtige Richtung, daher sind wir einerseits der Meinung, dass sowohl die Dringlichkeit gegeben ist, aufgrund der Schilderungen, aber auch die Maßnahmen durchaus Lösungen sein könnten. Versuchen wir es. Die Idee von Parkwächtern finde ich persönlich eigentlich relativ interessant. Ein Konzept, das durchaus in anderen Städten erfolgreich ist, was wir aber vielleicht in Graz auch versuchen sollten, durchaus ein Zugang. Von unserer Seite, falls die Dringlichkeit

gegeben ist, wird ein Zusatzantrag eingereicht. Und zwar, wir brauchen unserer Meinung nach, nicht nur die bestehenden Maßnahmen, die im Antrag vorgeschlagen werden, sondern zusätzlich eben eine Schutzzone rund um das Stadtparkgelände und dass auch das Innenministerium aufgefordert wird zu prüfen, ob so eine Schutzzone hier wirklich möglich ist und eingeführt werden kann. Was ist der große Vorteil von so einer Schutzzone? Der rechtliche Rahmen für die Polizei wird erweitert, ohne dass sie diesen rechtlichen Rahmen ausschöpfen muss. Es ist damit ein konkretes Mittel und eine konkrete Erleichterung für die Exekutive in den Fällen, wo wirklich Probleme auftreten. Wir können jetzt darüber streiten, und ich habe mit dem einen oder anderen Kollegen von der KPÖ schon Vorgespräche geführt, ob es eine Zunahme von Problemen gibt, ob es eine Abnahme von Problemen gibt, darüber kann man streiten. Fakt ist aber, auch die Probleme, die existieren, sind schlimm und von der Größe durchaus dramatisch genug, dass wir Maßnahmen setzen sollten, dass wir gemeinsam als Gemeinderat Maßnahmen setzen sollten und in diesem Sinne werden wir gerne den Antrag selbst in der Dringlichkeit wie auch natürlich im Inhalt unterstützen (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Seit Jahren kämpfen wir für Entschärfungen bestimmter Hotspots in Graz. Eine verfehlte Sozialpolitik trägt zur Verschärfung dieser Situation bei.

Da dieses Thema mittlerweile seit Jahren ein Problem darstellt und es immer wieder zu teils schwerwiegenden Delikten kommt, ist Gefahr in Verzug und ein sofortiges Handeln notwendig. Daher ist der direkte Weg zum ÖVP-Innenministern effektiver.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

5. *Eine Schutzzone am und rund um den Stadtpark zu prüfen und beim Innenministerium einzufordern.*

GR Ammerer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen im Livestream und of der Galerie. Ja, im Stadtpark gibt es rund um den Brunnen eine Szene, die sich aus Personen zusammensetzt, die oft mit Suchterkrankungen zu kämpfen haben und dort relativ viel Zeit verbringt, das wissen wir alle. Ja, es gibt mitunter Vorfälle, die nicht angenehm sind, das würde auch niemand bestreiten. Was ich aber in Frage stellen würde, ist eine Zunahme ohne, dass ich dafür Belege habe. Und was ich auch trennen möchte, ist die Tatsache, dass Raubüberfälle begangen werden, und diese Gruppe, das gehört nicht zusammen. Und das ist keine homogene Gruppe. Die Polizeipräsenz im Stadtpark ist, glaube ich, eine der höchsten im ganzen Stadtgebiet. Ich bin fast jeden Tag dort und wenn ich einmal quer durchgehe, begegne ich Schnitt zwei bis vier Streifen. Ich wüsste nicht, wie da die Präsenz noch erhöht werden könnte von Seiten der Polizei, ohne dass man aus anderen Gebieten Streifen abzieht, die dann dort gänzlich fehlen. Zur Schutzzone, die Sie, Herr Kollege, vorschlagen, die gab es ja bereits einmal im Stadtpark und abgeschafft wurde sie laut Polizei, da sie nicht mehr erforderlich war. Und bis unsere Landespolizeidirektion, beziehungsweise die Stadtpolizei diese Notwendigkeit nicht auch sieht, würde ich sie auch nicht herbeibehaupten. Gleichzeitig möchte ich auch darauf hinweisen, dass der Umgang, also, dass mit den Personen rund um den Brunnen und die, von denen Sie sprechen, dass hier wie ich bei der BILLA-Eck-Sache, bei der Hauptplatz-Sache schon mehrmals in diesem Raum ausgeführt habe, sehr intensiv soziale Arbeit vom Streetwork her passiert und auch eine Präsenz der Polizei da ist. Jetzt ist es so, man kann Leute, die wenig haben, mit Schafen belagern, mit Abgaben, die sie nicht bezahlen können oder man kann soziale Arbeit vornehmen. Wir gehen eher den Weg der sozialen Arbeit. Trotzdem möchte ich auch in aller

Deutlichkeit darauf hinweisen, dort wo Verbrechen, wo Kriminalität passieren, da ist die Polizei zuständig und schreitet dort auch ein. Und davon gehe ich aus, dass sie das gut machen und auch rigoros machen. Denn, wenn Überfälle passieren, ist das natürlich ein Maß an Kriminalität, das vollkommen inakzeptabel ist, und dafür ist die Polizei da und dem geht sie auch nach. Somit bleibt mir noch übrig zu sagen, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, und bezüglich Brunnen-Runde, möchte ich auch noch anmerken, dass die in diesem Jahr weniger oft dort sind, als eigentlich je zuvor seit ich das hier mitbekomme, und zwar schlicht aus dem Grund, weil es seit Monaten schüttet. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Weil sonst würde ich die Kollegin Schwentner bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.26 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke vielmals, weil es mir wichtig ist, weil die Antragstellerin, Dani Gmeinbauer, ja in einem Punkt mich persönlich genannt hat, möchte ich mich hier einfach auch nicht verschweigen und vor allem auch, was den Kollegen Gemeinderat Winter betrifft, weil Sie haben beide zumindest, und dafür danke ich auch, heute in einer Weise auch thematisiert, das man gut annehmen kann, und was ich auch völlig für in Ordnung befinde, dass man, wenn man ein Schreiben bekommen, wenn man angesprochen wird, sich selbst Gedanken machen kann, auch Überlegungen einbringen kann. Aber um eines muss ich wirklich einfach immer wieder auch bitte. Weil du den Opa angesprochen hast, selbstverständlich, und ich bin selbst Großmutter, und mir ist das weder egal, wie sie jemand gegenüber einem anderen verhält und benimmt, mein

Leben lang nicht, und Sie werden auch niemanden bei der Stadt Graz in unseren Abteilungen finden, dem das egal ist, wie sich eine Person gegenüber einem anderen verhält. Nämlich, wenn es darum geht, respektlos oder geschweige denn Gesetze zu verletzen. Aber ich bin auch ein Mensch, der gerade diese Bereiche nicht versucht parteipolitisch irgendwie in eine Richtung zu deuten, zu drängen oder wie auch immer, das hat nichts mit Sympathie oder sonst irgendwas zu tun, es geht letztendlich um den Raum in unserer Stadt Graz, und der endet eben nicht nur in der Innenstadt, den müssen wir immer gesamt sehen, in jedem Bezirk. Insofern gebe ich Ihnen Recht, dass es, wenn es um Hinschauen geht, geht es nicht nur um den Stadtpark, sondern um alle Grünanlagen, ich sage jetzt wirklich Grünanlagen, weil es ja nicht nur um die Parks geht, sondern wir haben ja Gott sei Dank auch sehr viel Grünbereiche, wo Leute Erholung finden. Und das fängt an von rücksichtslosen, Sie kennen die Debatten alle, Mountainbike-Fahrern im Wald, wo sich Fußgänger bedrängt fühlen, das geht weiter bis zum Thema einfach sich nichts pfeifen und um 4.00 oder 5.00 Uhr in der Früh, wenn man nach einer Party, wo man sagt, die Wirtschaft muss auch leben, und die Nachtgastronomie, wo dann in der Griesgasse jedes Jahr und an jedem Wochenende unsere Kollegen der Straßenreinigung sich beklagen, dass alles mit Glasscherben voll ist, endet dann letztendlich auch bei der Müllproblematik in Parks, und, und, und. Es geht immer darum: Wie verhalte ich mich selbst im öffentlichen Raum? Gilt auch letztendlich für uns selbst. Wir alle nehmen auch Teil bei Großevents und Veranstaltungen. Stört das vielleicht andere? Mit Sicherheit. Also ich bekomme mehr Klagen und Beschwerden von der Grazer Bevölkerung, wenn es um das Thema Lärm geht, als wenn es um das Thema Probleme im Stadtpark geht. Ich kann sie gerne aufbewahren künftig hin, aber das Thema Lärm ist eigentlich eines der größeren Probleme und dann an zweiter Stelle kommt das Thema Müll. Und dann kommt durchaus auch das subjektive Unbehagen von der Bevölkerung bezüglich Volksgarten, was wir schon letztes Mal thematisiert haben, oder eben, dass sich viele auch unangenehm berührt fühlen von Menschen, die einfach ein anderes Aussehen haben, sich anders verhalten beziehungsweise Suchterkrankung schlichtweg, und das manchen Menschen Angst macht, ohne dass real aber etwas passiert. Das muss man

natürlich auch sagen, man muss die Kirche im Dorf lassen. Und die Zeit reicht bei einer Wortmeldung nicht, und ich überschreite sie jetzt wahrscheinlich schon, in der Dringlichkeit, um all das zu diskutieren. Deshalb komme ich zurück zum Faktum, weil selbstverständlich so einen Dringlichkeitsantrag beantragt jetzt nicht irgendwas, sondern habe mit der Stadtpolizeikommandantur gesprochen, was den Grazer Stadtpark betrifft, weil es ja wirkliche Entwicklung auch sein könnte, die ich nicht kenne, aber dort wird ganz konkret gesagt, es gibt im Stadtpark an den Wochenenden eine witterungsabhängige Freizeitszene, das ist immer so ein schönes Behördendeutsch, ich finde das großartig, die aber weder in kriminal- noch in sicherheitspolizeilicher Hinsicht nur annähernd als Hotspot zu bezeichnen ist. Das ist O-Ton Stadtpolizeikommando Graz, einzig, und das ist auch genau das, was wir selbst feststellen, durch das verstärkte Müllaufkommen, stellt sich die Situation negativer dar als in den vergangenen Jahren. Es gibt auch keine wahrnehmbare Häufung von Anrainerbeschwerden oder sonstigen Deliktfeldern im Grazer Stadtpark. Ich möchte jetzt aber trotzdem zwei Sachen sagen, damit das künftig hin in einer Einbindung stattfinden kann. Was die Müllthematik betrifft, vielleicht haben Sie das gesehen, und es endet auch nicht jetzt in den kommenden Monaten, sondern da hat die Magistratsdirektion eine groß angelegte Kampagne in allen Sprachen, weil das, noch einmal, die Müllthematik ist nicht nur im Stadtpark, sondern überall Thema, und sehr dankbar bin ich dem Sozialamt, und die Kollegin Mag. Eva Seiler ist auch auf der Galerie, die gemeinsam mit „Sicher Leben“ und auch mit anderen Fachabteilungen an der Konzeption „Miteinander im öffentlichen Raum“ Konzepte erarbeitet und auch in Ausarbeitung derzeit ist und das selbstverständlich dann auch präsentiert wird. Und da bitte ich Sie auch, dann zu kommen, weil das ist ja auch etwas, was wir gemeinsam dann auch besprechen möchten, und das gilt eben nicht nur für den Volksgarten, wie schon letztes Mal gesagt, sondern letztendlich für den gesamten öffentlichen Raum. Das brauchen wir, davon bin ich überzeugt. Welche Möglichkeit und welche Maßnahmen hier dann sinnvoll sind, das ersuche ich Sie, gemeinsam mit uns dann auch mitzutragen. Insofern werden wir der Dringlichkeit jetzt nicht zustimmen, weil einerseits, was die Polizei gesagt hat, derzeit ein kriminal- oder sicherheitspolizeilicher

Hotspot der Stadtpark ist, und zweitens aber die Strategieausarbeitung generell im öffentlichen Raum derzeit gerade erfolgt (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, bevor ich das Wort wieder der Frau Bürgermeisterin übergebe, es nicht nur jemand aus dem Sozialamt hier, sondern noch ein Experte, nämlich der Herr Glaser Herbert, den alle kennen aus dem Stadtpark, und er wollte sich zu Wort melden, aber leide, Herbert, geht das nicht, weil Zuschauer und Zuschauerinnen nicht reden dürfen. Aber du sagst uns einfach was du dazu sagen möchtest und wir nehmen das dann auf, und begrüßen dich ganz herzlich, weil wir wissen, was du machst im Stadtpark (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (16.33 Uhr).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ich habe ehrlich gesagt mit einer Stellungnahme, die du einholen wirst bei der Polizei, gerechnet, und dass die Wahrnehmung dort eine andere ist. Faktum ist, dass die Bevölkerung, die gerne in unserem Stadtpark mit ihren Enkelkindern oder Kindern flanieren oder Zeit verbringen möchte, eine andere Wahrnehmung ist. Und man kann nicht immer alles mit Güte, und weil es halt nicht so schlimm ist, und man muss ja diese Menschen auch goutieren und ihnen ihren Raum lassen, wir wollen ihnen den Raum eh lassen, aber, so wie du selbst gesagt hast, liebe Frau Bürgermeisterin, wenn man sich auffällig benimmt, und wir wissen alle, dass gewisse Substanzen in einem gewissen Volumen keine Straffälligkeit sind, dann muss man aber halt auch einmal über die Gesetze nachdenken und einmal schauen, ob da nicht eine Nachschärfung auch einmal notwendig ist, damit man eine Handhabe hat. Und das tut mir leid, auch wenn es heißt, lieber Herr Ammerer, dass es jetzt so viel regnet und die sind jetzt weniger oft dort, es ist wurscht ob nur einer dort ist, der sich dort halt auffällig

benimmt, es ist nicht angenehm, wenn der dann seinen Hund im Brunnen dort ein Bad nehmen lässt, wo eigentlich vielleicht ein kleines Kind hineingreifen sollte, in das Wasser. Es ist eine andere Wahrnehmung und die Bevölkerung bis dahingehend einfach sensibel, aufgrund dessen, dass wir halt sehr schwere Jahre hinter uns haben, wo ein jeder in seinem Alltag Ängste hatte, die dort und da noch nicht weg sind und aufgrund der anderen wirtschaftlichen Situation, die wir alle spüren an allen Ecken und Enden, will man halt, wenn es geht, nette Zeit und schöne Zeit in einem sicheren Park verbringen, wo man auch ein Wohlfühlgefühl hat. Und wenn es eben Menschen gibt, die das nicht haben, dann muss die Politik das übernehmen, dass anders wird. Danke (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

KO GR Mag. Pascuttini: (zur Geschäftsordnung)

Ganz kurz zur Geschäftsordnung, das soll auch ein bisschen der Entwirrung dienen, weil, mich hat ein aufmerksamer Zuseher darauf aufmerksam gemacht, der verfolgt den Gemeinderat immer sehr, sehr genau, dass bei vorhergehenden Diskussionen das Argument der Polizei, Sie erinnern sich, Kennzeichen und dergleichen, immer weggewischt worden ist, was hier die Verkehrspolizei fordert, ist dem Grazer Gemeinderat egal, aber heute hat sowohl der Kollege Ammerer als auch die Frau Bürgermeisterin darauf hingewiesen was die Polizei sagt. Das ist für unser Handeln die Vorgabe, also das sollte wirklich berichtigt werden ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

KO GR Mag. Pascuttini:

Ja, natürlich, § 20 Abs. 12. Danke, ich bin eh schon dahin.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ja, hat jetzt zwar nichts damit zu tun gehabt, aber so viel zu Toleranz, nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch hier im Gemeinderat.

Wir kommen nun, da hätte ich eine Bitte, wenn Sie einverstanden sind, weil es einfach erleichtert, wenn Sie einverstanden sind, dass wir drei Dringliche zusammenziehen, weil sie einfach inhaltlich im Großen und Ganzen zusammengehören, das wäre jetzt der dringliche Antrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Hopper, dass wir den gemeinsam diskutieren mit dem dringlichen Antrag von Herrn Gemeinderat Ram und dem dringlichen Antrag von Herrn Gemeinderat Pointner, wo es auch letztendlich um die Baustellenförderung geht. Wenn Sie damit einverstanden sind, und ich habe zumindest die Klubobleute gefragt, ich glaube, es wäre einfacher, weil sonst diskutieren wir dreimal geteilt. Ich danke für das Verständnis und bitte Frau Gemeinderätin Hopper, um ...

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

... wir, also das ist mit einigen schon abgesprochen, wenn ...

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Mit mir hat keiner geredet.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Zumindest mit meinen Koalitionspartnern habe ich das abgesprochen. Das kann ich natürlich sagen, das macht ja auch Sinn. Und als Bürgermeisterin ...

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Um das geht es mir nicht, mit geht es nur um die Thematik. Ich bin mir nicht sicher, ob der Antrag vom Kollegen Ram ...*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Doch, passt schon auch dazu.

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Das entscheidest du, oder was?*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich kann das als Bürgermeisterin entscheiden, wie du weißt. Und das Ersuchen wäre, die dringlichen Anträge ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Doch, weil ich ein höflicher Mensch bin (*Gelächter im Saal, Appl.*).

Also wenn Sie das abgestimmt haben möchten, kann ich es natürlich auch gerne abstimmen lassen.

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Wenn ihr das schon als Koalition ausgemacht habt, dann ist das eh die Mehrheit. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich habe nur eine Nachfrage gestellt zur Thematik dieser drei Anträge ... (Rest unverständlich).*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Warte, die Kollegin ist jetzt am Wort.

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Genau, also wir werden aber trotzdem die drei Anträge, und hier schlage ich vor, von der ÖVP, von den Grünen und von den Neos, zusammen diskutieren. Und ich darf Frau Gemeinderätin Hopper bitten, um das Einbringen ihres dringlichen Antrages.

8.4 Baustellenchaos vermeiden und Unterstützung von Unternehmen (GRⁱⁿ Anna Hopper, ÖVP)

GRⁱⁿ **Hopper**:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleg:innen aus dem Stadtsenat und dem Gemeinderat, geschätzte Gäste auf der Galerie und auch im Livestream. Es ist schon, muss ich an dieser Stelle festhalten, sehr verwunderlich, weil, Frau Bürgermeisterin, Sie sind sehr sensibel, wenn es darum geht, Rücksicht zu nehmen auf andere, dennoch fühlt sich die Fragestellung, die in den Raum gestellt wird, ob der Zusammenlegung mit der anschließenden Erklärung, dass das eh Ihnen obliegt, ein bisschen schwieriger. Das war mir nur wichtig zu sagen, weil wir dahingehen immer eine sehr, sehr klare Auseinandersetzung dahingehend immer haben und auch sehr klar ist, was Ihr Standpunkt dazu ist, den Sie auch jetzt gerade noch einmal unterstrichen haben. Aber Manuela, falls du dich nachher zu Wort melden möchtest, ist überhaupt kein Problem. Ich komme zu meinem Antrag, der tatsächlich ähnlich wie der Antrag, den wir zuvor eingebracht haben, von unserer Clubobfrau, sehr viel mit einer subjektiven

Wahrnehmung zu tun hat. Und nicht nur mit der subjektiven Wahrnehmung von mir oder irgendwelchen Kollegen aus euren Gemeinderatsklubs, sondern mit der subjektiven Wahrnehmung von ganz vielen Grazerinnen und Grazern, die sich an uns wenden, die sich, so sind wir überzeugt, auch an die Bürgermeisterin und die Vizebürgermeisterin wenden, die sich an die verschiedenen Abteilungen, an die Holding Graz wenden, weil, und das, glaube ich, hat inzwischen jeder mitbekommen, in Graz aktuell eine einzige Großbaustelle herrscht. Und das ist ganz klar aus unserer Sicht auf das Planungschaos zurückzuführen, das die Frau Vizebürgermeisterin zu verantworten hat. Aus unserer Sicht ist das eine klare Strategie, weil Sie und viele andere Kolleg:innen aus Ihrem Klub haben in der Vergangenheit schon festgehalten, dass Sie sich eigentlich eh freuen, wenn irgendwo nicht mit dem Auto fahren kann, weil er könne ja ohnehin mit dem Rad fahren. Ich finde, das ist eine Frechheit, muss ich ganz ehrlich sagen an dieser Stelle, und das unterstreicht aus unserer Sicht auch sehr klar, dass es sich um eine Strategie handelt. Wenn es nämlich nicht eine Strategie wäre, hier absichtlich Verkehrsstau, insbesondere für die Pkws, entstehen zu lassen, dann würde das bedeuten, dass dieses Verkehrschaos unabsichtlich entsteht und nicht bewusst irgendwo herbeigeführt wird. Und was das wiederum bedeuten würde, nämlich, dass ein Stadtsenatsmitglied vielleicht mitunter die Kontrolle über seine Projekte verloren hat. Das glauben wir einfach nicht und deswegen gehen wir davon aus, dass es eine Strategie ist, hier so viele Menschen im Verkehr stecken zu lassen. Die Hilferufe von Betroffenen, die Hilferufe von mobilitätseingeschränkten Personen, von Wirtschaftstreibenden, von Anrainern, von Touristikern werden immer lauter und finden aber kein Gehör, ganz im Gegenteil. Und wir haben die Diskussionen so oft jetzt schon im Gemeinderat geführt, es ist ja nicht so schlimm, man könne derweil eh auf das Rad umsteigen, und das ist ja super, wenn die Leute umsteigen. Ob das jetzt Familien sind, die vielleicht mehrere Kinder haben und die auf das Auto ab und an einfach angewiesen sind oder mobilitätseingeschränkte Personen sind, die ab und an auf das Auto angewiesen sind, erscheint auf einmal irrelevant. Es wird viel mehr auf Bevormundung gesetzt und absichtlich auf die Lebensrealitäten der einzelnen Personen, der Grazerinnen und Grazer hinweggesehen und stattdessen auf ein

Gegeneinander statt ein Miteinander im Verkehr gesetzt, was aus unserer Sicht, und da sind wir sehr, sehr fest davon überzeugt, und wir haben das schon oftmals im Gemeinderat thematisiert, nicht zu der von uns allen gewünschten Verkehrswende führt, sondern zu Frust führt bei einzelnen Personen, dazu führt, dass teilweise, aufgrund der Situationen beispielsweise im Univiertel, die Leute sogar schon aus Graz hinausziehen. All das kann aus unserer Sicht nicht das Ziel sein. Es braucht eine gute Baustellenkoordination und keinen Zusammenbruch des städtischen Verkehrs auf den wesentlichen Verkehrsadern durch noch und noch mehr Baustellen, die genehmigt werden, offensichtlich auf Zuruf der Vizebürgermeisterin, weil mitunter findet man sich in manchen Plänen nicht, die bereits Jahr zuvor vorgelegen sind. Es wird auch nicht darauf geachtet, dass man vielleicht schafft, dieses Gremium, die Ausschüsse, die Öffentlichkeit entsprechend rechtzeitig darüber zu informieren, was natürlich den Frust auf noch einmal aufbaut bei den einzelnen Personen und bei vielen Grazerinnen und Grazern, die sich bei uns melden. In ganz vielen Städten hat es für solche Extremsituationen und für solche extremen Baustellenanhäufungen super Projekte schon gegeben, es gibt beispielsweise in Hamburg eine Koordinierungssoftware, die ROADS heißt. Die Kollegen, die dort in Hamburg dieses Projekt 2019 realisiert und eingebracht haben, würden sich auch über einen Austausch sehr freuen und laden die Frau Vizebürgermeisterin auch sehr herzlich ein, sich hier zu erkundigen. Das ist eine Online-Software, die die Projektierung, Planung und Durchführung über verschiedene Zeitrahmen visualisiert, der Verwaltung dahingehend etwas Erleichterung auch in der Veröffentlichung der Bevölkerung ermöglicht, klar festzuhalten, zu sehen und zu erkennen, wo sich wann welche Baustelle und vor allem auch, wieso sich diese Baustelle hier entwickelt. Die Vizebürgermeisterin hat auch vorhin gesagt, dass Veränderungen super sind, wir stimmen mit dem grundsätzlich überein, ich glaube, Graz braucht eine Entwicklung und braucht nächste Schritte in die Zukunft, aber es macht überhaupt keinen Sinn, wenn Sie sich ein klares Bild gemacht haben und das niemandem erzählen, sodass sich die Grazerinnen und Grazer von ihrem Plan kein adäquates Bild machen können. Das Baustellenchaos, und das ist ein Thema, das wir auch schon sehr, sehr oft thematisiert haben, führt auch aktuell dazu, dass enorm viele

Betriebe nicht so gut dastehen wie in der Vergangenheit, dass sie keine Laufkundschaft haben, weil sie einfach direkt eine riesige Baustelle vor der Tür haben, phasenweise darüber informiert worden sind, teilweise falsch darüber informiert worden sind, auch das haben wir schon oft thematisiert. Und da braucht es aus unserer Sicht ein Maßnahmenpaket zur Abfederung der Baustellentätigkeit und der dadurch entstandenen finanziellen Verluste. Die Unterstützungsmodelle, und auch das wissen Sie, der Herr Stadtrat Eber ist jetzt gerade nicht da, gibt es bereits, die könnte man auch sofort umsetzen, aber dafür braucht es auch den Willen der Koalition, die dafür notwendigen Mittel auch zur Verfügung zu stellen. Und aufgrund der Vielzahl an bestehenden Mängeln, dem offensichtlichen Fehlen eines Gesamtkonzeptes und der Notwendigkeit von sofortiger finanzieller Unterstützung für von Großbaustellen betroffene Betriebe, stelle ich namens unsere ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Ich fasse es zusammen, wenn ich darf.

§1 Wir fordern die Vizebürgermeisterin Judith Schwentner auf, zukünftig die Abstimmung von notwendigen Baumaßnahmen besser zu koordinieren. Wir fordern die Vizebürgermeisterin Schwentner auf, zukünftig zu prüfen, ob die Softwarelösung ROADS oder eine ähnliche Softwarelösung im Sinne der Transparenz von Baustellen und Baumaßnahmen in Graz realisierbar wäre. Und wir fordern die Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin und Finanzstadtrat Eber auf, unverzüglich mit dem Herrn Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler in Verhandlungen zu treten, betreffend die Zurverfügungstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für das Wirtschaftsressort im Sinne der Förderungen, die vorhin kurz umschrieben worden sind.

Wir würden uns sehr darüber freuen. Ich glaube, es ist dringend an der Zeit, dass wir hier etwas machen. Man kann die Grazer Bevölkerung nicht einfach mit so vielen Baustellen konfrontieren und nichts tun. Und aus diesem Grund freuen wir uns über die Zustimmung unseres Antrages (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz gleicht derzeit einer einzigen Großbaustelle. Wer in den letzten Wochen mobil sein musste, hat am eigenen Leib erfahren, was Planungschaos bedeutet.

Besserung wird es in den nächsten Jahren kaum geben, und das liegt in erster Linie an der Strategie der Verkehrsreferentin Judith Schwentner.

Gelungene Baustellenkoordination wird in den letzten Wochen und Monaten schmerzhaft vermisst – ihre Arbeit wird augenscheinlich verunmöglicht. Durch die vielen nun gleichzeitig und offensichtlich durch politischen Zuruf der Verkehrsstadträtin entstandenen Baustellen werden wichtige Hauptverkehrsrouen in Graz gleichzeitig völlig überlastet. Die Hilferufe der Betroffenen, die täglich im Stau stehen, von mobilitätseingeschränkten Personen, Wirtschaftstreibenden, Anrainer:innen, Touristiker:innen etc. werden immer lauter, scheinen aber ungehört zu verhallen. Die Menschen haben den Eindruck, die Politik der Vizebürgermeisterin richte sich hauptsächlich gegen Autofahrer:innen, auf Gängelung, auf Bevormundung und irrealen Visionen gegen die Lebensrealitäten der Grazer:innen und setze statt auf ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer:innen eben auf das genau Gegenteil. Bewusste Stauerzeugung durch unkoordinierte Baustellenschaffung oder Straßensperrungen erhitzen die Gemüter und führt laut Expertise anerkannter Verkehrsexpert:innen auch nicht zur gewünschten Verkehrswende.

Wir wollen, dass Graz mobil bleibt. Dafür ist eine gute Koordination der Baustellen unausweichlich, um die Stadt in Bewegung zu halten und einen Zusammenbruch des Verkehrs auf wesentlichen Verkehrsadern zu verhindern.

Um Situationen, wie wir sie derzeit auf den Grazer Straßen in Zukunft schon im Vorfeld zu vermeiden, braucht es eine ganzheitlich betrachtete und nachhaltige Baumaßnahmenplanung und -koordination, die zusätzlich alle wesentlichen Akteure einbindet und rechtzeitig informiert und unterstützt.

In Hamburg wurde dafür eigens eine Koordinierungssoftware entwickelt, die bereits in einigen anderen Städten zur Anwendung gelangt, um unter anderem die Sicherstellung des Verkehrsflusses zu garantieren. Hier werden sämtliche Prozesse der Projektierung, Planung und Durchführung von städtischen Baumaßnahmen abgebildet und

Maßnahmen miteinander koordiniert. Alle Beteiligten können jederzeit Einblick in den aktuellen Planungsstand bekommen. Nur ein Beispiel, wie es besser gemacht werden kann, um die täglichen Stausituation im Stadtgebiet zu vermeiden.

Schließlich dürfen wir in den unterschiedlichsten Medien immer wieder von Erneuerungen im Grazer Verkehr lesen. Eine entsprechende Vorinformation des Gemeinderats oder des zuständigen Ausschusses erfolgt leider in den seltensten Fällen. Hinzu kommt, dass das Baustellenchaos und die enorme Bautätigkeit in der Innenstadt eine derartige Dimension erreicht hat, dass die bestehende Baustellenförderung als Unterstützungsform für betroffene Unternehmen nicht mehr ausreicht.

Wirtschaftstreibende kämpfen mit massiven Umsatzrückgängen, die für viele existenzbedrohend sind. Wie medial bereits berichtet geht das mittlerweile sogar schon so weit, dass Gastronomiebetriebe vorübergehend geschlossen werden müssen. Es braucht daher dringend ein Maßnahmenpaket zur Abfederung der durch die Baustellentätigkeit entstehenden finanziellen Verluste von betroffenen Wirtschaftstreibenden. Hierzu gibt es bereits konkrete Überlegungen für neue Unterstützungsmodelle, die aus dem bestehenden und von Kürzungen betroffenen Budget des Wirtschaftsressorts jedoch leider nicht finanzierbar sind.

Aufgrund dieser Vielzahl an bestehenden Mängeln, dem offensichtlichen Fehlen eines Gesamtkonzepts und der Notwendigkeit von sofortigen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für von den Großbaustellen betroffenen Unternehmen stelle ich daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, zusammen mit den zuständigen Stellen der Stadt zu prüfen, ob für die kommende Baustellensaison eine terminliche Abstimmung notwendiger Baumaßnahmen möglich ist. Ziel sollte sein, dass Stausituationen möglichst vermieden und nicht aktiv herbeigeführt werden.

Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, zusammen mit den zuständigen Stellen zu prüfen, inwiefern die in deutschen Städten im Einsatz befindliche

Software-Lösung „ROADS“ auch in Graz Anwendung finden könnte. Bürgermeisterin Elke Kahr, Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner und Finanzstadtrat Manfred Eber werden mit ihren zuständigen Stellen beauftragt, mit Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler in Verhandlungen betreffend die Zurverfügungstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für das Wirtschaftsressort zu treten, um raschest möglich die Beschlussfassung eines neuen Unterstützungsmodells zur angemessenen Entschädigung für von den Großbaustellen betroffenen Unternehmen im Gemeinderat zu ermöglichen.

8.5 Marketingkonzept Innenstadt (GR DI David Ram, Grüne)

GR DI Ram:

Liebe Anna, wir sehen das naturgemäß diametral anders. Und ich tu mir ein bisschen schwer mit den logischen Zusammenhängen, die hier irgendwie gezogen werden. Wo soll ich anfangen? Es geht etwas weiter, nachdem das viele Jahre in den ganz wichtigen Dingen sehr wenig weitergegangen ist, gibt es jetzt viele Baustellen. Interessanterweise, vor einigen Sitzungen habe ich gehört, es wird nichts investiert, es ist ein totaler Stillstand, das war jetzt vorher die Geschichte, diese Regierung, der Stillstand wird produziert. Jetzt, ein paar Wochen später ist die neue Geschichte, es wird so viel gemacht und jetzt ist das totale Chaos. Komisch. Und die interessante Geschichte für mich ist sowieso die, das Baustellenchaos, damit suggeriert man ja, dass eigentlich die ganzen Leute, also die Holding, die Stadtplanung, die Stadtbaudirektion ihren Job nicht richtig oder nicht gut machen. Weil die ja eigentlich, und ich rede ja mit denen auch, die fühlen sich langsam schon sehr unwohl. Und was mich am meisten interessieren würde bei dieser ganzen Geschichte, jetzt gibt es diese Baustellen und die sind wichtig, und wir tun etwas und wir entwickeln etwas weiter. Und dem liegen sehr viele begleitende Maßnahmen zugrunde, also ich glaube, es ist wirklich am Stand dessen,

was man heutzutage tun könnte und würde, und noch was dazu, damit man das begleitend macht und damit so wenig wie möglich an Beeinträchtigungen passieren. Und da gibt es eine ganz lange Liste an Dingen. Es wird in Phasen gebaut, nicht drei Jahre Totalsperre, wie das ja erzählt wird, wo auch immer das herkommt, sondern in Phasen wird gebaut, die Neutorgasse, im November wird schon wieder aufgesperrt. Dann, alle Geschäfte und Lokale sind während der gesamten Bauzeit erreichbar, natürlich ist es so, dass es Probleme gibt, natürlich kann man nicht zu jedem Geschäft mit dem Auto hinfahren, aber ich glaube, das versteht jeder Grazer, dass das einfach nicht möglich ist. Uns ist es bewusst, dass das für die Unternehmer:innen nicht super ist und, dass die Umsatzeinbußen haben, und wir wollen die unterstützen. Aber die ganze Geschichte, dass irgendwie die Vizebürgermeisterin versucht irgendwas zu behindern, hinauszuzögern, bewusst irgendwelche Staus produziert. Das ist ja lächerlich. Entschuldigung (*Appl.*).

Das einzige, das man uns vorwerfen kann als Regierung, ist das, dass wir etwas weiterbringen, dass wir Dinge entwickeln, dass wir längst fällige Sachen, was jetzt die Radinfrastruktur betrifft, was die Umgestaltung von Plätzen betrifft oder den Ausbau der Straßenbahnen, dass wir das jetzt in Angriff nehmen, und das mit einem richtig guten Tempo in Angriff nehmen, und das für die Grazerinnen und Grazer, damit etwas weitergeht für Graz (*Appl.*).

Zwischenruf GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger unverständlich.

GR DI Ram:

Ich darf noch weitersprechen, das ist ja mein Antrag. Und es geht mir auch um das, ich will ja etwas tun für die Unternehmer ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR DI Ram:

Nein, doch, er kommt ja ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR DI Ram:

... darf ich bitte noch, weil es geht ja um diese Baustelle, und wie wichtig. Man könnte sich ja Gedanken machen über das, was man tut für Unternehmerinnen und Unternehmer, und wir haben hier ein großartiges Projekt mit dieser Innenstadtentlastung, die sehr viele Vorteile bringt, für alle die dort Geschäfte haben, dort wohnen etc. Es wird die Erreichbarkeit erhöht, es wird neue Infrastruktur geben, es wird die Aufenthaltsqualität erhöht, eines der wichtigsten Dinge, die wir tun können für die Unternehmer als Stadt, jeder sagt, das einzige was wirklich zählt für die Unternehmer ist die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Das schaffen wir. Und das machen wir für die Unternehmer. Und es gibt Ideen, was man noch machen kann, es gibt zum Beispiel von „Echt Graz“, und das haben wir jetzt einfach aufgegriffen, die Idee, ach, man könnte doch für die Innenstadt ein Marketingkonzept entwickeln und diese ganzen Vorzüge, die es jetzt geben wird, mit dieser Innenstadtentlastung aufzeigen, den Anrainern, den Unternehmern, allen die hier das gefunden haben, zeigen, was hier auf sie zukommt, damit für sie diese Zeit, die offensichtlich schwierig ist, besser überstehbar wird. Das könnte man tun, und deswegen stellen wir als grüner Gemeinderatsklub den

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt den zuständigen Stadtrat für Wirtschaft gemeinsam mit der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung und dem Citymanagement und, was auch wichtig ist, weil es anscheinend hier Probleme gibt, in enger Abstimmung mit der Stadtbaudirektion mit der Entwicklung eines Marketingkonzepts für die Innenstadt im Hinblick auf die neu gewonnene Qualität des öffentlichen Raums entlang der Innenstadtentlastungsstrecke. Das Konzept, wäre schön, wenn wir das bis Oktober dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus vorlegen würden. Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz wächst. Das merkt man nicht nur an der stetig steigenden Einwohner:innenzahl und am dynamischen Wachstum des Wirtschaftsstandortes Graz, sondern auch an der wachsenden Anzahl der im Stadtgebiet zurückgelegten Wege. Derzeit werden alle Straßenbahnlinien in der Herrengasse durch ein Nadelöhr geführt, die neue Entlastungsstrecke im Herzen der Stadt wird diese Situation jedoch erheblich verbessern. Sie führt künftig vom Jakominiplatz über die Radetzkystraße in die Neutorgasse, über den Andreas-Hofer-Platz, die Tegetthoffbrücke, die Belgiergasse und die Vorbeckgasse bis in die Annenstraße.

Der Ausbau ermöglicht eine höhere Straßenbahnfrequenz für die erfreulicherweise steigende Zahl an Fahrgästen und die, für Pünktlichkeit und Qualität des Öffentlichen Verkehrs immens wichtige Ausweichmöglichkeit bei Behinderungen in der Herrengasse, am Hauptplatz oder am Südtiroler Platz.

Nicht nur Lokale und Geschäfte werden damit besser erreichbar, auch das Joanneumsviertel, der Regionalbusbahnhof am Andreas-Hofer-Platz, das Bad zur Sonne und die Stadtbibliothek sind dann direkt mit der Straßenbahn erreichbar. Im Zuge der Bauarbeiten werden auch Rad- und Gehwege ausgebaut, sowie der Grünraum neugestaltet. Eine so große Baustelle im Herzen unserer Stadt ist natürlich eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten, um die Auswirkungen für die Anwohner:innen und Unternehmer:innen möglichst klein zu halten. So wurde die insgesamt 3-jährige Bauzeit

in mehrere Phasen unterteilt, um die Sperre einzelner Abschnitte so kurz wie möglich zu gestalten. Alle Geschäfte und Lokale, aber auch Institutionen wie Post, Banken, das Servicecenter der Energie-Graz, das Universalmuseum Joanneum, die Holding, AMS, Apotheken und mehr können während der Bauarbeiten offenhalten und bleiben erreichbar. Je nach Baufortschritt kommt es zu geänderten Verkehrsführungen. Über die Auswirkungen der Baustelle wurde in zahlreichen Infoveranstaltungen sowohl Anrainer:innen als auch die ansässigen Betriebe informiert, eine Sonder-BIG und ein Info-Folder gestaltet sowie weitere Maßnahmen gesetzt, um über den aktuellen Stand der Bauarbeiten am Laufenden zu halten. Zusätzlich wurde ein Baustellen-Ombudstelefon eingerichtet, um Fragen der Bevölkerung zu beantworten und rasch auf Probleme der Bauführung zu reagieren.

Obwohl es für die betroffenen Unternehmen im Zuge der Baustelle durchaus zu Beeinträchtigungen durch Lärm und erschwerte Erreichbarkeit kommt, sollten gerade die Chancen des neu gestalteten öffentlichen Raums entlang der Entlastungsstrecke mehr in den Mittelpunkt rücken. Durch die bessere Erreichbarkeit des gesamten Viertels und die Umgestaltung der Straßen und Plätze wird die Aufenthaltsqualität erheblich verbessert und damit die Grundlage für ein verbessertes Geschäftsfeld geschaffen. Hier können wir als Stadt einen wichtigen Akzent setzen und durch die Entwicklung und Kommunikation eines positiv besetzten Marketingkonzepts einen wichtigen Beitrag in der Unterstützung unserer Innenstadtwirtschaft leisten. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt den zuständigen Stadtrat für Wirtschaft gemeinsam mit der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung und dem Citymanagement und in enger Abstimmung mit der Stadtbaudirektion mit der Entwicklung eines Marketingkonzepts für die Innenstadt im Hinblick auf die neu gewonnene Qualität des öffentlichen Raums entlang der Innenstadtentlastungsstrecke. Das Konzept ist bis Oktober 2023 dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus zu präsentieren.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke vielmals. Nur zur Information, der Antrag muss eines dringlichen Antrages, oder auch ein anderer, muss wortident sein, der Motivenbericht kann durchaus freigehalten werden. Das gilt generell für jeden und jede (*Appl.*).

8.6 Aufwertung der Baustellenförderung (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher und -hörer:innen auf der Tribüne und im Livestream. Ich beschränke mich jetzt auf die Sachen, die sich nicht wieder duplizieren. Der erste Teil meines dringlichen Antrages deckt sich ja ziemlich identisch mit dem von der Kollegin von der ÖVP. Das heißt, die Baustellenförderung ist bereits aufgebraucht in diesem Jahr, 62 Anträge sind offen, daher muss man auch schauen, dass auch noch gut hinbekommt. Der zweite Teil von meinem dringlichen Antrag ist natürlich interessant, weil, ich mache mir strategische Gedanken. Wir haben einen Grundsatzbeschluss öffentlicher Verkehr mit der Empfehlung für einen S-Bahn-City-Tunnel, um die Pendlerinnen und Pendler gut abzuholen, und so weiter, um die Pendlerproblematik zu lösen. Das heißt, folgerichtig wird es weiterhin Großbaustellen geben wie diese, das heißt, wir müssen dahin weiterdenken und den Unternehmerinnen und Unternehmern da helfen, denn die Hilfe brauchen sie, das ist unbestritten. Wir gehen alle jeden Tag durch die Stadt, und „fridda & maxx“ sperrt zu, es ist eine Riesenbaustelle, da muss man halt jetzt einmal auch der Wirtschaft helfen. Das ist ja hoffentlich eh klar, aber das kann ja auch strategisch sein, da gibt es ein gutes Beispiel mit der U-Bahn-Förderung in Wien, wo auch ein Fördertopf aufgemacht wird, wo die Unternehmerinnen und Unternehmer, die betroffen sind durch einen U-Bahn-Neubau, Unterstützung

beantragen können für die investiven Vorhaben in ihr eigenes Unternehmen. Also die tote Zeit kann genutzt werden, um Investitionen in den eigenen Betrieb zu setzen. Das darf natürlich nicht mit der Gießkanne sein, #Leiner/Kika, und muss sehr gut definiert sein, aber kann absolut sinnvoll sein. Daher der

dringliche Antrag

meinerseits:

Erster Teil, Finanzstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, wie eine monetäre Aufwertung der Baustellenförderung möglichst rasch und noch für dieses Jahr erfolgen kann.

Zweiter Teil, Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler wird aufgefordert zu prüfen, wie die Baustellenförderung dahingehend aufgewertet werden kann, dass den von öffentlichen Baumaßnahmen betroffenen Klein- und Mittelbetrieben zusätzliche Fördermittel, beispielsweise für Investitionen (in ihrem Betrieb), zur Verfügung gestellt werden können.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im Vorfeld des Baubeginns zur Innenstadtentlastung beschloss der Grazer Gemeinderat am 16. Februar 2023 einstimmig die Förderungsrichtlinie der Stadt Graz zur Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen bei direkter Betroffenheit von öffentlichen Baumaßnahmen (GZ: A15/25412/2021/0002). Je nach Dauer der Betroffenheit kann dadurch jedes Unternehmen, welches die Förderungsvoraussetzungen erfüllt, um einen Förderbetrag von bis zu 3.000 EUR pro Jahr ansuchen. Die finanzielle Bedeckung erfolgt aus dem Eckwert der Abteilung und

richtet sich nach den jährlichen Budgetbeschlüssen.¹ Ohne Zweifel wurde mit dieser „Baustellenförderung“ eine wichtige Grundlage geschaffen, um den Unternehmerinnen und Unternehmern von Graz schnell und unbürokratisch zu helfen, wenn diese von öffentlichen Baumaßnahmen betroffen sind. In den vergangenen Wochen mehrten sich die Klagen von Geschäftstreibenden, die insbesondere unter der Megabaustelle zur Innenstadtentlastung rund um die Neutorgasse und den Joanneumring leiden. Demnach sind die Probleme vor Ort vielfältig: von ausbleibender Kundschaft bis hin zu Zustellungs- und Abholungsschwierigkeiten wird berichtet. Mit dem Restaurant „fridda & maxx“ muss sogar ein Betrieb vorübergehend schließen. Zu all dem Übel sind auch die budgetären Mittel für die Baustellenförderung in diesem Jahr bereits aufgebraucht, obwohl noch 62 Anträge offen sind, wie Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler vergangene Woche gegenüber lokalen Medien sagte.² Die Realität zeigt also, dass die Baustellenförderung – wenn auch gut gemeint – nicht ausreicht, um den Grazer Unternehmerinnen und Unternehmern, die unter der Last der Großbaustelle stöhnen, entsprechend unter die Arme zu greifen. Nachdem aber Baustellen notwendig sind, um den Bedürfnissen der Grazer Bevölkerung gerecht zu werden, ist es Aufgabe der Stadt, diese möglichst professionell zu managen und jenen, die von den Baumaßnahmen am meisten betroffen sind, eine adäquate Unterstützung zukommen zu lassen. Vor allem der angestrebte Wandel hin zur klimaneutralen Stadt - der wiederum einen starken Ausbau des Öffentlichen Verkehrs erfordert – wird auch in Zukunft noch zu weiteren Megabaustellen im Stadtgebiet führen, weshalb bereits heute die richtigen Schlüsse aus den Klagen der jetzt akut betroffenen Geschäftstreibenden in der Grazer Innenstadt zu ziehen sind. Eine Aufwertung der Baustellenförderung erscheint vor diesem Hintergrund als unaufschiebbar. Als erste dringliche Maßnahme müsste jedenfalls der Budgettopf entsprechend aufgefüllt werden, um alle offenen Anträge bedienen zu können. Darüber hinaus braucht es aber auch eine grundsätzliche Erhöhung der

¹ <https://www.graz.at/cms/beitrag/10367746/9231938/>

² https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/bewegttestadt/6296334/Geschaefstreibendeklagen_Megabaustelle-belastet_Diesen-langen?from=rss

Fördermittel. Wenn ein Betrieb für mehrere Monate schließen muss, ist das ein klares Zeichen dafür, dass die derzeitigen Unterstützungsmaßnahmen nicht ausreichen. Die Fördermittel müssen, wenn in höherem Umfang ausgeschüttet, auch garantiert treffsicher eingesetzt werden. Am Beispiel Wien sieht man, wie eine Baustellenförderung so zielgerichtet eingesetzt werden kann, dass die Zeit der Bauarbeiten für Investitionen in die Zukunft genutzt wird:

Bei der U-Bahn-Bau Soforthilfe gibt es zusätzlich zum Mietzuschuss die Möglichkeit, Zukunftsinvestitionen in den eigenen Betrieb fördern zu lassen. Das führt dazu, dass die von den Baumaßnahmen betroffenen Unternehmen die aktuelle Not zur Tugend machen und die ohnedies prekäre Zeit eingeschränkter Betriebs- und Umsatzmöglichkeiten bestmöglich für notwendige investive Baumaßnahmen und Anschaffungen in den eigenen Betrieb nutzen können.³ Öffentliche Baumaßnahmen gestalten die Zukunft unserer Stadt entscheidend mit. Darum teilen wir NEOS die Ansicht von Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner, die rund um die Diskussion zur Megabaustelle in der Neutorgasse sagte, „dass wir hier an einem Strang ziehen müssen und als Stadt in der gemeinsamen Verantwortung“ stehen. Mit untenstehendem Antrag wollen NEOS aktiv dazu beitragen, das Beste aus der Situation zu machen.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Finanzstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, wie eine monetäre Aufwertung der Baustellenförderung möglichst rasch und noch für dieses Jahr erfolgen kann. Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler wird aufgefordert zu prüfen, wie die Baustellenförderung dahingehend aufgewertet werden kann, dass den von öffentlichen Baumaßnahmen betroffenen Klein- und Mittelbetrieben zusätzliche Fördermittel, beispielsweise für Investitionen, zur Verfügung gestellt werden können.

³ <https://wirtschaftsagentur.at/foerderungen/aktuelle-programme/u-bahn-bau-soforthilfe-106/>

StR Dr. **Riegler**:

Es ist heute sicherlich insofern in historischer Tag, weil wir, glaube ich, wirklich diesen heutigen Tag zum Anlass nehmen sollten und die Zusammenarbeit, wie sie jetzt momentan hier läuft, grundsätzlich zu überdenken (*Appl.*).

Es ist leider eine dermaßen große Selbstherrlichkeit und Arroganz, von dir, liebe Judith, und dem grünen Klub gegeben, dass es eigentlich unfassbar ist. Ihr bestellt jetzt ein Marketingkonzept bis Oktober bei mir, und weil wir gerade vorhin besprochen haben, dass mir hinten und vorne die Gelder fehlen, ich habe mit Sommer 2022, Judith, du weißt das, dich kontaktiert damals, als es darum gegangen ist, das war der erste Vorausräufel, die Drehung der Schönaugasse, da waren die Unternehmer in der Schönaugasse in heller Nervosität, weil es damals eigentlich angekündigtmaßen geheißel hat, die Schönaugasse wird mit Beginn der Baustelle gedreht. Das hast du dann eh wieder zurückgenommen. Und ich habe dich damals angeschrieben, angeredet, mit die redet und gesagt, bitte, liebe Judith, versuchen wir doch gemeinsam, dass wir den Unternehmen helfen, das wird eine sehr schwierige Phase werden, das wird problematisch werden. Es ist nichts geschehen, es ist gar nichts geschehen. Du hast dich ja bis in den November hinein nicht gemeldet, du hast irgendwann über deine Pressesprecherin arrogant ausrichten lassen: Ja, ja, der Herr Stadtrat wird dann in Prospekten auch vorkommen. Du hast dann im Congress drüben die Pläne aufhängen lassen, auf Flipcharts, das war alles. Die Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich an uns wenden und die sich an mich wenden, sagen, sie fühlen sich nicht informiert. Es wurde ihnen keine ausreichende Information gegeben. Es hat nicht zum Beispiel eine Veranstaltung stattgefunden, bei der man vielleicht einmal eingeführt worden wäre in die Thematik, sondern es ist schlicht und ergreifend, es sind die Pläne an die Wand gehängt worden und friss, Vogel, oder stirb. Das ist halt jetzt das, was jetzt passiert ist, wenn man ein Jahr lang alle Möglichkeiten zu kommunizieren, die gelindesten Mittel auszuschöpfen, wenn man alle diese Maßnahmen vermeidet, dann führt das halt dann dazu, dass dann irgendwann einmal ein Aufruhr da ist und, dass die Menschen sagen, das ist unerträglich, das sind riesige Probleme, denen sie ausgesetzt sind. Dann kommen wir im März dieses Jahres, im

März 2023 nach einem dringlichen Antrag, und bringen in diesem Haus einen dringlichen Antrag mit Maßnahmen, die alle nach der Reihe aufgezählt eben dazu dienen sollen, die damals noch nicht eingetretenen Auswirkungen dieser Baustelle abzumildern. Da ist von Implementierungen einer konkreten Ansprechpartnerin, kostenlose Benützung öffentlicher Verkehrsmittel in Anlehnung an die Advent-Bim-Aktion, zumindest vom Hauptbahnhof bis zur Innenstadt, das kostenfreie Parken in der Blauen Zone, etc. Das habt ihr knallhart abgewiesen. Diesen Dringlichen habt ihr abblitzen lassen, genauso wie jede weitere Bitte um finanzielle Unterstützung für die notleidenden Unternehmen. Ihr habt mir das Baustellenförderungsbudget nicht erhöht und habt sogar behauptet, der hat eh genug, braucht nur umschichten. Ok, ihr habt es selbst zu verantworten. Und ich appelliere wirklich an euch, bitteschön kommt zurück auf einen Weg, ihr werdet irgendwann die gemeinsame Zusammenarbeit, für die dieses Haus eigentlich immer gestanden ist, brauchen, bitte tut nicht irgendwelche Marketingkonzepte bestellen, ich werde mich da noch einmal zu Wort melden, weil wir haben jetzt drei Dringliche im Moment am Laufen. Es braucht niemand ein Marketingkonzept im Moment, wirklich niemand. Ich war bei den Unternehmen letzte Woche, diese Woche. Die sagen, sie brauchen dringend eine Unterstützung, das könnte eine Mietenförderung sein, das könnte eine Unterstützung dabei sein, dass sie eben vielleicht interimistisch auch einmal so wie das „fridda & maxx“ halt den Betrieb kurz stilllegen, um ihn dann wiederaufnehmen zu können. Es gibt unzählige Möglichkeiten, wie wir helfen können. Und bitteschön helft uns, helft uns bei unserem dringlichen Antrag, gebt uns ein Budget, das sollte mindestens zwischen 1 und 2 Millionen Euro sein. Das ist leicht, wenn man bedenkt, wie viele Budgeterhöhungen die Judith Schwentner und die Elke Kahr in ihren Ressorts bekommen haben. Und weist bitteschön nicht immer alles ab, was von uns kommt. Es hat ein Jahr lang gedauert, ihr habt uns jegliche Kooperation verweigert in diesem Thema, und jetzt ist halt leider Gottes die Aufregung groß und das Leiden groß. Bitteschön kehrt zurück, Karl Dreisiebner, Frau Wutte, bitte kehrt zurück an den Verhandlungstisch und macht auch bitte einen Schritt auf die Unternehmerschaft zu (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hoher Stadtregerung, sehr geehrte Damen und Herrn Gemeinderäte, werte Zuseher. Ohne jetzt zur Geschäftsordnung zu sprechen, wird doch die ersten paar Minuten meiner Wortmeldung zur Geschäftsordnung meine Redezeit einnehmen. Weil es ist jetzt etwas passiert, was eben passiert, wenn man drei dringliche Anträge zusammennimmt, ohne im Vorfeld darüber zu sprechen, jeder redet irgendetwas. Der Kollege Ram hält eine Wahlkampfrede, der Stadtrat Riegler wehrt sich gegenüber gegen ihn erhobene Vorwürfe, und ich würde einfach bitten, weil das haben sich alle drei Kollegen verdient, sowohl der Kollege Ram als auch der Kollege Pointner sowie die Kollegin Hopper, dass man diese Anträge in Zukunft wieder sozusagen behandelt, wie es auf der Tagesordnung vorgesehen ist, oder aber wie es das Statut der Stadt Graz sagt, nämlich nach dem Einlangen, nach dem Zeitpunkt des Einlangens. Also das wäre überhaupt die geschäftsordnungskonforme Variante, da würde ich vorschlagen, dass wir so vorgehen würden und dass wir auch sonst die Reihenfolge der Verhandlung achten, alles nachzulesen im Statut, weil sonst kommt hier einfach ein Mischmasch raus und niemand kennt sich dann mehr aus, das macht es ein bisschen mühsam zu folgen. Ich werde mich jetzt zur Dringlichkeit aller drei Anträge zu Wort melden, und ja, sie sind alle drei dringlich. Wir haben hier eine Situation vorliegend, die für die Unternehmer alles andere als klasse ist, und weil vorhin immer wieder betont wurde vom Kollegen Ram, ja, bewusst, bewusst, bewusst. Na ja, es passiert nicht alles nur bewusst. Vieles passiert auch einfach fahrlässig, weil man halt versucht ohne Plan oder irgendwie hier etwas zu machen, nur nicht immer bewusst, sondern, das will ich auch niemandem unterstellen, aber ich glaube, fahrlässig passieren hier doch ein paar grobe Schnitzer, die eben dann zulasten der Unternehmer und damit auch zulasten von uns allen ausgehen. Die Dringlichkeit ist gegeben, ich werde mich dann später noch einmal zu Wort melden, um dann einen Abänderungsantrag zum Antrag vom Kollegen Ram einzubringen, aber dazu später mehr, um eben die Geschäftsordnung noch ein bisschen zu wahren (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, teilweise, danke für diese dringlichen Anträge. Ich glaube, uns allen ist ja die Situation bekannt. Es sind Bewohner in der Gegen von Baustelle, oder Betriebe, natürlich immer sehr belastet und es gibt jetzt natürlich auch teilweise einen sehr dringenden Handlungsbedarf. Also dringend sehe ich auf jeden Fall den Antrag der ÖVP, den werde ich in der Dringlichkeit und im Inhalt unterstützen und ebenso auch den Antrag vom Kollegen Pointner. Beim Antrag vom Kollegen Ram tu ich mir leider wirklich schwer, denn in angespannten Budgetzeiten wie diesen, und ich glaube, du kommst ja selbst aus dem Unternehmertum, du weißt ganz genau, dass Marketing und Werbung kostet und kosten muss und kosten wird, ist das absolut der falsche Zeitpunkt, hier wieder eine Strategie zu machen. Wir haben jetzt eine Wirtschaftsstrategie auf den Weg gebracht, die sehr wichtig und gut war, jetzt machen wir noch ein Konzept und dann wieder ein Konzept, und in Wahrheit sind die Mittel dafür nicht da. Bis das Konzept fertig ist, ist da vielleicht so manchen Unternehmen schon die Luft ausgegangen. Hier eine Situation zu bewerben, die in drei Jahren eintrifft, wir halt einem Unternehmen, das dann vielleicht unter Umständen, wenn es echt blöd hergeht, das es in drei Jahren dann nicht mehr gibt, dann nichts helfen. Und dementsprechend kann ich der Dringlichkeit und dem Inhaltlich von diesem Antrag leider nichts abgewinnen. Danke (*Appl.*).

GR **Huber**:

Hoher Stadtregierung, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Also ehrlicherweise verstehe ich die Aufregung nicht so sehr, dass die drei Anträge zusammengelegt worden sind, weil sie haben eigentlich alle das gleiche Fundament, nämlich sie zeigen auf, selbst der ...

(*KO GR Dreisiebner klatscht*)

Ihr braucht nicht klatschen (*Gelächter im Saal*).

... dass das gleiche Fundament gezeigt wird, nämlich, dass die Frau Verkehrsstadträtin ihre Arbeit schlicht und ergreifend nicht macht und wir leider solche Anträge ja erst einmal brauchen, damit wir die Innenstadt wieder einmal auf Vordermann bringen *(Appl.)*.

Und weil er halt gerade hier liegt, ich weiß nicht ... Werbung? Na ja *(hält einen Folder, welcher am Pult gelegen hat)*.

Da helfen dann auch keine Hochglanzfolder oder liebe Fotos auf dem Fahrrad mit sauberen Gummistiefeln hinten oben. Das ist ja ganz nett, wenn man sowas postet. Aber posten Sie lieber einmal dreckige Arbeitshandschuhe und zeigen Sie so, dass Sie anpacken und etwas weiterbringen für unsere Stadt *(Appl.)*.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Ich glaube, Sie nehmen sich wohl selbst nicht ganz ernst, wenn Sie das so sagen. Und von jeglicher Arroganz und Erheblichkeit, das müssen Sie wirklich draußen den Kollegen, die hier an der Baustelle tagtäglich arbeiten, sagen. Die glauben, die sind im falschen Film, wenn sie das hören (Appl.).

GR Huber:

Bekomme ich die zehn Sekunden dazu geschenkt, weil Sie mich jetzt unterbrochen haben *(Gelächter im Saal)?*

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Die bekommen Sie geschenkt, auch ohne Unterbrechung.

GR Huber:

Sehr schön, dankeschön. Ich glaube einfach, dass die Frau Verkehrsstadträtin die Jobbeschreibung einer Stadträtin falsch verstanden hat. Hier setzt man sich kein Denkmal und gräbt einmal die ganze Stadt um planlos, sondern man muss halt einmal

wirklich etwas weiterbringen, dass man das Leben der Grazerinnen und Grazer verbessert. Das ist die Jobbeschreibung einer Stadträtin. Und ich würde Ihnen dringend raten, weniger Fotos mit Gummistiefeln zu machen. Gehen Sie hinaus, hören Sie sich die Probleme an, dass zum Beispiel die Müllabfuhr nicht mehr kommt. Sie lachen jetzt, aber das sind alle Kleinigkeiten, die die Bevölkerung stört und den Alltag verschlimmert. Und da würde ich mir dringend von Ihnen wünschen, dass Sie einmal etwas weiterbringen und wirklich das Leben der Grazerinnen und Grazer verbessern (*Appl.*).

GR Zirngast:

Liebe Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich mache es jetzt schnell, weil es gibt ein bisschen was zu sagen. Wir haben auch drei Anträge, denen wir alle in der Dringlichkeit auch zustimmen. Ich werde jetzt sozusagen zur Dringlichkeit insofern reden oder zumindest ein bisschen über die Baustelle reden und gleich vorwegschicken, dass das für uns sehr wohl ein dringliches Thema ist, sowohl die Baustellen an sich, wie auch natürlich, wie es den Unternehmerinnen und Unternehmern dort geht. Da haben wir nämlich auch einen Lösungsvorschlag, den wir dann später, wenn es um den Inhalt geht, dann auch vorbringen. Also zum einen ist klar, dass niemand gerne Baustellen hat, schon gar nicht vor der Haustür. Es stört immer, ist vorhin auch gekommen, es wird immer Verkehr geben. Nur ein Beispiel, die Großbaustelle im Herzen von Graz, Hauptplatz 2019, da war auch schon von Baustellenwirrwarr die Rede, hat damals nicht so lange gedauert, nur ein paar Wochen. Ich verstehe auch, wie es die ÖVP in der letzten Zeit ja immer wieder macht, dass sie dann sagen, es werden Parkplätze gestrichen, es wird dieses und jenes gemacht, zum Beispiel in der Münzgrabenstraße, 28 neue Bäume, 50 Parkplätze weniger, 2021, Stadtplanungsreferent damals Ex-Bürgermeister Nagl, das sind nur so Kleinigkeiten. Aber in Wahrheit geht es um ...

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Da haben wir damals Bäume gepflanzt, gell?

GR Zirngast:

Ja, ist eh super. Aber jetzt sind Sie dagegen. Das ist ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Das war damals über das Straßenamt (Appl.).

GR Zirngast:

Nur kurz zur Genese von dieser einen Baustelle, über die wir alle reden, nämlich die Neutorgasse beziehungsweise die Innenstadtentlastung. Das ist ein Thema seit mindestens zwei 2001, oder schon länger, seit den 90er-Jahren. Im Jahr 2001 sagt der damalige Finanzstadtrat, der Siegfried Nagl, wir wollen nicht, dass ein Verkehrssupergau entsteht, deshalb können wir einer Innenstadtentflechtung durch die Neutorgasse nicht zustimmen. 2017 haben wir dann folgende Situation, Verkehrsstadträtin Elke Kahr, Stadtplanungsreferent, damals Bürgermeister Siegfried Nagl sagt dann: Ich übernehme die Verantwortung für große Infrastrukturprojekte. Nagl zieht dann den Bau an sich, nur so vielleicht zum Thema Zusammenarbeit. Noch mehr zum Thema Zusammenarbeit, kurz darauf, Siegfried Nagl schlägt vor, die Entlastung über die Neutorgasse und sagt dazu, Verkehrsstadträtin für die Linienführung eigentlich zuständig Elke Kahr: Ich hoffe, sie schlägt diese Variante vor. Verkehrsstadträtin Elke Kahr, das ist aus einem kleinen Zeitung-Artikel, selbst will dazu inhaltlich dazu noch nichts sagen: Ich will das seriöserweise nicht über die Medien ausbreiten, eigentlich warte ich ja seit drei Wochen auf einen Termin beim Bürgermeister, wo er mit mir genau darüber reden wollte. Dann haben wir die Situation, es ist 2017 im Grunde im Gemeinderat auch beschlossen worden, diese Linienführung. Die Linienführung war im Übrigen nicht die erste Wahl von uns als KPÖ, von den Grünen auch nicht, wir wollten das eigentlich über die Radetzkybrücke und über den Griesplatz. Aber, und damals zum

Beispiel Gemeinderat Topf, dass das eben wichtig ist, schnell voranzubringen, aber auch der Gemeinderat Lohr spricht sich sehr deutlich für diese Variante aus, auch noch 2022, wo es dann sozusagen auch in dieser Form beschlossen wurde, einstimmig im Übrigen. Verkehrsstadträtin Elke Kahr hat dann gesagt, das Wichtige ist, dass wir das weiterbekommen, das Wichtige ist, dass wir diese Entlastung angehen, und genau das haben wir dann auch gemacht. Nur ganz kurz, noch abschließend zur Kommunikation, man kann vielleicht immer besser kommunizieren, aber ich stimme in einem vollkommen zu, liebe Anna Hopper. Es ist teilweise schlecht und verwirrend kommuniziert worden, zum Beispiel nämlich vom Stadtrat Riegler, der wider besseren Wissens ... (*Appl.*).

Es gibt diesen Folder, der ist übrigens auch nicht hochgeladen, und da steht unter anderem drinnen, ich zitiere aus diesem Folder: Die Arbeiten der Neutorgasse sind bis Sommer 2024 abgeschlossen, bis zur Inbetriebnahme der Straßenbahn im November 2025, also die gesamte Strecke, nicht um die Neutorgasse, ist eine provisorische Zufahrt als Einbahn in Richtung Süden geplant. Ist vollkommen klar. Trotz allem haben Sie immer wieder gesagt, warum dauert das drei Jahre nur in der Neutorgasse? Und dann, zum Beispiel hier jetzt in einem Zeitungsartikel in der Woche sagen Sie dann: Neue Aussagen, neue Aussagen, obwohl es immer klar war, dass das der Zeitplan ist, neue Aussagen von der zuständigen Vizebürgermeisterin Judith Schwentner stellen nun, so aus dem Büro Riegler, jedoch eine teilweise Eröffnung in einem Jahr in Aussicht. Im Falle der Umsetzung dieser Ankündigung, wolle man dies als Sieg des Drucks durch die Volkspartei verorten (*Gelächter im Saal, Appl.*).

Ich fasse zusammen, ich sage zum Robert Krotzer, der Robert Krotzer stellt etwas vor, er sagt A, ich sage, ich hätte gerne A, warum sagst du B? Dann sagt er, nein, es ist eh A. Und dann sage ich, nein, weil ich mich dafür eingesetzt habe, dass es A wird (*Gelächter im Saal, Appl.*).

Und zwei letzte Sätze nur noch, es geht ja dann nicht nur um die Kritik an die Stadtregierung oder an die Vizebürgermeisterin, sondern was damit eigentlich passiert, mit der Art und Weise, man kann natürlich kritisieren, aber mit der Art und Weise, wie hier über die Stadtplanung und auch über die Arbeiter sozusagen indirekt

geredet wird, dass das so lange dauert, werden eigentlich die Ämter, die Holding, Stadtbaudirektion aber auch die Menschen, die dort jeden Tag an der Baustelle arbeiten, eigentlich niedergemacht und das drückt sich auch so aus, dass immer wieder Menschen, das hören wir zumindest, sich abfällig dort vor Ort gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern äußern. Und das kann wohl nicht im Sinne von uns allen hier sein. Deswegen, Kritik immer gerne willkommen, aber bitte so, dass damit vor allem die Arbeit der Ämter und aller anderen Beschäftigten im Haus Graz, oder die, die für uns arbeiten, auf dieser Baustelle nicht niedergemacht werden. Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Geschätzter Herr Gemeinderat Zirngast. Gut, dass Sie hier so ein bisschen den historischen Bogen gespannt haben, weil einmal sagen Sie, na ja, es ist ja der Herr Nagl gewesen, der das beschlossen hat, im nächsten Moment legt aber die Frau Kahr eh Wert darauf, dass sie selbst ja auch die Verkehrsreferentin war. Ich darf auch etwas zitieren, hier befindet sich, ich kann es Ihnen dann gerne zuschicken, noch die Mitteilung, die freudige, am Bild sind Judith Schwentner, Elke Kahr und Landeshauptmann-Stellvertreter Lang, das ist auf Antenne Steiermark, und dann steht: Die Neutorgasse wird wegen der notwendigen Bauarbeiten drei Jahre lange gesperrt und der Verkehr wird über den Marburger Kai umgeleitet, eine sogenannte Totalsperre der Neutorgasse. Dasselbe nachzulesen in der Kleinen Zeitung, auch hier hat es noch vor kurzem geheißen, die Neutorgasse soll Anfang 2024 fertiggebaut sein, bleibt aber bis Ende 2025 gesperrt. Es ist irgendwie eine äußerst subtile Technik von euch in der Argumentation, ich weiß nicht, von wem genau im Einzelnen, dass ihr ständig sagt: Das stimmt ja gar nicht, der Stadtrat Riegler sagt ja die Unwahrheit. Ich halte mich zunächst einmal daran, was von euch in euren Presseaussendungen in öffentlichen Mitteilungen kundgetan wurde, und das war heuer zu Baubeginn dieser Baustelle. Dass ihr dann einen Monat später auf einmal zurückrudert und sagt, nein, stimmt ja doch nicht, wir sperren ja eh schon wieder ein bisschen auf. Ist zwar schön und gut, aber dann bitte mach doch morgen, Judith, eine Pressekonferenz, sag ganz klar definitiv, mit Tag und

Straße, wann und wo genau der Verkehr ab wann wieder fahren wird dürfen. Das wäre eigentlich allen geholfen, wenn sie das wüssten, momentan weiß das keiner, man weiß es ungefähr. Der Herr Ram hat heute, ich habe heute mit ihm ein bisschen kollegial vor der Gemeinderatssitzung versucht zu sprechen, und habe ihn gefragt, da hat er mir auch wieder vorgeworfen, ich würde die Unwahrheit verbreiten, hat mir dann zugesichert, er wird mir die Sonder-BIG zeigen und auch in der entsprechenden Anzahl für den gesamten Gemeinderatsclub, wo drinnen steht, ab wann man wo wieder genau fahren kann. Ich warte noch immer darauf, dass diese Sonder-BIG jetzt also vorgezeigt wird, wo das steht. Ich habe auch gleich noch eine Frage, liebe Judith, sag mir doch gleich einmal, wie schaut es denn aus mit den Parkplätzen am Joanneumring? Denn es sind ja etliche Parkplätze jetzt leerstehend, manche sogar zubetoniert, vor der Lena Hoschek, vor dem Wein & Co, werden die wiederkommen, werden die wiedereröffnet werden, wird man bereits im kommenden Jahr dort wieder einen Zuliefer- und Abholverkehr haben können, wird man hier wieder stehenbleiben dürfen oder nicht? Es wäre ja so einfach, du bräuchtest dich ja nur hinstellen, und einmal die konkreten Fragen, die seit einem Jahr auf dem Tisch liegen, auch einfach einmal persönlich beantworten, anstatt ständig zu verbreiten, dass wir angeblich die Unwahrheit sagen würden. Also bitteschön, es ist jederzeit die Chance für eine offene, ehrliche Kommunikation, bitte einfach eine Presseaussendung machen, in der man nachlesen kann, was genau ab wann wieder befahrbar sein wird (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke, nur zur Anmerkung, wir sind noch bei der Dringlichkeit, nachdem es hier eh Zustimmung, glaube ich, fast von allen gibt, könnten wir dann danach bei den Anträgen selbst die Debatte fortsetzen. Oder gibt es zur Dringlichkeit jetzt auch noch weitere Wortmeldungen?

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Ich meine, wenn ich mir die Diskussion so anhöre, bin ich froh, dass ich nicht mehr Unternehmerin bin und betroffen bin, weil irgendwie geniere ich mich fast ein bisschen. Weil wo gehobelt wird, da fallen Spähen, das ist ganz klar, aber man kann auch einmal etwas falsch machen, oder es kann etwas an jemandem vorbeigearbeitet werden. Weil wie soll ein Politiker, der noch nie unternehmerisch denken hat müssen, wissen, was für Problem ein Unternehmer hat, oder was passieren kann? Das kann man überhaupt niemandem vorwerfen. Und so eine Baustelle wirbelt halt Staub auf, das ja ganz klar. Aber ich möchte dazusagen, wir alle sind natürlich für Erneuerungen, weil wie würde unsere Stadt heuer aussehen, wenn wir keine Erneuerungen hätten? Und wir alle sind sehr stolz auf unsere Stadt. Aber ich muss auch sagen, wir haben sehr viele Unternehmen, die wir schon seit sehr, sehr vielen Jahren haben, mich hat erst am Sonntag eine Unternehmerin, die betroffen ist, angerufen, die hat seit 25 Jahren ihr Geschäft, ist stolz darauf, dass sie immer ihre Steuern zahlen hat können, dass sie ihre Mitarbeiter zahlen hat können, und jetzt weiß sie nicht mehr, wie sie weitertun soll, weil sie von der Baustelle so arg betroffen ist, dass niemand mehr hinkommt, sie Umsatzeinbußen hat und sie auch keine Baustellenförderung bekommt. Und wenn man hier bei den Unternehmern sich das antut und sie besucht, und das finde ich wirklich wichtig, da sieht man einfach, dass fast jeder Unternehmer in dem Bereich die gleichen Probleme hat. Und ich glaube schon, dass man für das eine oder andere Problem doch Lösungen finden kann, weil wenn jetzt ein Unternehmen 30 bis 50 % Einbußen hat, den es jetzt gibt, 25 Jahre lang, oder die Apotheke gibt es seit 106 Jahren, und sie haben mir geschrieben, sie kann nicht mehr schlafen, weil sie nicht weiß, wie sie ihre Apotheke weiterbetreiben soll, weil eigentlich hat sie die Versorgungspflicht aber auf der anderen Seite kommt niemand mehr, dann macht mir das schon wirklich Sorgen. Und ich finde, wir wollten wirklich hier jetzt nicht diskutieren, wer an was schuld ist, weil das ist völlig egal und was passiert ist, ist auch wurscht, sondern wichtig ist, welche Lösungen können wir anbieten, dass wir unsere Unternehmer unterstützen können, weil schließlich haben sie auch Jahre lang Steuern gezahlt, also können wir auch etwas für sie tun. Manchmal hat man zwar die

Empfindung, dass der Österreicher oder der Unternehmer gerne jammert, aber in dem Fall ist es wirklich ein berechtigtes Jammern, wenn man dann nämlich nicht mehr weiß, wie es weitergehen soll. Wenn eine Unternehmerin sagt, sie muss ihre Miete bereits von ihrem Privatgeld zahlen, wenn sie sagt, der Paketdienst kommt nicht mehr, ich kann meine Ware nicht erhalten, ich kann es mit dem Auto aber nicht hinführen, weil sie ist mir zu schwer, ich bekomme nirgendwo einen Parkplatz, ist in den Parkgaragen kein Parkplatz mehr frei, dass man sagt, ok, wenn ich schon mit dem Auto herfahren muss, meine Sachen selbst bringen muss, kann ich mein Auto dann wenigstens irgendwo parken. Viele haben schon die Öffnungszeiten reduziert, von sechs Tagen auf nur vier Tage, das geht eine gewisse Zeit, aber da geht nicht ewig lang. Natürlich ist auch für die Müllentsorgung gesorgt, es gibt jetzt zwei Plätze, wo man selbst den Müll hinbringen kann, die sind aber halt auch relativ weit weg und man muss dann irgendwie über die Straße drüberfahren. Das Ganze bis Dezember, das ist halt auch etwas kompliziert, wenn man eh schon nervlich am Ende ist und selbst so viel arbeiten muss, weil man seine Mitarbeiter nicht mehr bezahlen kann. Also ich sehe es wirklich als ganz, ganz vorrangig, dass wir uns einmal anschauen, wer hat noch um die Baustellenförderung angesucht und wie können wir hier wirklich unterstützen, weil die wissen zum Teil wirklich weder ein noch aus, und dieser massive Umsatzrückgang, oder auch die Sorge, manche haben einfach ältere Kunden, wenn jemand kollabiert, wie werden sie von der Rettung versorgt werden. Zum Teil kommt man mit einem Rollator oder mit einem Rollstuhl überhaupt nicht mehr durch, weil der Gehsteig mittlerweile so eng ist, oder wenn man ausweichen muss, dass man einfach aneinander hängen bleibt. Also ich habe es dort versucht, rund herum zu gehen, ich habe Kreuzschmerzen gehabt und ich habe es fast nicht geschafft, dass ich rund herumgekommen bin. Jetzt stelle ich mir erst vor, wie geht es jemandem, der eine Behinderung hat, Schmerzen hat oder älter ist. Also ich glaube, wir müssen einfach hier wirklich dringend Lösungen finden. Also ich habe mir alles zusammengeschrieben, was die Unternehmer mir gesagt habe, und das macht einem wirklich Sorgen. Und deswegen bitte ich hier wirklich ganz, ganz dringend, dass wir gemeinsam an einer Lösung arbeiten, und dass wir uns wirklich noch einmal ein Herz nehmen, und schauen,

was brauchen sie vor Ort wirklich? Und ich glaube, es ist ihnen wichtig, dass sie einmal gehört werden, das ist für sie schon angenehm, aber, wenn wir nur ein paar Lösungen anbieten können, dann, glaube ich, sind die Unternehmer auch schon zufrieden, weil es kann uns nichts daran liegen, wenn Unternehmen, die es seit vielen Jahren, Jahrzehnten, oder über 100 Jahren schon gibt, wenn die zusperren müssen, die Straßen leer werden, die Geschäfte leerstehen, weil dann müssen wir nämlich eine Pop-up-Förderung machen, und die Pop-up-Förderung kommt uns aber, wie wir wissen, teurer als die Baustellenförderung zum Beispiel, und dann wissen wir aber auch nicht, ob die ewig bleiben wird. Pop-up ist geht, wenn es einmal leer steht, aber wir sollten natürlich darauf schauen, dass es nicht unbedingt die Geschäfte leer werden. Und die Unternehmer haben Hoffnungen, und die haben Erwartungen an uns. Und ich bitte euch, denen steht wirklich das Wasser bis zum Hals, lasst sie nicht ertrinken (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Grazerinnen und Grazer. Ich meine, das, was hier aufgeführt und abgeführt wird, ist genau das, was wir uns eigentlich nicht zumuten sollten und was wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, Anwohner:innen in der Innenstadt, denen, die Straßen und Lokale, Geschäfte in der Innenstadt besuchen und den Unternehmerinnen und Unternehmern nicht zumuten sollten. Ich denken, dass wir nach vielen Jahren Beschlüsse einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasst haben, diese wichtige Straßenbahnstreck, die Innenstadt zu entlasten, weil in der Herrengasse immer wieder etwas passiert, zum einen, oder eine Veranstaltung stattfindet zum anderen, und zum Dritten, natürlich auch Vorfälle sein können, die dann das gesamte Rückgrat unseres öffentlichen Verkehrssystems, das nicht an irgendwelchen Endstationen und Busumsteigeknoten endet, sondern das eigentlich an den Enden der S-Bahn-Linien, der Railjet-Linien aber auch vieler RegioBusse endet. Und alles das wird vom Land Steiermark, vom Verkehrsverbund, von der Stadt Graz gemeinsam seit vielen Jahren

ausgebaut, genauso wie auch der Ausbau der Radinfrastruktur, das, war schon heute Thema, etwas ist, was wir seit Jahren betreiben. Seit 2001 wird an dieser Ausweich-, Entlastungs-/Entflechtungsstrecke für die Herrengasse politisch nachgedacht, geplant und gearbeitet. Es hat mehrere Schritte nach vorne und mehrere Schritte zurück gegeben. Und dann kam es mit dieser Variante, nachdem die Variante über Griesplatz/Elisabethinergasse verworfen worden ist, kam es mit dieser Variante zu mehrheitlichen, ja, wir waren ursprünglich skeptisch, dann zu einstimmigen Beschlüssen. Es hat länger gedauert, bis der Baubeschluss gefallen ist, auch mit euren Stimmen, ÖVP, länger gedauert, als der Herr Bürgermeister Nagl, längst dienender Bürgermeister dieser Stadt, Bürgermeister war, von 2021 bis 2022. Jetzt weiß nicht, jetzt könnte ich blöd sagen, vielleicht war das immer auch ein bisschen im Hintergrund, die Idee, ich mache Planungsbeschlüsse, dann kommt einmal die Metro, dann kommt wieder etwas anderes, aber ich gehe natürlich nicht her, um mich mit diesen Baustellensituationen vielleicht aussetzen zu müssen. Aber das lasse ich jetzt weg. Das, was wir machen, ist, diese Stadt verkehrsfähig zu machen für die Zukunft, mit der Radoffensive, mit dem Ausbau der Straßenbahn, mit der Übereinkunft, auch die S-Bahnen entsprechend auszubauen beziehungsweise eine zweite Stammstrecke in der Stadt zu bauen, einen S-Bahn-Ring, mittelfristig anzugehen und zu bauen. Wir denken den gesamten Großraum, wir denken an eine bessere Erreichbarkeit genau dieser Innenstadt, und dieser Innenstadtunternehmen, Lokale, Einrichtungen, Kultur, etc., natürlich auch für Lebensräume, für die, die hinkommen, für die, die da wohnen. Dann schreibt ihr in Anträge rein, dass die Mobilität mehr oder weniger nicht mehr gegeben ist. Das ist nicht wahr. Wir schaffen die Mobilität, mit Einschränkungen sogar zu dieser Baustelle, die riesengroß ist, die uns allen viel abverlangt, die den Menschen viel abverlangt, die den Unternehmer:innen viel abverlangt. Und ich würde mir wirklich nichts mehr wünschen, als dass alle Stadtregierungsmitglieder zusammenarbeiten und der Herr Wirtschaftsstadtrat genau das tut, statt einen dringlichen Antrag herzuzeigen, zu sagen, ich brauche noch dieses und jenes, ich habe diese jene Idee. Das ist leider nicht passiert. Stattdessen erzählt er den Medien, dass 62 Baustellenförderungen nicht ausbezahlt werden könnten, obwohl Geld in seinem Ressort vorhanden ist im

Globalbudget. Und das halte ich für eine traurige Tatsache, dass man so am Rücken von Betroffenen umgeht, dass man so den Menschen einerseits sagt, du kommst eh nicht dahin, und andererseits den anderen sagt, ich kann euch nicht helfen. Ich glaube, der Job ist ein ganz anderer, den hier die Stadtregierungsmitglieder tun sollten, zur Opposition, ÖVP und andere Parteien komme ich dann noch kurz. Das ist ein ganz anderer, und das hätte ich mir gewünscht, und ich würde es mir auch morgen wünschen, dass das jetzt wirklich angegangen wird, anstatt sich gegenseitig immer Dinge vorzuhalten und über die Zeitungen auszurichten. Natürlich braucht ein Parlament, ein Gemeindepament auch eine kontrollierende Opposition, dafür danke ich allen, die hier konstruktiv mitarbeiten. Aber bitte tut jetzt nicht im Sinne des Schlechtredens von Menschen, die in dieser Stadt, in unseren Betrieben, im Auftrag unserer Betriebe arbeiten, und tut das nicht, indem ihr so quasi der Wirtschaft und den Menschen permanent erzählt, dass man hier nicht mehr leben, arbeiten und unternehmen kann. Können wir uns auf diesen Grundkonsens verständigen? Ich finde, Pointner hat hier die gute Mitte getroffen. Einem Teil, dem Punkt 2 seines Antrages werden wir zustimmen, bei der ÖVP erwarte ich mir einen etwas anderen, einen konstruktiveren Zugang, und dem Herrn Wirtschaftsstadtrat im Stammbuch, ganz ehrlich, das ist enttäuschend, was du hier tust. Du redest dich auf einen Kontakt aus, der dir nicht gepasst hat, du kommst mit einem dringlichen Antrag von irgendwann daher. Aber wo sind deine Gemeinderatsstücke, wo sind deine Stadtsenatsstücke, und so weiter und so fort? Mach du deinen Job und wir werden gemeinsam diese Megabaustelle bewältigen, weil nachher wird vieles besser sein (*Appl.*).

Die Dringlichkeit (ÖVP) wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit (Grüne) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Lohr) angenommen.

Die Dringlichkeit (Neos) wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Katzensteiner:**

Es ist schon breit inhaltlich diskutiert worden zur Dringlichkeit. Meine Vorredner:innen haben schon wichtige allgemeine Dinge gesagt. Ich möchte jetzt kurz auf die Baustellenförderung eingehen, der ja ein Punkt ist im ÖVP-Antrag. Natürlich bekennen wir uns zur Unterstützung der Innenstadtbetriebe. Es kommt zu einer gewissen Beeinträchtigung, auch wenn diese natürlich letztlich dazu führen wird, dass die Aufenthaltsqualität besser ist in unserer Stadt, was auch für Betriebe gut ist, aber natürlich darf man die Betriebe in der jetzigen Situation auch nicht im Stich lassen. Im Nachtragsvoranschlag 2023 existiert, auch wenn das medial anders verbreitet wird, wird keine Position, die heißt Baustellenförderung. Die Mittel für die Baustellenförderung werden aus dem Globalbudget des zuständigen Stadtrates Günter Riegler finanziert und sind auch keineswegs, wie das auch irreführend hinaus posaunt wurde, mit 100.000 Euro gedeckelt. Tatsächlich existieren im Globalbudget zur freien Verfügung noch 1,85 Millionen Euro, die eben ohne Mascherl sind und noch zur Verfügung stehen (*Appl.*).

Das ist mehr als 50 % des aktuell gesamten Globalbudget. Weiters gibt es noch ein Sparbuch auf den 368.00 Euro liegen. Bevor dann am Ende dieses Jahres wieder ein Gutteil des Globalbudgets auf dem Sparbuch landet, nehmen wir das Geld doch her und unterstützen damit jetzt unsere innerstädtischen Betriebe in dieser schwierigen Situation.

Ich stelle den

Antrag:

Der dringliche Antrag der ÖVP „Baustellenchaos vermeiden und Unterstützung von Unternehmen“ wird wie folgt abgeändert:

Stadtrat Günter Riegler wird beauftragt, die im Globalbudget des Wirtschaftsressorts vorhandenen freien Mittel für eine ausreichende Dotierung der Baustellenförderung einzusetzen. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Im Nachtragsvoranschlag 2023 existiert anders als medial ventiliert keine Position mit dem Titel „Baustellenförderung“. Diese Mittel werden aus dem von Wirtschaftsstadtrat Riegler verantworteten Globalbudget finanziert und sind keineswegs, wie irreführend kolportiert, mit 100.000 Euro gedeckelt.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der dringliche Antrag der ÖVP „Baustellenchaos vermeiden und Unterstützung von Unternehmen“ wird wie folgt abgeändert:

Stadtrat Günter Riegler wird beauftragt, die im Globalbudget des Wirtschaftsressorts vorhandenen freien Mittel für eine ausreichende Dotierung der Baustellenförderung einzusetzen.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen und Zuhörer:innen. Zum einen würde ich gerne in Anbetracht dieses Durcheinanders noch auf den Antrag vom Kollegen David Ram replizieren. Du hast auf der ersten Seite in deinem letzten Absatz so toll geschrieben: So wurde die insgesamt 3-jährige Bauzeit in mehrere Phasen unterteilt, um die Sperre einzelner Abschnitte so kurz wie möglich zu gestalten. Alle Geschäfte und Lokale, aber auch Institutionen wie Post, Banken, das Servicecenter der Energie-Graz, das Universalmuseum Joanneum, die Holding, das AMS, Apotheken und mehr können während der Bauarbeiten offenhalten und bleiben erreichbar. Je nach Baufortschritt kommt es zu geänderten Verkehrsführungen. Ich weiß nicht, wie oft du in der Innenstadt bist und dich aufhältst und etwas einkaufst. Also zum einen die Institutionen, wenn die weniger Kundenverkehr haben, dann passiert denen nicht wirklich was, den Geschäften und Lokalen, wenn sie weniger Kundenverkehr haben,

dann passiert denen sehr wohl etwas, und nicht nur dem Eigentümer, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort. Und wie schon mehrmals angesprochen worden ist, ist Alarmstufe Rot, denn alle jammern, in unterschiedlichen Themen, ob es jetzt dann vom Stau ist, ob es von der Nichterreichbarkeit ist, dadurch Umsatzeinbußen sind oder einfach die Leute grantig sind, weil sie im Kreis geschickt werden, weil einfach zu wenig Baustellenleitsystem für die Erreichbarkeit der Innenstadt ist. Und wenn wir keine Innenstadtgeschäfte mehr haben, und da überzeichne ich jetzt natürlich, dann brauchen wir auch kein Marketingkonzept mehr, weil, für was willst du dann eines haben? Dass die Straßenbahn schön durchfahren darf und die Radfahrer und die Fußgänger? Das braucht dann niemand mehr. Und da werden wir jetzt nicht im Vorfeld, auf zwei Jahre hinaus, jetzt ein Geld ausgeben, das wir nicht haben. Das möchte ich einfach dalassen. Und liebe Frau Vizebürgermeisterin, weil du heute mehrmals gesagt hast, du setzt halt jetzt das um, was die letzten Jahre versäumt worden ist, heute eingangs von dir einmal gefallen, da möchte ich schon auch sagen, neben dir, die Frau Bürgermeisterin, war in der letzten Periode für den Verkehr zuständig, dann muss man schon sich fragen, was da alles versäumt worden ist, was von dir jetzt in die Gänge gebracht wird. Und da möchte ich nur den Schulterschluss geben, wir haben in der Triester Straße mit einer großen Baustelle angefangen, als zweites Projekt, die Entlastungsstrecke. Und ja, lieber Karl Dreisiebner, wir haben den einstimmigen Beschluss gefasst, der jahrelange Planung vorausgesetzt hat, aber vielleicht hätten wir es anders gemacht, wären wir in der Regierungsverantwortung, und das Andersdenken darf ich dalassen, denn das hätte passieren können. Man hätte nicht zusätzlich müssen, noch weitere Baustellen wie die Zinzendorfsgasse die Heinrichstraße, die Burenstraße, die Marburger Straße, alles auf einmal. Und das überfordert nicht nur unsere Innenstadtbewohner, unsere Kundinnen und Kunden in der Innenstadt, unserer Unternehmer und auch alle, die hier arbeiten gehen müssen. Das ist in Summe einfach zu viel, wo jeder was Negatives zu sagen hat. Und nicht wir sagen es, liebe Gemeinderatskollegen, sondern es sagen uns die Menschen da draußen und wir reden halt mit denen oder setzten uns mit denen

zusammen und versuchen halt, sie zu beruhigen und versuchen auch ihnen die Unterstützung zu geben, und wenn es nur ein „Ohrwaschl“ ist. Und zum anderen darf ich bitte einen

Abänderungsantrag

einbringen für meine Fraktion. Den Motivenbericht hat mein Wirtschaftsstadtrat bereits ausführlich angekündigt. Ich möchte bitte aber noch einmal unterstreichen, dass folgende Antragspunkte in unserem Abänderungsantrag die Frau Vizebürgermeisterin und die zuständigen Stellen der Stadt Graz auffordern, endlich eine professionelle Baustellenkoordination, und das betrifft nicht nur die Entlastungsstrecke, wo eh immer gesagt wird, dass die schönen Folder und auch immer die Bürgerbeteiligungsprozesse laufen. Es braucht über die ganze Stadt ein Gesamtbaustellenkoordinations-Management, weil einfach zu viel derzeit aufgedaubt ist und Stau in alle Richtungen da ist. Weiters die Frau Bürgermeisterin Elke Kahr, mit Vizebürgermeisterin und Finanzstadtrat Eber und den zuständigen Stellen, inklusive unserem Wirtschaftsstadtrat Riegler, bitte in Verhandlungen zu treten beziehungsweise die Zurverfügungstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für das Wirtschaftsressort zu treten, um raschestmöglich die Beschlussfassung eines neuen Unterstützungsmodells zur angemessenen Entschädigung, für die von den Großbaustellen betroffenen Unternehmen zu ermöglichen. Punkt vier, die Frau Vizebürgermeisterin und die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Einführung eines Baustellenleitsystems, welches Fußgänger:innen, und das war kürzlich erst zu lesen, die Quelle ist genannt in meinem Abänderungsantrag, Menschen kommen bedauerlicherweise auch dort und da zu Sturz. Ja ok, jetzt kann man sagen, die schauen halt sind richtig auf den Boden. Aber wenn ich auch in die Höhe schauen muss, wo gehe ich weiter, dann kann das passieren. Und wenn hier Sturzgefahr ist, sollte man da vielleicht permanent prüfen, ob man etwas besser machen kann. Und zu guter Letzt darf ich die Frau Vizebürgermeisterin bitten, dass die zuständigen Stellen beauftragt werden, die Baustellenzone in der Innenstadt, eben wie jetzt angesprochen,

auf Hindernisse und Engstellen zu prüfen, wenn sie Inklusion verunmöglichen oder sogar eben, wie erwähnt, bereits zu Stürzen geführt haben, zu überprüfen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dankschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner und die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine professionelle Baustellenkoordination sicherzustellen und zu prüfen, ob für die kommende Baustellensaison eine terminliche Abstimmung notwendiger Baumaßnahmen möglich ist. Ziel sollte sein, dass Stausituationen möglichst vermieden und nicht aktiv herbeigeführt werden.

Bürgermeisterin Elke Kahr, Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und Finanzstadtrat Manfred Eber werden mit ihren zuständigen Stellen beauftragt, mit Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler in Verhandlungen betreffend die Zurverfügungstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für das Wirtschaftsressort zu treten, um raschest möglich die Beschlussfassung eines neuen Unterstützungsmodells zur angemessenen Entschädigung für von den Großbaustellen betroffenen Unternehmen im Gemeinderat zu ermöglichen.

Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner und die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Einführung eines „Baustellenleitsystems“, welches Fußgänger:innen und potentielle Kund:innen gezielt durch die Baustellenzonen und zu den gesuchten Betrieben lotst, zu prüfen und ein Konzept bis zur nächsten Gemeinderatssitzung im Juli vorzulegen.

Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner und die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Baustellenzone in der Innenstadt auf Hindernisse und Engstellen, welche Inklusion verunmöglichen oder sogar bereits zu Stürzen geführt haben, zu überprüfen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.40 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich finde es nicht schlecht, dass wir heute trotzdem diese dringlichen Anträge heute haben, weil es, glaube ich, wirklich notwendig war, sich das nicht immer alles über Zeitungen auszurichten, sondern einfach da zivilisiert Argumente auszutauschen. Und es ist, brauchen wir nicht reden, ich habe gerade vorhin gesagt, wie das Verhalten im öffentlichen Raum manche stört. Wir sollten das Verhalten zueinander hier auch in einem Ausmaß und in einem Maß pflegen, das zumindest eines Gemeinderates immer würdig ist. Insofern knüpfte ich eigentlich bei dem an, was die Kollegin Schönbacher gesagt hat, weil das eigentlich in einer kurzen Wortmeldung genau das wiedergibt, wie es Gewerbetreibenden, wenn unmittelbar davor eine Baustelle ist, die über einen längeren Zeitraum ist, geht und welche Sorgen man hat. Also selbst wenn ich gar nicht dort wäre, und ich habe auch mit denen geredet, und nicht nur in diesem Jahr, sondern seit ich eigentlich in der Stadtregierung bin, weil das ja auch nicht die erste Großbaustelle ist, muss man auch sagen. Es sind immer die gleichen Sorgen, eh logisch, weil wenn eine Baustelle ist und ich kann zum Beispiel die Lieferdienste, auch wenn es um schwere Sachen geht, einfach nicht selbst packen, sondern braucht hier dann mehrere Leute. Es sind viele Kleinigkeiten, aber jede Baustelle, und das ist halt immer die Frage, wie man kommuniziert, und das ist egal, ob ein Kanalschacht vor einer Wohnhausanlage aufgemacht wird, wo die Leute sich fragen, warum wird das denn schon wieder aufgedigelt? Es ist ja erst vor kurzem die Straßen asphaltiert worden. Es ist halt einmal so, wenn der Kanal dort kaputt wird und die im Haus ein Wasser wollen,

dann muss ich es halt machen, und das führt oft dazu. Man muss viel reden, man muss erklären, warum etwas ist, und diese Erfahrung habe ich immer gemacht, weil die, die dort arbeiten, die führen die Arbeit, Gott sei Dank im Dienste und für die Bevölkerung aus. Denen kann man sowieso keinen Vorwurf machen, die werden aber tatsächlich angepflaumt, was ja eigentlich ein Witz ist, aber die Sorgen ernst zu nehmen, egal um was es geht, das ist richtig. Und man muss natürlich auch helfen, wurscht, ob es um Arbeitnehmer geht oder eben auch um Gewerbetreibende, das verstehe ich vollkommen. Aber ich möchte nur aus der Erfahrung sagen, und da muss man immer gerecht bleiben, und um es überhaupt abzukürzen, natürlich, die, die Hilfe brauchen, denen sollte wir sie auch geben. Wir sind halt nur der Auffassung, es soll nicht aus dem Sozialressort kommen, sondern aus dem Wirtschaftsressort, und genau dahin mündet auch der Abänderungsantrag meiner Kollegin. Weil, wenn ich für die Wirtschaft zuständig wäre, dann würde ich das auch tun, da würde ich nicht einmal fünf Minuten fackeln, das muss ich jetzt wirklich sagen (*Appl.*).

Das ist ja das, was mich eigentlich gewundert, warum man überhaupt über das so lange herumdiskutieren muss. Die gleiche Diskussion haben wir gehabt, und ich bin eben leider, und das ist nicht, weil ich immer damit angeben will, sehr lange in diesem Gemeinderat, Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, Annenstraße, das war erst eine Debatte, da war ja das alles hier in dem Zusammenhang das, das geht ja total locker vom Hocker. Jetzt kann man sagen, was denn hier damals falsch gemacht worden? Für die Stadtbaudirektion war damals niemand hier von der Koalition jetzt zuständig und auch nicht für die Wirtschaft. Viele der Gewerbetreibenden sind nicht, mehr oder haben das als Begründung gesagt, dass sie aufgeben haben müssen. Es konnte stimmen oder auch nicht. Das will ich im Nachhinein gar nicht bewerten, aber noch einmal, es war nicht die erste Großbaustelle. Selbst aus eigener Erfahrung weiß ich, wie das am Lendplatz war. Da haben auch, als wir diese Verkehrsberuhigung gemacht haben, viele bei der Infoveranstaltung sagt, das wird uns total schaden, und ich nenne einen Gasthausbetrieb, ohne Namen, weil das macht man auch nicht, Fakt ist, jetzt sagt sie genau das Gegenteil, oder die sagen genau das Gegenteil, weil sie zehn Mal profitieren. Damals haben sie es aber nicht glaubt, muss man auch dazu sagen. Das

kann man auch nicht erzwingen. Am besten ist immer, die Praxis wird beweisen, ob etwas sinnvoll ist oder nicht. Und den Lendplatz wird heute keiner mehr schlechtreden, außer einige Bewohner, denen zu viel Trubel ist, das muss man dazu sagen. Aber eines möchte ich auch sagen, ganz konkret an die Wirtschaftspartei ÖVP, ein fixfertiges Konzept Gleisdorfer Gasse von der Verkehrsplanung in Abstimmung mit dem Straßenamt ist präsentiert worden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, immer übrigens, das ist immer im Einklang mit den Vertretern der WKO, wo wir Verbreiterung der Gehwege, Baumreihe, Sitzgelegenheit, also Wünsche von zwei Drittel der der Gewerbetreibenden dort, war das der Wunsch, das ist aus purer Sturheit, nur weil ich Verkehrsstadträtin damals gewesen bin, und wie ich das eingebracht habe, von euch abgelehnt worden. Heute, fragt die Bewohner und die Gewerbetreibenden, das ist eine vertane Chance. Weil das wollten wir damals im Zuge der Gleissanierungen machen, da hätten wir einmal aufgedigelt und das gleich alles mitgemacht. Das habt ihr aus purer Sturheit damals, nur, weil wir der Kahr hier halt einen Hund antun wollen, abgelehnt, weil ein anderes Argument kann es nicht geben, weil geht in die Gleisdorfer Gasse und fragt die Gewerbetreibenden, was sie sich wünschen. Sie wünschten sich mehr Sitzgelegenheiten und sie wünschten sich eine Baumallee. Das ist aber jetzt vertan, weil das wäre ja ein Witz, hier um viel Geld die für die Gleisarbeiten aufgraben und dann im Nachhinein das zu machen. Und deshalb ist das auch so wichtig, was hier passiert mit der Innenstadtentlastung, nicht nur für den öffentlichen Verkehr, sondern auch die ganzen vielen Begleitmaßnahmen, und man muss halt immer ein bisschen auch ehrlich bleiben, aber unterm Strich, die Hauptdiskussionen, um was es ja geht, sind offenbar hier in den Anträgen, die Gewerbetreibenden und Unterstützung und die soll es natürlich geben, aber natürlich auch dort aus dem Ressort, wo es auch hingehört, nämlich aus dem Wirtschaftsressort (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.45 Uhr).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Dass das eine hitzige Diskussion wird, war klar, auch wenn wir hoffentlich alle Ähnliches im Sinne haben. Ich würde ganz gerne am Anfang drei Sachen sagen, die vielleicht ein bisschen zu Kalmierung beitragen beziehungsweise auch zur Richtigstellung. Erstens einmal, es gibt selbstverständlich einen Konsens darüber, dass wir diese Entlastungsstrecke brauchen, dass wir der Verkehrssituationen in einer wachsenden Stadt gerecht werden müssen und dass es die Beschlüsse gibt, wie sie vorliegen, ist allen bekannt, dass wir zwar wortreich immer wieder bei passender Gelegenheit gesagt, ich glaube, das können wir jetzt endlich dann abhaken. Weil immer so getan wird, als wären wir plötzlich gegen die Entwicklung des Verkehrs. Nein, das stimmt nicht, erstens. Zweitens die Vorbereitungsarbeiten für viele Verkehrsprojekte, unter anderem für das, sind selbstverständlich auch in den vorhergehenden Regierungsperioden zu finden und da reden wir von einer Anbindung von Reininghaus, genauso wie jetzt von der Innenstadtentlastung, da reden wir von einer Konsensbildung, der reden wir aber auch von dringend notwendigen Vorverhandlungen was Finanzen anbelangt. Also ich bitte, diese Dinge auch anzuerkennen, wenn wir schon darüber reden, wer welche Wohltaten für die Stadt macht, dass man sagt, ok, zumindest darüber muss Konsens bestehen, dass wir das gemeinsam machen. Dritter Punkt, es werden hier alle möglichen Zahlen genannt, von Sparbüchern und Rücklagen und sonst noch was. Ich bitte wirklich im Sinne der Sorgfaltspflicht gegenüber der Bevölkerung die richtigen Zahlen zu nennen, und wenn vom Sparbuch des Herrn Wirtschaftsstadtrat die Rede ist, sind hier sehr unterschiedliche Zahlen dabei und wenn, das hast du bereits erwähnt, darauf nicht 900.000-und-irgendwas-Euro sind, sondern 310.000, und die sind bereits entsprechend verplant für Notfallvorsorgen, dann ist das bitte auch anzuerkennen, weil dieses Jonglieren mit Zahlen ist einfach falsch. Das weckt immer wieder Erwartungen, die nicht erfüllbar sind. Und wir haben das ähnlich bei der Fair-Pay-Diskussion gehabt. Ich bitte hier wirklich darum, dass wir den Leuten nicht irgendwas erzählen, was nicht stimmt (*Appl.*).

Und in dem Fall bitte ich, die Sparbuchzahlen ordentlich zu recherchieren und nicht irgendwas herauszumelden. Nächster Punkt, ich würde gerne einmal zumindest bevor wir über den Abänderungsantrag der Kollegin Katzensteiner diskutieren, zumindest angemerkt haben, dass der aus meiner Sicht sehr sinnvolle Vorschlag der Kollegin Hopper, nämlich dieses Programm ROADS sich zumindest einmal anzuschauen, hier keiner Erwähnung wert ist, halte ich für relativ beachtenswert. Ich hätte gedacht, dass man zumindest über sowas einmal zumindest diskutieren könnte. Nächster Punkt, das Marketingkonzept wäre aus meiner Sicht breiter zu diskutieren, weil für mich vollkommen unklar ist, welcher Zeitpunkt sozusagen der inhaltliche Ausgangspunkt für diese Marketing-Offensive sein soll. Was kommt am Ende heraus? Wir wissen es noch nicht. Wie schaut es dann aus mit der endgültigen Verkehrslösung in den betroffenen Straßen? Das heißt, wie schaut mit den Radwegen, mit den Parkplätzen, mit der Straßenführung aus? Dann kann man darüber reden, wenn wir diesen Endzustand haben. Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich das für einigermaßen verfrüht. Und ich möchte auch noch abschließend darauf hinweisen, weil wir dauernd darüber reden, dass der Herr Wirtschaftsstadtrat das bezahlen soll, ich glaube, es gibt sehr viele Bemühungen, es ist eine Gesamtverantwortung und der Herr Wirtschaftsstadtrat hat neben dieser Aufgabe auch noch andere. Das muss bitte auch anerkannt werden, dass es nicht darum geht, was kann man weglassen, damit das funktioniert, sondern die Verpflichtungen müssen auch in anderen Richtungen wahrgenommen werden. Es geht also um ein sowohl als auch. Ich bitte, das zu berücksichtigen im Dienste für die Bevölkerung (*Appl.*).

GRⁱⁿ Katzensteiner: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Nur kurz, Berichtigung zu den Sparbüchern. Ich habe nicht gesagt, dass hier jetzt 900.000 Euro oben liegen, sondern aktuell auf dem Sparbuch 368.000 sind aktuell oben, die rund 900.000 wurden im letzten Jahr und den letzten Jahren auf das Sparbuch gelegt. Da wurde aber heuer dann wieder etwas runtergenommen und ins

Globalbudget transferiert, weswegen es aktuell eben 368.000 sind. Darüber hinaus gibt es aber eben die freien Mittel im Globalbudget mit 1,85 Millionen (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Ja, also jetzt muss ich dann halt doch wieder, draußen wird das wahrscheinlich kein Mensch verstehen, weil niemand, der jetzt nicht unbedingt die Dinge vor Augen hat, wie die Zahlen liegen kann das nachvollziehen. Aber für uns intern ist es, glaube ich, schon ganz wichtig, das noch einmal klar zu machen, wenn ich ein Budget von 1,8 Millionen Euro noch unverbraucht hätte, dann würde ich das sehr gerne verwenden. Tatsache ist, das ist bei jedem von uns, der irgendwann schon einmal verantwortlich war für Budgets getragen hat, wohl hinreichend bekannt, es gibt natürlich Planungen für die verschiedensten Dinge. Ich habe im Wirtschaftsressort erstens einmal ein großes Förderbudget, da geht es um Förderungen für Baustellen, da geht es um Förderungen für Betriebsansiedlungen, für Start Ups, für New Work, für Vernetzungen, für Standortkommunikation, für Internationalisierung. Das sind alles Maßnahmen, die durch verschiedene Förderungen unterlegt sind. Sie können auf der Website www.graz.at/wirtschaft gerne nachschauen, da gibt es eine Reihe von Förderungen. Und für jede dieser Förderungen sind natürlich Mittel reserviert, wie zum Beispiel für die Pop-up-Förderungen, wenn etwa die Frau Paieryl herumgeht und schaut, aha, da gibt es ein leeres Geschäft, das könnte vielleicht für jemand interessant sein, das beschließen wir dann auch im Stadtsenat. Und dafür gibt es eben Mittelreservierungen. Diese Mittelreservierungen sind ausreserviert. Dann gibt es in weiterer Folge in meinem Ressort einerseits die Creative Industries Styria, das ist eine vertragliche Verpflichtung von 250.000 Euro pro Jahr. Dann gibt es den Science Park, mit einer vertraglichen Verpflichtung von 75.000 Euro pro Jahr. Dann gibt es zum Beispiel die Landwirtschaftsförderungen, die dafür da sind, damit wir eben den sogenannten nicht behobenen Jagdpachtzins an Landwirtschaftsbetriebe für Investitionen verteilen. Und dann gibt es natürlich auch noch Budgetmittel für die Film Commission, wo wir jetzt gerade, Sie können, wenn Sie mir nicht glauben, können Sie

gerne die Frau Rosanelli anrufen und fragen, wo wir jetzt gerade die letzten Mittel ausreserviert haben für zwei Filmproduktionen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen. Eine davon übrigens mit einem Roman des bekannten Grazer Schriftstellers Robert Preis, der eben verfilmt werden soll. Und dafür habe ich jetzt eben gerade erst 60.000 Euro freigegeben. Also die Mittel von 1,8 Millionen sind nicht vorhanden, die sind ausreserviert, das ist Ende der Fahnenstange. Das heißt, wenn Sie, geschätzte Damen und Herren, heute dem Antrag von Herrn Ram zustimmen, dass ich jetzt auf einmal ein Marketingkonzept bis Oktober aus dem Boden stampfen soll, wenn ich dann übrigens dem Antrag vom Herrn Kozina-Voit folge, der in der letzten oder vorletzten Gemeinderatssitzung beschließen hat lassen, dass ich eine Landwirtschaftsstrategie entwickeln soll, wenn Sie diesen Beschlüssen folgen, muss Ihnen klar sein, dass ich die Mittel dafür ich habe. Das heißt, ich werde dann zum Herrn Finanzstadtrat gehen oder auch zum Herrn Finanzdirektor, je nachdem wer Zeit für mich hat, und werde ihn bitten, mir zu sagen, auf welcher Finanzstelle ich genau eine Bedeckung für diese Projekte, für das Marketingbudget und für das Landwirtschaftsbudget finden soll. Abschließend, wir haben im März dieses Jahres, und das ist nicht viele Monate her, sondern, der März war gerade erst, wir haben im März dieses Jahres eine Liste an Maßnahmen vorgeschlagen, mittels dringlichen Antrages, in dem unter anderem Erleichterungen für öffentlichen Verkehr, etc. vorgesehen waren, die haben sie abgelehnt. Wir bringen heute noch einmal genau diese Vorschläge, wie davor, ich mag sie nicht noch einmal vortragen, ich kann Ihnen gerne dann noch einmal eine Kopie zukommen lassen vom März-dringlichen-Antrag. Da sind verschiedenste Maßnahmen vorgeschlagen, die Kosten Geld, das über das Ausmaß der Baustellenförderung hinaus zu bedecken. Ich habe das Geld aber nicht. Und daher würde ich Sie dringendst bitten, den dringlichen Antrag sowohl vom Herrn Pointner als auch unseren dringlichen Antrag im Inhalt zuzustimmen, und bitteschön, setzen wir uns zusammen und finden wir eine gemeinsame finanzielle Bedeckung, weil die 1,8 Millionen, die angeblich laut Frau Katzensteiner noch vorhanden sind, sind ausreserviert für die Projekte, die ich gerade genannt habe (*Appl.*).

StR Eber:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Bevor ich jetzt beginne, dann die Zahlenreihen und Zahlenkolonnen vorzutragen, möchte ich noch mit einer kleinen Analogie beginnen. Mir ist bewusst, dass jeder Vergleich ein bisschen doch hinkt und möchte aber vorwegschicken, es geht mir da überhaupt nicht darum, irgendwie despektierlich gegenüber dir, Günter Riegler, aufzutreten, sondern es geht mir nur darum, das Prinzip ein bisschen nachvollziehbarer dazu machen. Ein Kind, in diesem Beispiel, bekommt in der Woche 10 Euro Taschengeld und das Kind beschließt dann am Montag, diese 10 Euro für Zuckerl auszugeben. Am Freitag kommt das Kind darauf, es hat noch 7 Euro, hätte jetzt aber gerne eine Schokolade. In 99 % der Fälle würde das Kind ins nächstgelegene Geschäft gehen und eine Schokolade kaufen. Dieses Kind macht es nicht so, es geht zu den Eltern und sagt, ich habe jetzt kein Geld für Schokolade. Das heißt, die 7 Euro sind ja für die Zuckerl gewesen und jetzt brauche ich aber noch ein Geld für Schokolade. Also so ähnlich kommt mir das auch im Wirtschaftsressort manchmal vor. Tatsache ist jedenfalls auch, wenn eine Abteilung, das haben wir unserer Geschäftsordnung, Haushaltsordnung und so weiter, ja so verankert, wenn eine Abteilung nicht mehr über die ausreichenden finanziellen Mittel verfügt, dann muss sie sich an die Finanzdirektion wenden und halt Alarm schreiben und sagen: Bitte, wir kommen so mit dem Geld so in dieser Form, in dieser Art und Weise nicht aus. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen, möchte ich anmerken. Tatsache ist natürlich, so wie du es vorhin ja wieder auch gesagt hast, dass wir zwei sozusagen im Austausch waren, aber die Finanzdirektion wurde jedenfalls dann ersucht sozusagen, das Wirtschaftsbudget sich genau anzusehen. Nach einer Prüfung des Wirtschaftsbudgets, so wie sie jetzt eben der Fall ist, ist es eben tatsächlich so, wie es die Kollegin Katzensteiner gesagt hat, dass noch diese 1,85 Millionen noch ohne Mascherl sind. Also das heißt, das sind vom Globalbudget 3,3 Millionen Euro, oder was das sind, abgezogen natürlich, die bisher ausgegebenen Mittel sowie natürlich auf jene, wo es Bestellungen oder Reservierungen gibt. Die Finanzdirektion hat uns jedenfalls mitgeteilt, dass es keinerlei nachvollziehbaren Grund gibt, warum das bestehende Budget für das Jahr 2023 nicht

ausreichen sollte. Zum Thema Sparbuch, ich möchte dort noch mal ganz kurz zurückblicken sozusagen und versuchen auch etwas Licht ins Dunkle zu bringen. Wir haben mit dem Rechnungsabschluss 2021 festgestellt, dass wir sehr hohe Sparbuchstände hatten, ich glaube, ich bin mir nicht ganz sicher, es waren 32 oder 36 Millionen Euro für den gesamten Magistrat und wir haben mit dem mit dem Doppelbudget im Juni 2022 beschlossen, diese Sparbuchstände zu kürzen mit Jahresende 2022. Tatsache ist jedenfalls, dass auch das Wirtschaftsressort von einer derartigen Kürzung betroffen war, gleichzeitig aber eben diese 960.000 auf das Sparbuch geben konnte. Es hat dort im Mai dann, glaube ich, waren die Sparbuchbehebungen, hat das Wirtschaftsressort 311.000 Euro rund behoben, was zu einem Restbestand von den erwähnten bereits 367.000/368.000.

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler** unverständlich.*

StR Eber:

Minus die Kürzung, minus die Kürzung der Sparbuchstände, wie wir sie im Gemeinderat mit dem Doppelbudget beschlossen haben. Genauso, du es hast vorhin angesprochen, Landwirtschaftsförderung sozusagen, da verhält es sich hier gleich mit der Baustellenförderte, oder ähnlich, sagen wir so. Wir haben bis letztes Jahr eine Budgetposition landwirtschaftliche Förderung gehabt, das waren rund 100.000 Euro, mal ein bisschen mehr, mal ein bisschen weniger. Jetzt gibt es diese Position nicht mehr, sondern wird aus dem Globalbudget bezahlt. Ähnlich ist es eben, wie gesagt, mit der Baustellenförderung, auch hier gibt es keine spezielle Position im Budget, sondern wird vom Globalbudget bezahlt. Deswegen kann es ja auch nicht mit 100.000 Euro gedeckelt sein. Und man müsste oder könnte natürlich auf das Globalbudget, beziehungsweise auf die noch vorhandenen Sparbuchstände, wie gesagt 367.000 Euro, zurückgreifen. Zuletzt möchte ich noch kurz auf eines hinweisen, und die Frau Kollegin Schönbacher hat gesagt, die Unternehmen haben ja Jahre, oft jahrzehntelang schon

ihre Steuern bezahlt und jetzt sollten wir ihnen was zurückgeben sozusagen. Ich möchte hier zwei Sachen eigentlich dazusagen, erstens, allgemein gesprochen sozusagen, die beste Wirtschaftsförderung, aus unserer Sicht, ist immer noch eine funktionierende und gute Stadt, eine schöne Stadt mit einer gut ausgebauten Infrastruktur. Davon profitieren die Bewohnerinnen, die Bewohner, die Besucher und natürlich auch die Unternehmen. Das ist das eine, und da ist es natürlich so, dass auch mit dieser Innenstadtentflechtung auch mit anderen Bauprojekten natürlich diese Voraussetzungen geschaffen werden. Zum anderen möchte ich abschließend eben noch sagen, natürlich kann man sich auch die Richtlinien der Baustellenförderung noch einmal genauer anschauen, und da erhoffe ich mir, erwarte ich mir auch nach der heutigen Diskussion natürlich vom zuständigen Stadtrat Günter Riegler vielleicht auch einen neuen Vorschlag, ich weiß gar nicht, ob wir das im Gemeinderat oder im Stadtsenat beschließen müssen, irgendwo werden wir es beschließen müssen, jedenfalls glaube ich, geht es nicht unbedingt darum, dass jetzt man sagt, jeder der irgendwo in der Nähe einer Baustelle seinen Betrieb hat, bekommt quasi automatisch 3.000 Euro Baustellenförderung auf Ansuchen, sondern natürlich gibt es Unternehmen, die wesentlich stärker betroffen sind, Beispiele haben wir ja heute schon gehört und für den sind natürlich 3.000 Euro dann mehr als bescheiden. Also das ist natürlich nicht ausreichend. Aber vielleicht können wir auch hier zu Umschichtungen kommen und damit wir eben diese stark betroffenen Unternehmen auch stärker entlasten können. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vieles wurde jetzt schon gesagt. Ich bin nur noch den Abänderungsantrag zum Kollegen Ram schuldig geblieben, zum zweiten dringlichen Antrag von den dreien, die wir jetzt am Stück behandelt haben. Und das war überhaupt nicht chaotisch und überhaupt nicht diffus, man hat das sicher angenehm verfolgen können in Livestream, Sarkasmus Ende. Man hat jetzt auch viel gehört vom Wirtschaftsstadtrat und dann vom Finanzstadtrat. Jetzt kann sich jeder sozusagen entscheiden, welchen

Ausführungen er Glauben schenken möchte. Ich möchte hier eher dem Wirtschaftsstadtrat Glauben schenken. Man hat in der Vergangenheit, in den letzten eineinhalb Jahren ja und doch oft gehört, was hier gesagt wurde, hat nicht lang gegolten und dann hat es wieder einen Sonder-/außernatürlichen Finanz-Budgetgemeinderat gegeben, also hier werden wir einfach warten, was sich dann ergibt. Jedenfalls, die Zeit zum Diskutieren, ich glaube, die ist wirklich vorbei und man sollte jetzt handeln, ob das jetzt schlussendlich von Seiten des Finanzstadtrates, das Geld zur Seite oder hergebracht wird, oder der Wirtschaftsstadtrat umschichtet, wird den betroffenen Unternehmen egal sein. Weil die wird es, wenn wir noch länger diskutieren und nicht handeln, irgendwann schlichtweg nicht mehr geben, außer es gibt schon irgendeinen Zentralausschuss für Unternehmen, wo dann beschlossen wird, dass das Unternehmen weitergeführt wird. Ich weiß es nicht, keine Ahnung, vielleicht gibt es hier irgend so etwas in der Koalition, wo das dann beschlossen wird und dann hat der Unternehmen gar keine Wahl mehr. Ich hoffe und glaube, dass es das nicht gibt, sondern dass der Unternehmer noch frei entscheiden kann. Viele werden sich entscheiden, irgendwann zuzusperren. Und damit das nicht passiert, werden wir einen Abänderungsantrag zum dringlichen Antrag vom Kollegen Ram Einbringen. Ein Marketingkonzept zu machen, das ist aus meiner Sicht schlichtweg jetzt fehl am Platz, hat die Kollegin Unger vorhin ausgeführt. Von welchem Zeitraum reden wir überhaupt? Was soll man jetzt bewerben? Und mir kommt das oft so vor, auch bei Unternehmen, wenn man wirklich ein bisschen ratlos ist, wie hoch die Erträge sinken, das Unternehmen steht nicht gut da, dann holen wir noch ein paar sündhaft teure Marketingexperten ins Boot, die dann irgendwie die Situation schönzeichnen, bevor es dann trotzdem gegen die Wand fährt. Also ich glaube, ein Marketingkonzepte braucht jetzt niemand. Die Unternehmen brauchen eine Unterstützung, woher auch immer sie kommen möge.

Deswegen stelle ich namens des (Korruptions-)Freie Gemeinderatsclubs den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis Juli prüfen, wie die betroffenen Unternehmen rasch und unbürokratisch finanziell unterstützt werden können und ihr finanzieller Ruin abgewandt werden kann.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis September unter Einbindung der Grazer Wirtschaftstreibenden ein Konzept erarbeiten, um künftig vernünftig mit „Baustellensituationen“ umzugehen und vorab Lösungen gemeinsam zu diskutieren.
3. Die Grazer Stadtkoalition von KPÖ, SPÖ und Grünen mögen sich klar und deutlich zu den Grazer Wirtschaftsbetrieben und einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik – fern von ideologischer Ausrichtung – bekennen und diese ganzheitliche Wirtschaftspolitik im Sinn einer positiven Stadtentwicklung forcieren und betreiben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der Umbau der Neutorgasse wirkt sich massiv auf die umliegenden Unternehmen aus. Durch die Bank melden die Wirtschaftstreibenden die gleichen Herausforderungen zurück, die teilweise bereits existenzbedrohende Ausmaße angenommen haben.

So wird beklagt, dass es durch den Umbau zu massiven Umsatzeinbußen von bis zu 50 % gekommen ist, ältere Menschen die Geschäfte nur mehr sehr schwer beziehungsweise gar nicht mehr erreichen können, Parkmöglichkeiten fehlen, umliegende Parkgaragen überfüllt sind, Geschäfte nur durch weite Umwege zu erreichen sind, Paketdienste teils nicht zufahren und Ware liefern können.

Durch die Baustellensituation fehlt es auch an barrierefreien Möglichkeiten, zu den Geschäften zu gelangen. Der Behindertenparkplatz am Joanneumring ist die meiste Zeit nicht erreichbar und außerdem nicht entsprechend beschildert. Öffnungszeiten mussten auf Grund mangelnder Kundenfrequenz bereits reduziert werden, Mitarbeiter sind demotiviert und von Staub und Lärm extrem belastet.

Die Grazer „Baustellenförderung“, die Unternehmen helfen soll, die durch Baustellen entstehenden Umsatzeinbußen abzufedern, ist mittlerweile aufgezehrt. Einige Unternehmen sprechen bereits von „wirtschaftlichem Mord“, die Lage ist einmal mehr durch die realitätsferne Politik der aktuellen Stadtkoalition von KPÖ, SPÖ und Grünen angespannt, für Unternehmer existenzbedrohend und dramatisch. Viele Wirtschaftstreibende schildern ihre schlaflosen Nächte, weil sie sich um ihre Unternehmen und um die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter sorgen.

All das zeugt von einem katastrophalen Stadtmanagement – hier haben die politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen vollkommen versagt.

Während in Graz Unsummen für „grüne“ Leuchtturmprojekte ausgegeben werden, scheint der Realitätssinn für wirtschaftliche Bedürfnisse und reale Gegebenheiten vollkommen außer Acht gelassen zu werden. Daher ist es notwendig, hier rasch realpolitische Lösungen zu schaffen und der wertschöpfenden Wirtschaft massiv unter die Arme zu greifen!

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis Juli prüfen, wie die betroffenen Unternehmen rasch und unbürokratisch finanziell unterstützt werden können und ihr finanzieller Ruin abgewandt werden kann.*
2. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis September unter Einbindung der Grazer Wirtschaftstreibenden ein Konzept erarbeiten, um künftig vernünftig mit „Baustellensituationen“ umzugehen und vorab Lösungen gemeinsam zu diskutieren.*
3. *Die Grazer Stadtkoalition von KPÖ, SPÖ und Grünen mögen sich klar und deutlich zu den Grazer Wirtschaftsbetrieben und einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik – fern von ideologischer Ausrichtung – bekennen und diese ganzheitliche Wirtschaftspolitik im Sinn einer positiven Stadtentwicklung forcieren und betreiben.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hohe Stadtregierung, werte Zuschauer:innen und Zuhörer:innen. Wenn ich die Wortmeldungen hier höre, dann habe ich regelmäßig das Bedürfnis, mich hier wirklich aufzuregen und einmal zu sagen, das kann nicht sein. Alleine allererste, Anna Hopper, wie soll eine Baustelle, eine Großbaustelle in der Innenstadt ohne Stau funktionieren? Du kannst mir das gerne erklären, da kannst auch versuchen, das aufzuzeichnen, wie auch immer, es geht nicht, es wird diese perfekte Baustelle nicht geben. Und insgesamt, wenn ich mir das so anschau, das ist jetzt immer wieder das Gleiche. Ich sage es noch einmal, immer wenn es um nachhaltige Mobilität und um Stadtentwicklung, um Zukunft geht, dann kommt immer diese Argumentation, man ist eh grundsätzlich dafür, und dann stimmt man mit, aber gerade bei dem Einzelfall, da hat man dann irgendwelche Gründe, warum man dagegen ist. Dann denke ich mir, ok, wozu soll ich mich dann noch aufregen? Das ist einfach Parteitaktik, das ist Opposition, so macht man das halt. Aber auf der anderen Seite bin ich mir dann sicher, dass es mit Schwarz-Blau in der Regierung, das muss man sich auch einmal überlegen, da gibt es sicher noch immer keinen Baustart zu

Innenstadtentlastung, da würden wir noch immer das perfekte Konzept für die Baustelle suchen. Da hätten wir keine Begegnungszone in der Zinzendorfsgasse, das ist eh vorhin angesprochen worden, keine Fahrradstraßen, keinen Radweg in St. Peter, keine neuen Straßenbahnen, wie wir das jetzt gerade bei der letzten Sitzung gehabt haben. Dafür hätten wir wahrscheinlich einen Auto-Tunnel in der Josef-Huber-Gasse. Wir hätten ein Parkhaus bei der Uni, wir hätten eine Bienenstock-Garage und wir würden noch immer in der U-Bahn herumplanen, um vielleicht dann irgendwann 2030 darauf zu kommen, dass Graz dafür zu klein ist. Also das ist schon eine Realität und das sieht man einmal, dass jetzt wirklich eine andere Verkehrspolitik gemacht wird. Das ist gut so, die Menschen in Graz haben verstanden, dass das besser ist für sie. Deswegen haben sie Schwarz-Blau abgewählt und wir werden jetzt die Versäumnisse der letzten 20 Jahre aufholen. Deswegen gibt es auch viele Baustellen gerade in der Stadt, deswegen sieht man das überall. Wir stehen für Veränderung, wir sind konstruktiv, wir bieten hier auch wirtschaftlich viele Chancen und das ist etwas, wovon die Stadtwirtschaft auch profitieren wird. Und jetzt für die konkrete Situation schauen wir doch bitte, dass wir wirklich gute Lösungen finden. Es sind hier verschiedene Dinge am Tisch, um die Unternehmen zu unterstützen. Wir haben bisher einen einzigen Vorschlag gehabt, Her Stadtrat Günter Riegler, von Ihnen. Und zwar, das war eben die Baustellenförderung. Das haben wir im Gemeinderat natürlich angenommen, weil das eine gute Idee war, diese auch zu erhöhen. Jetzt gibt es weitere Idee von den Neos, eben auch vor uns das Marketingkonzept, das natürlich für die Zeit danach auch bedacht ist, um das Ganze dann wirklich noch besser zu machen als davor. Aber dieses weitere Geld, gehen Sie bitte auch zum Kollegen Eber, oder wohin auch immer, so wie er es gerade ausgeführt hat. Ich glaube, das Geld ist da. Man kann für strukturierte Maßnahmen, für konkrete Stücke, auch ein Geld in die Hand nehmen. Und jetzt kurzfristig bitte, wenn wir da wirklich am Sparbuch noch etwas haben, dann geben wir es doch den Unternehmen, die jetzt einen Anspruch hätten, auch diese Baustellenförderung. Es kann nicht sein, dass es auf der einen Seite eine Warteliste gibt und auf der anderen Seite doch 300.000 Euro hier liegen. Also das verstehe ich nicht. Und ganz abschließend möchte ich noch einmal sagen, ein großes Lob und ein

großes Dankeschön an alle, die an diesem Projekt gearbeitet haben, weil meiner Ansicht nach ist das alles sehr professionell gelaufen die letzten Monate. Das ist die Holding Graz, das ist die gesamte Stadtverwaltung, das ist natürlich Judith Schwentner und ihr Team und das sind alle, die hier vor Ort arbeiten. Also die sollen auch einmal ein großes Dankeschön von dieser Stelle bekommen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Jetzt ist eh schon sehr viel gesagt worden. Ich würde gerne ein paar Dinge anmerken, unabhängig von Untergriffen oder auch Häme, die teilweise sehr persönlich waren, aber auch Unwahrheiten, die verbreitet werden. Und ich möchte auch nur einen Satz aufgreifen, liebe Anna Hopper, du wirst wohl nicht selbst glauben, dass nur auf politischen Zuruf der Verkehrsstadträtin in ganz Graz plötzlich Baustellen entstehen. Ich möchte schon verweisen darauf, dass wir in einer Demokratie leben und hier in einem demokratischen Gremium sitzen, wo diese sämtlichen Baustellen, die jetzt umgesetzt werden, auch beschlossen wurden, meistens einstimmig, also nur dazu. Ich möchte auch etwas aufgreifen, was jetzt in Wording die ganze Zeit vorkommt, und auch in diesem Antrag von der Anna Hopper, nämlich das Baustellenchaos und das Planungschaos. Ich weiß nicht, ob euch bewusst ist, dass alles das, was ihr hier jetzt macht, nämlich wirklich alles schlechtreden, einen gemeinsamen Beschluss über eines der größten Projekte, das wir in der Innenstadt wahrscheinlich seit dem Herrengassenumbau, oder ich weiß nicht, welches andere Projekt so groß war, hatten, einen gemeinsamen Beschluss permanent so schlechtzureden, dass die Geschichte einfach eine ganz andere wird, als sie eigentlich sein könnte und eigentlich ist. Und ich verstehe das nicht von einer Wirtschaftspartei, die wider besseren Wissens, einfach nur einen Kollateralschaden erzeugt oder zumindest auf dem Weg dazu ist, ein Kollateralschaden zu erzeugen. Wenn ich zulasten aller, die an dieser Baustelle beteiligt sind, das ist allen voran die Holding in der Umsetzung, die Stadtbaudirektion, alle die rund um das Büro des Kollegen Masetti dort arbeiten, es ist Stadtplanung, es ist die Verkehrsplanung, es ist die Abteilung für Grünraum, die hier immer wieder

beschäftigt ist, es ist die Baufirma und es sind, wie schon erwähnt, die Bauarbeiter, die jeden Tag dort sind und diese Geschichten dann abbekommen, die einfach nicht stimmen. Sie stimmen nicht. Das ist ein gutes Projekt. Und ich habe gestern erst mit den Thomas Fischer vom Straßnamt geredet, der sagt, es ist kein Chaos. Für das, dass wir in der sensibelsten, schwierigsten Phase dieser Baustelle sind, läuft es erstaunlich reibungslos. Wir wissen, das ist jetzt ziemlich hart, weil es die eine Spur gibt auf dem Joanneumring, weil es hier wirklich jetzt gerade eine ganz harte Phase ist, aber gerade in dieser Phase könnten wir in der Stadt zusammenhalten, gemeinsam die Verantwortung tragen, und diese Erzählung erzählen, die man ganz einfach erzählen kann, das ist keine Hochglanzbroschüre von mir, da ist auch kein Foto von mir drinnen zu finden, sondern das ist eine Baustelleninformation der Holding. Und wenn man die hernimmt oder wenn man die Baustellensprechstunde besucht, dann erfährt man alles ganz detailliert. Man erfährt dort, was die Kollegin Schönbacher zurecht anmerkt, es gibt Beschwerden, es gibt Leute, die Angst haben um ihr Geschäft, es gibt Irritationen es gibt Fehler, die auf der Baustelle passieren. Aber für die sind mehrere zuständig und gemeinsam sind wir dafür verantwortlich. Es gibt die Baustelleinformation, da kann man hingehen und sagen, der Bauzaun ist eng, der Weg ist, die taktile Führung in falsch, es geht sich kein Rollstuhl aus. Es gibt eigentlich Normen, die vorgegeben sind, und die diese Baufirmen, vor allem die eine Baufirma, die damit beauftragt ist, auch einzuhalten hat. Macht uns darauf aufmerksam, ruft dort an, aber macht nicht schlechte Stimmung die ganze Zeit, für ein Projekt, das so, so wichtig ist für unsere Innenstadt (*Appl.*).

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Doch, das mach ihr. Und ich kann es wirklich nicht verstehen, warum eine Wirtschaftspartei wie die ÖVP, die ein Projekt so schlecht redet, dass die Zukunft der

Innenstadt massivst aufwertet. Der Kollegen Kozina und viele Vorredner haben es schon gesagt, wir haben dort eine Aufenthaltsqualität, die geschaffen wird, es wird mehr Ruhe kommen, es werden Bäume kommen, es werden Gehsteige kommen, es werden Radwege kommen, der öffentliche Verkehr wird durchgeführt, es wird eine Verkehrsberuhigung sein, es wird Sitzgelegenheiten geben. Wir machen die Innenstadt größer und besser. Und lasst uns das doch das gemeinsam machen. Und lasst uns diese Geschichte gemeinsam erzählen, das kostet gar nicht viel. Die Geschichte gemeinsam besser zu erzählen, kostet gar nichts nämlich. Einfach rausgehen und erzählen, und beruhen, wenn Fehler passieren, beruhigen, wenn ein Stau ist. Wir müssen es gemeinsam schaffen. Es war ein gemeinsamer Entschluss, und es sind so viele Leute hier mit am Werk, und Fehler, so wie die Kollegin Schönbacher gesagt hat, passieren jeden Tag. Dann machen wir es am nächsten Tag besser. Aber machen wir doch dieses große Projekt nicht so schlecht und schlechter als es ist. Es ist einfach zu gut dafür. Also greifen wir die Ideen gemeinsam auf, schauen wir, wer zuständig ist und dann regeln wir die die Fragen, die im Raum stehen. Und ich bin jederzeit gerne dabei, mein Büro ist dabei, aber alle Abteilungen auch. Und was wirklich interessant ist, es kommen so wenige Beschwerden, das sagt die Holding, das sagen die Ämter, es gibt so wenige Beschwerden wie noch nie. Die hätten viel mehr erwartet und eigentlich sind alle durchwegs zufrieden. Deswegen möchte ich noch auf eines verweisen, die Holding hat eine Umfrage gemacht, die war nicht von mir in Auftrag gegeben, das hat die Holding für sich gemacht, 405 Grazer:innen sind gefragt worden und da gibt es eine 70-prozentige Zustimmung für das Projekt. Eine positive Einstellung dazu, und alle kennen das Projekt und wissen, die Geschichte, nämlich, dass hier etwas besser kommen, und du weißt das auch, und vielleicht fangst du auch an, sie zu erzählen. Danke (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Ad. permanentes Schlechtreden: Das tut kein Mensch. Ich wiederhole es ... (*Gelächter im Saal*)

Ja, ich weiß nicht, weil jetzt gerade von Häme die Rede war, was ist das außer hämischem Lachen jetzt? Warum darf ich eigentlich jetzt keine Wortmeldung machen, ohne dass sofort nach zwei Worten hämisch gelacht wird? Wir haben im März-Gemeinderat, ich muss noch einmal darauf zurückkommen, einen dringlichen Antrag eingebracht, das ist ja nicht nichts. Das ist genau dasselbe, was ihr tut. Wir haben mit diesem dringlichen Antrag mindestens acht Punkte benannt, wovon einer zum Beispiel eine Gratis-ÖV-Verbindung während der Baustellendauer vom Hauptbahnhof in die Innenstadt war. Ihr habt es niedergestimmt. Ihr habt diesen März-Dringlichen niedergestimmt. Und ihr habt auch niedergestimmt, meine Bitte, dass wir eben eine Erhöhung der Budgetmittel bekommen, für eine Erhöhung der Baustellenförderung, denn wir alle wissen, bei so eine Baustelle, ist für Unternehmen einer gewissen Größenordnung, selbst für eine kleine Apotheke oder für kleine Boutique, sind 3.000 Euro ein Klacks. Und ich habe heute versucht mehrfach, gemeinsam mit der Anna Hopper, gemeinsam mit der Dani Gmeinbauer, gemeinsam mit der Claudia, auszuführen, dass es notwendig sein wird, dass man eben ein Paket möglichst rasch schnürt und auch finanziert. Und ihr habt anstatt dessen halt den Trick gemacht, zu behaupten, der Herr Stadtrat hat eh 1,8 Millionen, die er nicht hat, weil die Mittel eben aus reserviert sind. Das habe ich auch erklärt, trotzdem meldet sich danach der Manfred zu Wort und sagt wieder das Gleiche, obwohl ich ihm vorher gerade aufgeklärt habe, dass diese 1,8 Millionen bereits verplant sind, für Film Commission, für Creative Industries, für Baustellenförderungen, für andere Förderungen. Also noch einmal, auch liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Judith, es stimmt einfach nicht, dass wir dauernd etwas schlechtreden. Ich war gestern bei einer Veranstaltung, „Echt Graz“, dort waren ca. 20, 25 dir bekannte Innenstadtunternehmer:innen. Ich war letzte Woche bei „fridda und maxx“ mit einer Gruppe von Unternehmer:innen, und die alle lassen sich von mir nicht instrumentalisieren, die wurden auch nicht von mir aktiv dazu angestiftet oder

angesprochen, dass sie irgendwas sagen sollen, sondern die sind von sich aus gekommen. Mir hat heute ein Unternehmer geschickt, eine E-Mail, die er von der Hausverwaltung bekommen hat, dass jetzt die Hausparteien am Joanneumring den Müll selbst wegtragen müssen, weil die Müllabfuhr nicht mehr stattfindet. Und das ist ja nicht etwas, was ich jetzt aktiv hinaustrage, das kommt zu mir als Mitteilungen von Menschen, die eben davon betroffen sind. Es gibt Leute, die wohnen am Joanneumring, das sind Pendler, die sind mir persönlich bekannt, die haben um 250 Euro die Ausnahmegenehmigung für die Blaue Zone und finden dort nirgendwo mehr einen Parkplatz, weil es rund herum für diese Anrainer keinen Parkplatz mehr gibt. Und denen muss ich dann irgend etwas sage, und denen muss ich sagen, tut mir leid, ihr müsst halt irgendwo weit weg parken, am besten in Liebenau oder in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, wo vielleicht noch ein Platz frei ist. Die kommen zu mir, und ja, meine Aufgabe als Wirtschaftsstadtrat ist es, ein offenes Ohr für die Anliegen dieser Menschen zu haben und die vertrete ich. Und daher bitteschön, dann nehmen wir das jetzt als Startpunkt, liebe Judith, liebe Frau Vizebürgermeisterin, bemühen wir uns gemeinsam, und bitte unterstützt auch unseren Dringlichen, unterstützt den Dringlichen vom Herrn Pointner, und meinetwegen machen wir auch gerne ein Marketingprojekt, aber versuchen wir gemeinsam, möglichst noch in der kommenden Woche, vielleicht schon bis zum Juli-Gemeinderat ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das wir auch beziffern könnten, das wahrscheinlich dann in der Größenordnung von 1 Million Euro plus sein wird, um eben Dinge zu ermöglichen, mit denen wir den Menschen ein Signal setzen: He, kommt wieder herein in die Innenstadt, geht einkaufen in der Innenstadt. Ein letzter Punkt noch und dann bin ich schon fertig, die Unternehmer:innen, mit denen ich gestern gesprochen habe, mit denen ich letzte Woche gesprochen habe, haben die größte Sorge vor dem Mehrrundeneffekte. Wisst ihr, was das ist? Es geht darum, dass man natürlich momentan noch Frequenz hat und, dass auch jetzt momentan noch Umsatz herrscht, aber wenn jemand im Stau gestanden ist, dann wird er vermutlich ein Verhalten adaptieren, dann wird er vermutlich nicht so bald wiederkommen. Und die größte Sorge der Unternehmer:innen, und zwar von ganz großen, euch allen bekannten

Unternehmen beginnend, die größte Sorge ist, dass die Leute eben dann irgendwann im Juli/August nicht mehr kommen, im Einkaufszentrum in Seiersberg einkaufen gehen und im Herbst haben sie längst vergessen, dass es in der Innenstadt auch noch Handel gibt. Daher, bitteschön, wir machen das nicht aus Jux und Tollerei, wir haben diesen Dringlichen im März und den Dringlichen von heute nicht aus Spaß formuliert, sondern wir bitten wirklich dringend um eure Unterstützung, dass wir ein Maßnahmenpaket schnüren, das uns hilft, die Leute in der Innenstadt auch zum Konsum und zum Verbleiben zu bewegen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich werde versuche, nicht all zu viel auf zu doppelt, aber ein paar Punkte sind mir dennoch sehr, sehr wichtig und die möchte ich abschließend hier noch erwähnen, gemeinsam mit dem Aufruf, sich vielleicht nicht doch, so wie der Herr Stadtrat Riegel gerade gesagt hat, sich vielleicht nicht doch zu überlegen, bei diesem Antrag mitzugehen. Das Erste, das hat mich vorhin zum Schmunzeln gebracht, während mich der Rest der Debatte phasenweise eher weniger zum Schmunzeln gebracht hat, ist die Frau Bürgermeisterin, die richtigerweise auch in ihrem Statement gesagt hat, man kann auch immer gescheiter werden. Das stimmt vollkommen. Und darauf hoffen wir irgendwie auch mit unserem dringlichen Antrag, nämlich, dass man sich vielleicht auch als grüne Fraktion, als Vizebürgermeisterin eingestehen kann, dass mit einem dringlichen Antrag, der jetzt ein Marketingkonzept für ein Projekt fordern, das schon beschlossen ist, wo wir auch mitgegangen sind und fest davon überzeugt sind, dass es gut ist, als quasi Wiedergutmachung von einer Situation, die jetzt tatsächlich krisenbehaftet ist, und ich bekommen die Anrufe. Ich weiß nicht, wenn es wo anders nicht angekommen ist, dann sind wahrscheinlich alle, die bei uns landen. Ich kann es mir nicht anders erklären, dass das eigentlich ein gewisses Umdenken auch erfordert. Und dass die Frau Vizebürgermeisterin das ja auch kann, zeigt beispielsweise mein Lieblingsbeispiel, wenn sie nach ihrem Lieblingsort in Graz gefragt wird, dass sie

vielleicht dort ein Interview geben könnte, sie sich dann die Augartenbucht aussucht. Also ich weiß, es geht, man kann sich aussuchen, sich vielleicht auch ein bisschen umzuorientieren und seine Meinung zu ändern, und das hoffe ich irgendwie auch in diesem Zusammenhang. Der Kollege Zirngast hat auch schon ausgeführt, und die Kollegin Unger ist darauf eingegangen, dass wir bei der Neutorgasse selbstverständlich mit dabei waren, und gleichzeitig, und das habe ich genau an dieser Stelle schon einmal gesagt, haben wir nicht hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Neutorgasse für drei Jahre komplett zu sperren. Und es geht anders, die Tatsache, dass man das so nicht machen möchte, ist eine politische Entscheidung. Und da kann die Vizebürgermeisterin auch sagen, ich glaube nicht, dass das auf Zuruf funktioniert, das ist eine politische Entscheidung und das kann man nicht einfach so von entsetzter Natur vom Tisch wischen. Auch das möchte ich festhalten (*Appl.*).

Danke, ich bin schon zu schlecht in der Zeit. Ich versuche, es schnell fertig zu machen. Der Herr Ram hat zu Recht auch gesagt, dass die grüne Fraktion und die Koalition jetzt Dinge auch angeht und umsetzt und die Stadt auch weiterentwickelt. Auch das haben wir in der Vergangenheit intensiv probiert. Wir haben es manchmal ohne eure Zustimmung gemacht, wir haben es manchmal mit eurer Ausstellung gemacht. Aber ich möchte wirklich unterstreichen, wir verwehren uns nicht, und das ist wirklich etwas, wo ich sehr, sehr leidenschaftlich das unterstreichen möchte, wir verwehren uns nicht der Weiterentwicklung der Stadt. Wir verwehren uns der Tatsache, dass in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz und auch in unserer Wahrnehmung phasenweise Projekte, nicht nur die Neutorgasse, sondern andere Baustellen scheinbar willkürlich einfach begonnen werden, ohne einer vernünftigen Information des Gemeinderates, ohne einer vernünftigen Information der Ausschüsse und ohne eine vernünftige Information der Bürgerinnen und Bürger. Und das ist das, wieso wir hier den Antrag gestellt haben, da steht nicht ausschließlich die Neutorgasse drinnen, da stehen alle Baustellen drinnen. Und dieses Chaos kann man aus unserer Sicht der Bevölkerung nicht mehr zumuten (*Appl.*).

Abschließend darf ich noch auf etwas eingehen, was, glaube ich, auch der Herr Klubobmann Dreisiebner kurz unterstrichen hat, und ich glaube, man hat es in meiner

Wortmeldung eh schon gemerkt, in keinem Moment möchten wir Personen, die diese Aufträge umsetzen einen Vorwurf machen, unser Vorwurf gilt, und ich glaube, das habe ich sehr, sehr klargemacht, ganz klar der Vizebürgermeisterin und ihren Weisungen, die offensichtlich herausgehen müssen gehen. Die Position der Grünen in diesem Zusammenhang ist, glaube ich, eine sehr, sehr klare und hat sich jetzt auch in der Debatte wieder gezeigt, die Kollegin Wutte hat vorhin im Zusammenhang mit den Schulstraßen festgehalten, dass man hier nicht allzu viele Leute einbinden darf, weil die Kinder darauf warten. Es hat den Anschein, dass bei den Baustellen und bei den Projekten, die die Vizebürgermeisterin sehr, sehr gerne umsetzen möchte, hier auch auf eine adäquate Information, Koordination und so weiter verzichtet wird, weil die Frau Vizebürgermeisterin das sehr schnell umsetzen möchte. Danke (*Appl.*).

GR DI Ram:

Ich habe das hier mitgebracht, bitteschön, zum Ansehen, auch zum Austeilen. Wer Interesse hat, es gibt hier Baustellen-Folder, es gibt eine Extra-BIG, weil ich glaube, es wäre wichtig, dass alle Anwesenden verstehen, um was es geht bei dieser Baustelle. Aber was vielleicht noch wichtiger ist, ich kann vieles sehr gut nachvollziehen. Also die Frau Stadträtin Schönbacher, dass da draußen Unternehmer sind, denen es nicht gut geht und die wirklich große Probleme haben und dass die auch unterschiedlichst betroffen sind von dieser Situation. Was für mich schwierig ist, an dieser ganzen Situation, ich bin Ausschussvorsitzender von Wirtschaft und Tourismus, und vielleicht ist diese Geschichte ein bisschen so bezeichnend für das Selbstverständnis von unserem Herrn Stadtrat, wie eigentlich die Dinge passieren, weil uns immer Arroganz und so weiter vorgeworfen wird. Es gibt keine Information dazu an den Ausschuss oder die Mitglieder, dass die Baustellenförderung ausgelaufen ist. Wir haben damals das gemeinsam geschlossen im Ausschuss, das haben wir gesagt, wenn es ausgeschöpft ist, wenn es hier Probleme gibt, kommt zu uns, dann reden wir darüber, da wird es sicher Möglichkeiten geben, dass man das aufstockt. Nichts ist passiert, sondern es wird über die Medien ausgerichtet, man hätte zu wenig Geld etc., etc. Was eigentlich passieren

hätte können, wäre, man redet miteinander, es wird ein Maßnahmenpaket gemeinsam vorbereitet, es werden Vorschläge diskutiert. Und da werden wir die Letzten sein, die hier dagegen sind. Wir wissen ja noch nicht einmal, um wie viel das es geht. Wie treffsicher war bis jetzt die Baustellenförderung?

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler** unverständlich.*

GR DI Ram:

Ja, genau, das ist das Thema. Der Finanzstadtrat bekommt es. Aber mit wem sollten wir eigentlich reden? Mit der Koalition, mit den Leuten Wirtschaftsausschuss. Damit wir gemeinsam Entscheidungen treffen können, damit wir im Hintergrunde verstehen, um was es geht. Sie sind der Wirtschaftsstadtrat. Woher sollen wir wissen, und das ist genau das, ihr bringt einen dringlichen Antrag ein, einfach, das sind unsere Ideen, friss oder stirb. Aber man könnte das vorher diskutieren.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR DI Ram:

Nein, nein, nein, nein. Und auf das Marketingkonzept gehe ich jetzt gleich noch ein, weil hier auch wieder gesagt wird, da brauchen wir jetzt wieder Marketingspezialisten etc., nein, brauchen wir nicht. Und um was es mir geht, und ich glaube, das ist ja das Wichtige, dass sich die Wirtschaftsabteilung und der Herr Stadtrat und das Citymanagement einfach einmal zusammensetzen und über die positiven Aspekte nachdenken, damit sie sie dann besser kommunizieren können, weil anscheinend ist Ihnen nicht klar, was bedeutet vielleicht.

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Ich habe keine Kommunikationsabteilung.

GR DI Ram:

Ja, also, ich strecke gerne die Hand aus als Ausschussvorsitzender und es wurde schon ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR DI Ram:

Darf ich jetzt bitte reden? Ich möchte jetzt abschließend ... Hallo!

Geräusche und unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR DI Ram:

Gut, ich möchte ebenfalls die Hand ausstrecken und ich würde das sehr schön finden, dass wir sehr schnell gemeinsam diskutieren, welche Maßnahmen für die betroffenen Unternehmen adäquat und richtig sind.

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Bravo.

GR DI Ram:

Ja, bravo, gell? Ja, kommen Sie auf uns zu (*Appl.*).

Und dann werden wir sicher gemeinsam ein Budget dafür finden. Und ich hoffe, dass das ein guter Weg ist, den wir gemeinsam bestreiten können (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrtes Gremium, der Steierische Panther ist hier im Gemeinderat nicht grün, sondern meistens rot (*bezieht sich das auf Licht für die Redezeitbeschränkung*).

Bei wird er grün bleiben. Mir ging es in meinem Antrag einfach um die Sache. Es gibt jetzt eine problematische Situation für KMUs in der Innenstadt. Wir wollen denen helfen, wenn sie es brauchen. Daher, Bitte nach einem Best Practice, eine Förderaufstockung, überlegen wir uns das. Vielen Dank. Wir haben eine U-Bahn-Förderung in Wien, wo auch investiv gefördert wird. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sollen die tote Zeit bitte nutzen können für Investitionen in ihre Betriebe und da kann man ihnen unter die Arme greifen, wo es sinnvoll ist. Und dafür bitte ich herzlich um Zustimmung, und da genügt auch (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag der KPÖ zum Antrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) angenommen.

Der Abänderungsantrag der ÖVP zum Antrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag des KFG zum Antrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der Neos (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der Neos (Punkt 2) wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.42 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Auch wenn die Diskussion lange gedauert hat, ich bitte euch, der Antragstellerin zuzuhören und bitte nicht alle den Saal zu verlassen.

8.7 Kostenlose Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse für Jugendliche (GRⁱⁿ Anna Slama, Grüne)

GRⁱⁿ Slama:

Ehrlicherweise, ich habe nach der Zeit jetzt eh ein bisschen damit gerechnet, dass ihr nicht mehr ganz so dabei sein werdet. Aber ich glaube, das ist auch ein Thema, wo weniger Diskussion notwendig sein wird beziehungsweise wo wir eher zu einem Grundkonsens kommen werden. Und zwar geht es um einen Wunsch, der aus dem Jugendcafé entstanden ist, und zwar wirklich von den Jugendlichen selbst, und zwar nach kostenlosen Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen in den Schulen. Also ich glaube, wir können uns alle noch so erinnern, an die Zeit in der Schule, als wir alle damit angefangen haben, den öffentlichen Raum mehr ohne die Begleitung von Erwachsenen zu nutzen, mehr alleine unterwegs waren oder mit gleichaltrigen Freunden. Und ich weiß nicht, wie es bei euch war, aber ich kann mich da an einige Situationen erinnern, die ich jetzt als Erwachsene als gefährlich und sehr kritisch

betrachte. Gott sei Dank ist immer alles gut gegangen, aber einfach durch fehlende Erfahrung ist es da teilweise für Kinder und Jugendliche unglaublich schwierig einzuschätzen, wie eine Situation jetzt ist, wie sie sich in gefährlichen Situationen richtig verhalten, wie Grenzen ziehen, Nein sagen können. Und genau um diese gefährlichen Situationen ein bisschen weniger gefährlich zu machen, wäre es sehr, sehr wichtig, dass Jugendliche und Kinder selbst wissen, was sie tun können. Genau deswegen ist diese Idee eben entstanden. Ich glaub, Selbstverteidigungskurse sagen grundsätzlich euch allen wahrscheinlich etwas. Grundsätzlich geht es hier darum, dass Jugendliche und Kinder, oder generell die Menschen die teilnehmen, lernen, wie sie sich richtig verhalten können in gefährlichen Situationen, wie sie im Notfall auch Notwehr einsetzen können, und wie sie vor allem schneller aufmerksam werden auf solche Geschichten. Vor allem für Kinder und Jugendliche ist das natürlich unglaublich relevant, weil die ja meistens durch geringes Taschengeld sehr auf diesen öffentlichen Raum als Aufenthaltsraum angewiesen sind, und dass sie sich dort sicher und selbstbewusst fühlen, sollte für uns auch hier an sehr hoher Stelle stehen. Man muss hier jetzt noch dazusagen, das Sportamt hat hier schon ein bisschen Erfahrung. Also im Sportjahr zum Beispiel wurden durch das Sportamt Kurse angeboten im Kooperation mit verschiedenen Institutionen und im Herbst 2020 ich wurden auch Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse mit „Sicher Leben“, also dem Verein „Sicher Leben“ angeboten, die von der Stadt Graz subventioniert wurden und deswegen gratis angeboten werden konnten. Und das heißt, in Wahrheit geht es hier einfach darum, dass man Strukturen, die schon bestehen, und Wissen, das man schon hat, einfach vielfältiger streut. Deswegen würde ich den

dringlichen Antrag

stellen:

Ist jetzt leider ein bisschen schade, weil er ist nicht da, aber nach dieser Diskussion wäre er wahrscheinlich gerade eh nicht mehr im Raum.

- 1.) Stadtrat Kurt Hohensinner wird in seiner Funktion als Jugend- und Sportstadtrat um die Prüfung eines Angebots von kostenlose Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen ersucht, um so dem Wunsch von Jugendlichen im Jugendcafé bestmöglich nachzukommen.
- 2.) Darüber hinaus wird Stadtrat Hohensinner ersucht, mit der Bildungsdirektion in Kontakt zu treten, mit dem Ziel, kostenlose Selbstverteidigungskurse beziehungsweise Selbstbehauptungskurse an Grazer Schulen anzubieten.
- 3.) Über die gesetzten Unterstützungsmaßnahmen sowie die Ergebnisse der Gespräche mit der Bildungsdirektion ist dem Bildungsausschuss bis September 2023 Bericht zu erstatten.

Ich freue mich über viel Zustimmung (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Für Kinder und Jugendliche ist es durch fehlende Aufklärung und Erfahrung häufig schwer, gefährliche Situationen frühzeitig zu erkennen und in Stress- beziehungsweise Angstmomenten richtig zu handeln. Dadurch fühlen sie sich Übergriffen gegenüber zu oft wehrlos ausgesetzt. Das trifft vor allem aber nicht ausschließlich FINTA Personen, die eine besonders vulnerable Gruppe darstellen.*

Im diesjährigen Jugendcafé wurde von teilnehmenden Jugendlichen der Wunsch nach Selbstverteidigungs- beziehungsweise Selbstbehauptungskursen an Schulen laut. Diese helfen den Teilnehmenden, Grenzen ziehen zu lernen, Nein zu sagen und sich in gefährlichen Situationen richtig zu verhalten. In den Kursen wird auf eine Vielzahl von möglichen Situationen eingegangen und dabei unterstützt, potenzielle Gefahrenquellen frühzeitig zu erkennen. Kinder und Jugendliche lernen so, sich selbst zu schützen und bauen ein stärkeres Selbstbewusstsein und Sicherheitsgefühl auf. Bis jetzt hängt der Besuch solcher Kurse aber mit der individuellen Motivation der Kinder und Jugendlichen selbst zusammen und braucht Wissen, um die bestehenden Angebote sowie Geld für

die Kursgebühren. Außerdem mussten sich bis dato häufig Schüler:innen und Schüler:innenvertreter selbst um die Organisation solcher Kurse an ihren Schulen kümmern. Im Gegensatz dazu wurden im Herbst 2020 Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse in Kooperation mit Sicher Leben angeboten, die durch die Stadt Graz subventioniert und dadurch kostenfrei zu besuchen waren. Auch im Zuge des Sportjahres und als Teil der Angebote im Sommer hat das Sportamt in Kooperation mit verschiedenen Vereinen schon Selbstverteidigungskurse angeboten. Hier kann man gut vorhandenen Strukturen zusammenführen und damit Schüler:innen helfen, sich sicherer in ihrem Alltag zu fühlen. Ziel soll sein, dass dieses Angebot kontinuierlich besteht und in Kooperation mit der Bildungsdirektion auch an Schulen verankert wird.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Stadtrat Kurt Hohensinner wird in seiner Funktion als Jugend- und Sportstadtrat um die Prüfung eines Angebots von kostenlose Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen ersucht, um so dem Wunsch von Jugendlichen im Jugendcafé bestmöglich nachzukommen.*
- 2.) Darüber hinaus wird Stadtrat Hohensinner ersucht, mit der Bildungsdirektion in Kontakt zu treten, mit dem Ziel, kostenlose Selbstverteidigungskurse beziehungsweise Selbstbehauptungskurse an Grazer Schulen anzubieten.*
- 3.) Über die gesetzten Unterstützungsmaßnahmen sowie die Ergebnisse der Gespräche mit der Bildungsdirektion ist dem Bildungsausschuss bis September 2023 Bericht zu erstatten.*

**FINTA* = Frauen, Inter-, Non-binary, Trans- und Agender Personen*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, soweit noch vertreten, hohe Stadtregierung, mit einer Person vertreten, aber dennoch. Ein durchaus, ich würde einmal sagen, bemerkenswerter Antrag, hätte ich mir so nicht erwartet. Das Erste, das mich einmal beschäftigt hat, war der Begriff FINTA ...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Slama:** Das wird erklärt im Antrag.*

GR Mag. **Winter:**

Ja, wird erklärt, Gott sei Dank. Ich habe es zuerst die „gewikipedied“ sozusagen. Das gibt es ein Dort in Rumänien mit dem gleichen Namen, dann gibt es noch eine ungarische Fußballspielerin, das war es dann auch nicht, dritte Erklärung ist bei Wikipedia dann tatsächliche. Durchaus bemerkenswert. Von der Grundüberlegung, ja, Selbstverteidigung beziehungsweise Selbstbehauptung und die gesteigerte Version davon ist natürlich dann Notwehr, sind ein wichtiges und ein legitimes Mittel in einem Rechtsstaat. Und ich glaube, jeder Bürger sollte gewisse Kenntnisse, natürlich dann Jugendlichen und Kinder umso mehr, sollten gewisse Kenntnisse besitzen, in wie weit Selbstbehauptung und Selbstverteidigung zulässig sind, wann sie angebracht ist, wie sie durchgeführt werden muss. Daher, wir werden sowohl der Dringlichkeit, wie auch dann dem Inhalt zustimmen. Ich möchte aber eines betonen, für mich ist so eine Einführung von solchen Kursen doch eine Symptombekämpfung. Weil, was ist der Grund davon, warum man überhaupt solche Kurse braucht? Und jeder, der mich kennt, weiß, dass ich jetzt weit entfernt bin, ein großer Anhänger des Pazifismus zu sein. Aber Fakt ist trotzdem, es gibt ein gewisses Gefahrenpotenzial und ein Gewaltpotenzial in einer Gesellschaft, und das ist so quasi in meiner Analyse der wirkliche Grund, warum man solche Kurse braucht, also dieses Gewaltpotenzial. Und da kann man natürlich darüber streiten und analysieren, wo sind die Wurzeln von

diesem gesamten Gewaltpotenzial? Und da gibt es mit Sicherheit die Ansätze und Lösungen, warum eigentlich Gewalt, und das möchte ich stark trennen vom Gewaltmonopol des Staates, was mit Sicherheit notwendig sein muss, in jedem Rechtsstaat, warum das eigentlich gegeben ist. Gibt es eine Zunahme von dieser Gewalt? Gibt es eine Abnahme von der Gewalt in einer Gesellschaft? Gibt es verschiedene Bevölkerungsgruppen, wo ein größeres Gewaltpotenzial ist? Gibt es andere, wo das vielleicht weniger gegeben ist? Natürlich auch, gibt es einen Unterschied, als Frage aufgeworfen, bei der autochthonen Bevölkerung, im Vergleich zu anderen Gruppen? All das sind Fragen, die man durchaus aufwerfen muss und auch hier diskutieren muss. Und ein Aspekt, und ich betone, das ist wirklich ein Aspekt von vielen, ist natürlich, dass es bis zu einem gewissen Grad, ich nenn es jetzt einmal, auch eine angewandte Gewalt gibt. Und zwar, bei dieser FINTA-Gruppe ist ja wohl personell die größte Gruppe, die Frau an sich, und es gibt vom Österreichischen Integrationsfonds diesbezüglich, zumindest aus dem Jahr 2018, eine ganz interessante Mitteilung beziehungsweise Bericht, dass nämlich Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund wesentlich öfter einer Gewalt ausgesetzt sind, als Personen mit Nicht-Migrationshintergrund. Das sagt nämlich das Europäische Institut für Grundrechte. Also im Kern, fehlende Integration, diese fehlende Wertvorstellung ist mit Sicherheit ...

*Zwischenruf StR **Eber**: Bitte auf die Zeit achten.*

GR Mag. **Winter**:

Ja, also Herr Stadtrat, bei allem nötigen Respekt, es war bei vielen anderen jetzt auch egal, und wegen der Minute. Ja, ok. Ich komme damit aber auch zum Schluss. Fakt ist, fehlende Integration, misslungene Integration ist in vielen Bereichen auch der Grund, warum verstärkt Gewalt in unsere Gesellschaft auftritt. Und man muss durchaus auch diesen Aspekt betonen und immer wieder berücksichtigen. Nichtsdestotrotz, von der

Dringlichkeit, wie auch vom Inhalt unterstützen wir die Kurse, weil sie von der Grundüberlegung, unserer Meinung nach, in die richtige Richtung gehen.

StR Eber:

Zu Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Unger. Ich möchte an dieser Stelle schon darauf aufmerksam machen, bitte halbwegs auf die Redezeit achten, auch, wenn es sonst nicht immer so gehandelt wird.

*Zwischenruf GR Mag. **Winter** unverständlich.*

StR Eber:

Ich weiß, ich weiß. Aber, worauf ich noch hinweisen möchte ist, dass bitte die Klubs und Fraktionen darauf achten, dass die Beschlussfähigkeit immer gegeben ist. Zwischenzeitlich haben wir es nicht gehabt, jetzt sind wieder Kolleginnen und Kollegen hier. Danke. Bitte, Frau Gemeinderätin.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger:

Kurze Vorbemerkungen, erstens, Stadtrat Kurt Hohensinner, nur zur Information, das ist vielleicht nicht klar, ist heute krank, sonst wäre er selbstverständlich hier bei einem dringlichen Antrag, mit dem er angesprochen wäre, ist das immer so gewesen und wird auch so sein. Zweite Vorbemerkung, den Begriff FINTA habe ich nicht googeln müssen, der ist mir soweit bekannt. Ist mittlerweile, ich glaube, auch üblich, das ein bisschen zu wissen. Aber ich habe etwas anderes gegoogelt, nämlich die Angebote, die es im Bereich der Selbstbehauptung und der Selbstverteidigung in Graz bereits gibt. Ich darf zwei Sachen kurz erwähnen, erstens einmal, Generation Sicherheit, eine generationsübergreifende, integrative und inklusive Angebotsserie, wo unter anderem

Menschen mit und ohne Behinderung, unter anderem in Selbstbehauptungskursen geschult werden, wo zahlreiche Workshops stattfinden, wo das Thema sicher im Netz, das Thema sicher im Alltag und vieles mehr genannt wird, und wo unter anderem gerade aktuellen Selbstbehauptung-Workshops stattfinden. Ich darf hier auf drei Termine hinweisen, die findet man sofort, wenn man sich damit beschäftigt, nämlich 22.03., 14.04. und 20.04. im Raiffeisensportpark, wo jeder gratis teilnehmen konnte, erstens. Zweitens, es gab unter anderem auch noch alle möglichen Angebote von Jugendzentren aller Art, vom Jugendzentrum YAP, vom Jugendzentrum Jam, vom Jugendzentrum Grünanger, Domino, Andritz, EggenLend. Überall dort werden Dinge angeboten, wo wir offensichtlich den Bedarf jetzt in diesem dringlichen Antrag gehört haben, der aber bereits erfüllt wird. Das geht es um Selbstverteidigung, um Workshops zum Thema Selbstbestimmung, um Kickbox-Angebote, defensives Verhalten in Konfliktsituationen, etc., etc. Das alles wäre relativ schnell zu finden. Und das Dritte, worauf ich hinweisen möchte, es gibt, das ist bereits erwähnt worden, vom Sportamt, nicht nur im Jahr 2020 oder im Sportjahr gewisse Angebote, sondern eigentlich permanent. Es gibt gratis Selbstverteidigungskurse, es gibt diese im Sommerprogramm der Stadt. Es gibt auch permanente Ausbildungen, was jetzt den Bereich Kampfsport anbelangt, da muss man tatsächlich darauf achten, was wird gelehrt und mit welcher sozusagen Folgewirkung sowohl was das Selbstverständnis als auch die Kenntnisse und Fähigkeiten anbelangt. Man kann hier Kurse bei der Evangelischen Jugend, beim ATG, beim ASKÖ und bei anderen Sportvereinen machen. All das gibt es auch gratis und es gibt auch für Schulen beim Bewegungsland Steiermark die Möglichkeit Sportarten zu buchen. Das heißt, hier könnte man genauso in diesem Bereich auch Angebote für Schulen kenntlich machen beziehungsweise in Anspruch nehmen. Das heißt, es gibt alle diese Dinge. Aus diesem Grund muss ich ganz ernsthaft die Frage stellen: Warum dieser Antrag gestellt wird? Weil nach dieser Aufzählung muss ich darauf hinweisen, ist das eine Nichtachtung derer, die bereits alle diese Leistungen anbieten und bereits erfolgreich umsetzen. Und das suggeriert zum wiederholten Male, darauf möchte ich hinweisen, weil es war schon bei anderen Themen so, als wäre das eine neue Idee. Das ist es nicht. Es wird daran gearbeitet, es wird permanent umgesetzt und aus diesem

Grund ist mir dieser Antrag nicht verständlich, sondern es wird bereits gemacht. Und dementsprechend werden wir dem natürlich nicht zustimmen, und ich darf bitten, auch weil vorhin gesagt worden ist, bei den dringlichen Anträgen, da tun wir irgendwelche Vorschläge deponieren. Das wäre eine gute Gelegenheit, ordentlich zu recherchieren, weil für solche Sachen sind eigentlich dringliche Anträge, wenn sie bereits übererfüllt sind, nicht da. Danke (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Anna. Dass wir dem Antrag zustimmen, das ist eh keine Frage. Aber es haben sich jetzt aus den Wortmeldungen für mich noch ein paar Sachen zur Berichtigung ergeben, die, glaube ich, auch ganz gut rechtfertigen, warum solche Workshops an Schulen stattfinden sollen. Der wichtigste Grund dafür ist nämlich nicht, dass man nur darauf hinweist, da gibt es gratis Workshops, da gibt es gratis Workshops. Es sollten alle diese Kinder, alle Kinder und Jugendliche solche Workshops bekommen, um sensibilisiert zu werden. Sensibilisiert für diese Problematik, die besteht. Der Herr Winter hat gemeint, was sind denn die Gründe dafür? Ich würde einmal sagen, der Hauptgrund generell für Übergriffe, für gewalttätige Übergriffe, vor allem eben gegen FINTA-Personen, ist toxische Männlichkeit. Und das ist ein Begriff, der in den Schulen diskutiert werden sollte mit allen Schüler:innen, nicht nur mit FINTA-Personen (*Appl.*).

Und ein zweiter Punkt, weil der Herr Winter das auch erwähnt hat, Opfer von Gewalt sind tatsächlich sehr häufig Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund. Aber der höchste Anteil der Gewalt gegen diese Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund sind rassistische An- und Übergriffe gegen sogenannte Kopftuchträgerinnen. Das möchte ich auch einmal erwähnen (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Slama:**

Ich kann mir jetzt mein Zwischenschlusswort eigentlich kurz gestalten. Danke, Christine, dass mir hier die Hälfte vorweggenommen. Grundsätzlich zu 100 %, und zweitens, will ich hier schon noch kurz hinzufügen, Übergriffigkeit und Misogynie sind nicht eingewandert. Die haben wir in Österreich leider zur Genüge, wie man auch an den letzten Femiziden gesehen hat. Und, das muss ich jetzt nämlich ganz, ganz groß sagen, dass eben derzeit, wie du schon gesagt hast, es hängt auch komplett an der Eigeninitiative unter dem Infostand, der Kindern und Jugendlichen, ob sie diese Angebote finden. Und ich habe ja recherchiert, anders als du vor deiner Wortmeldung anscheinend, ich war nämlich im Sportreferat und habe nachgefragt, wie das aussieht mit dem Angebot, und wie es aussieht, es wird bis jetzt nicht fix angeboten, es wird nicht regelmäßig angeboten, sie bieten es an, wenn sich die Möglichkeit dazu gibt, aber das ist nicht jeden Sommer, das ist nicht mehrmals unter dem Jahr, das ist nicht so viel wie wir bräuchten an Bedarf. Ich bin extra fragen gegangen. Und ja, ansonsten ist, glaube ich, dazu alles gesagt. Wir sehen uns beim Inhalt wieder (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte noch Anwesende im Saal. Anna, danke für den Antrag. Ich habe das große Glück, drei Teenager-Mädchen zu haben, die auch das große Glück gehabt haben, in ihrer Volksschulzeit Karatekurse zu belegen. Das hat ihnen unglaublich viel Spaß gemacht. Sie konnten Kurse belegen, wo sie das Nein-Gefühl, das sie haben, auch ausdrücken konnten. Das ist nämlich ganz, ganz wichtig, dass man den eigenen Gefühlen vertrauen lernt, und das ist so die Kernaussage oder die Kernbotschaft eigentlich eines Selbstverteidigungskurses, dass du mit deinen Gefühlen und deiner Ablehnung eigentlich im Recht bist und dich auch deswegen verteidigen darfst. Jetzt auch im Gymnasium haben sie auch Selbstverteidigungskurse, aber das sind alles punktuelle Kurse, die teilweise von den Schulen selbst organisiert sind, die

Sportvereine, die in die Schulen reingehen und ihre Angebote vorstellen wollen, von denen werden drei oder vier Schnuppertage angeboten. Aber Anna möchte ja, dass das in der Bildung oder in den Schulen überhaupt verankert wird, diese Angebote, regelmäßig verankert werden, damit die Kinder eigentlich, ich möchte mich gar nicht so auf die Mädchen beschränken, sondern alle Kinder, die jemals in die Lage gekommen sind, sich selbst verteidigen zu müssen, einfach die Möglichkeit haben und das Wissen haben sich selbst zu verteidigen. Herrn Winter, dass Gewalt importiert ist, eigentlich muss ich dazu nicht so viel sagen. Und vielleicht so ein Fun-Fact am Rande, in Deutschland war die AfD auch der Meinung, dass die Gewalt bei Krawallen größtenteils von migrantischen Communitys kommt und sie haben von der Polizei verlangt, die Vornamen zu nennen von den Menschen die dort irgendwie verwahrt wurden, gefangen genommen wurden. Unter den Tätern sind die Namen am häufigsten: Michael, Daniel, Andreas, sind die häufigsten Vornamen. Unter den ersten elf Vornamen war kein einziger Vorname, der irgendwie einen Migrationshintergrund nahelegt, so wie Hassan oder Ahmed oder wie auch immer. Und dann natürlich, um etwas nachzulegen, hat die AfD auch gemeint: Aber wie viele davon haben denn eine doppelte Staatsbürgerschaft? Nur 14 von 842 deutschen Tätern hatten eine doppelte Staatsbürgerschaft. Also irgendwie ein Fun-Fact, um zu zeigen, dass das eigentlich total haltlos ist, zu sagen, Gewalt sei importiert, weil Gewalt ist in jeder Gesellschaft vorhanden. Und männliche, toxische Gewalt ist leider Gottes Alltag, wie man, wie die Anna schon gesagt hat, oder ich weiß nicht mehr genau, wer das gesagt hat, an den Femiziden abzusehen ist. Liebe Claudia, du hast sehr, sehr viele Angebote in Graz genannt, die mit Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen arbeiten. Ist, glaube ich, nicht uns allen nicht zur Gänze bekannt, also ich habe nicht alle Angebote gekannt, aber viele habe ich gekannt, aber die sind natürlich außerhalb des Schulalltags. Weil außerhalb des Schulalltags, ich habe drei Kinder, ich weiß wie schwierig das zu organisieren ist, dass man außerhalb des Schulalltags, außerhalb der Nachmittagsbetreuung oder des Turnunterrichts oder einfach überhaupt neue Angebote wahrnehmen kann, außer im Sommer, außer in den Ferien. Also wenn das regelmäßig angeboten würde im Sommer-Sportangebot, und Anna hat ja dargelegt,

dass das nicht regelmäßig vorkommt, dass es einfach punktuell angeboten wird. Dann wäre das eine attraktive Möglichkeit für Familien, für ihre Kinder dieses Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse in Anspruch zu nehmen, oder verankert in der Nachmittagsbetreuung oder im Turnunterricht, wie das aktuell bei meinen Kindern ist. Also, dass es ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Ach so, ist schon wieder rot, ok. Danke für das Aufmerksam machen. Also lange Rede, kurzer Sinn, ich finde den Antrag natürlich super und bitte auch um große Zustimmung (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Ganz Kurz, der erste Punkt im Antrag sagt, man soll das Angebot von kostenlosen Kursen prüfen, um dem Wunsch des Jugendcafés nachzukommen. Ich glaube, das ist mit den Ausführungen von vorher tatsächlich, glaube ich, mehr als deutlich ausgeführt worden, dass es das bereits gibt. Da wäre die Aufgabe von allen, die am Jugendcafé teilnehmen und als Gemeinderät:innen tätig sind, dass auch dort zu kommunizieren, damit die Information weitergegeben werden kann. Ich darf auch noch darauf hinweisen, dass als gemeinsame Initiative von Jugend-, Sozial- und Sportamt, die Gratis-Mitgliedschaft in Sportvereinen, für SozialCard-Inhaber:innen auch auf das Alter von 15 bis 18 ausgeweitet wurde. Der Vorteil an der Teilnahme von solchen Angeboten ist nämlich auch, dass das sehr nach am Wohnort sein könnte und damit, glaube ich, auch eine gute Zusatzleistung gegeben wäre, damit man sozusagen das möglichst mit kurzen Wegstrecken verbunden machen kann. Ich würde deswegen bitten, noch einmal den Appell hier zu hören, dass wir über die Angebote, die die Stadt Graz in

großer Menge und vor allem auf die Kooperation mit Professionisten, Experten und sehr engagierten ehrenamtlichen Mitarbeitern in sehr, sehr vielen Sportvereinen bereitstellen, auch gut zu kommunizieren, damit nicht der Eindruck entsteht, dass man in diesem unbestritten wichtigen Bereich nichts täte, weil das stimmt einfach nicht. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Aygan-Romaner, fangen wir bei Ihnen an. Bitte mir nicht die Worte im Mund umdrehen. Ich habe gesagt, es ist ein Teilaspekt, warum Gewalt in unserer Gesellschaft stattfindet. Ich habe nicht gesagt, das ist der einzige Aspekt, das ist der Hauptaspekt. Aber es ist ein wesentlicher Teilaspekt. Und wenn Sie jetzt hergehen und sagen, die Unruhen irgendwo in Deutschland, was die AfD erfragt hat oder nicht erfragt hat, weiß ich nicht, habe ich nicht, in dem Sinn jetzt im Zusammenhang auch mit diesem Antrag, gesehen. Aber eines muss man schon sagen, eine gewisse Ignoranz gegenüber den Fakten ist schon gegeben. Weil wenn wir hier den Integrationsfonds Österreich haben, wenn wir hier gleichzeitig die Europäische Union beziehungsweise das Grundrechteinstitut diesbezüglich haben, die genau das aussagen, und Sie jetzt hergehen und sagen, das stimmt alles nicht, das ist ein Blödsinn. Dann ist das eine Ignoranz gegenüber diesen Institutionen, die meiner Meinung nach sehr, sehr redlich arbeiten und dementsprechend die Fakten der gesamten politischen Landschaft zur Verfügung stellen. Das andere, ja, die Frau Kollegin Braunersreuther sagt, die Hauptursache, das ist die toxische Männlichkeit, so hat sie es formuliert. Was auch immer Sie jetzt hier darunter verstehen, ich weiß es nicht genau, aber bis zu einem gewissen Grad ist das ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Mag. **Winter:**

So, sind wir wieder fertig, können wir uns konzentrieren? Passt.

Was auch immer Sie hier darunter verstehen, das wird schon in Ihrer Gesinnungswelt irgendwie eine Erklärung finden. Fakt ist, dass es bis zu einem gewissen Grad auch ein toxischer Feminismus ist, wenn man hergeht und sagt, das ist die einzige Ursache der Gewalt. Es gibt immer viele Ursachen für Gewalt und hier pauschal in irgendeine Richtung zu argumentieren, so quasi, na ja, die halbe Gesellschaft, die männliche, ist einmal grundverdächtig, weil die könnte in eine toxische Männlichkeit verfallen und das ist der einzige Grund für Gewalt, ist auch ein wenig, eine kurze Erklärung, die wahrscheinlich so nicht halten wird. Fakt ist, und damit komme ich zurück zum Antrag, die Selbstverteidigungsfähigkeit, und zumindest hat einmal jeder anerkannt scheinbar, dass Gewalt die Grundvoraussetzung ist, warum wir überhaupt über dieses Thema hier jetzt sprechen. Die Selbstverteidigung in einem Rechtsstaat ist ein sinnvolles Rechtsinstitut, wo jeder Bürger darüber Bescheid wissen sollte, durchaus vernünftig. Fakt ist aber, eindimensionale Erklärungen, irgendwelche feministischen Kampftheorien werden sicher nicht in dieser Richtung die Lösungen bieten werden (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Slama:**

Ja, genau deswegen war mir wichtig, dass ich dann eh noch ein gescheites Schlusswort bekomme. Grundsätzlich, Claudia, bitte den Motiventext beachten, es geht hier wirklich um eine Umsetzung im Sinne des Wunsches aus dem Jugendcafé. Da habt die Ergebnisse wahrscheinlich eh ihr am genauesten vorliegen. Hier auch bitte den Motiventext beachten, da wird es auch sehr gut beschrieben und sehr genau. Und zu diesem Darstellen, ich war die einzige damals beim Jugendcafé, die gesagt hat, was ich weiß, wurde das schon einmal angeboten. Euer eigener Jugendsprecher wusste nichts davon und hat zu mir gesagt: Oh, bist du dir sicher? Also vielleicht solltet ihr das in eurer Partei ein bisschen besser rüberbringen. Also ehrlicherweise zu der Wortmeldung, die sehr viel Grenzwertiges beinhaltet hat, ehrlicherweise, will ich nur

sagen, die Hauptursache ist nur einmal toxische Männlichkeit, und die existiert in Österreich wie auch wo anders. Grundsätzlich würde ich hier noch gerne an den Kurt etwas sagen, der hoffentlich zuschaut, und zwar erstens einmal, gute Besserung an dich, zweitens, danke auch dafür, dass generell Angebote gesetzt wurden, und Nummer drei, ich glaube, wir können das cool ausbauen, und ich hoffe, dass wenn du hier wärst, du schon dafür gewesen wärst. Damit bitte ich um Zustimmung. Danke (Appl.).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.06 Uhr).

8.8 Petition an den Landesgesetzgeber zur Erweiterung des Bettelverbots (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, hohe Stadtregierung, sehr geehrte Frau Bürgermeister. Wir haben heute ein Thema, das wir schon öfters in diesem Haus diskutiert haben. Die Frau Kollegin Gmeinbauer hat mir heute schon die Brücke gelegt zu dieser Thematik, hat schon über den Hauptplatz gesprochen, dass es hier wirklich der Zustände gibt, die der zweitgrößten Stadt Österreichs nicht würdig sind, wie ich meine. Sie hat auch wahrscheinlich das Betteln mitgemeint, das zugenommen hat. Ich kann auch vorweg sagen, das aggressive Betteln ist ja jetzt schon verboten und wird auch von mir regelmäßig zur Anzeige gebracht, wenn ich es sehe oder, wenn ich es selbst erlebe. Das schüchtert mich jetzt nicht unbedingt ein, wenn da jemand kommt und versucht ein Geld raus zu erpressen, aber ältere Menschen oder Menschen, die einfach mit solchen Situationen keine Erfahrung haben, oder, wie wir gerade vorhin von der Kollegin Slama gehört haben, Jugendliche, die noch nicht so in dieser

Selbstbehauptung und in ihrer Selbstfindung ganz am Ende angekommen sind, die lassen sich von solchen Bettlern möglicherweise einschüchtern oder fühlen sich bedroht. Das aggressive Betteln ist schon verboten, aber dieses aggressive Betteln deckt ja nur einen sehr, sehr kleinen Bereich dieser ganzen Thematik ab. Und da hat es vor vielen, vielen Jahren ja einmal ein Bettelverbot gegeben, das nach Umfragen, je nachdem welche man zitiert, mehr als 50, bis hin fast 80 % der Österreicher unterstützen. Dieses allgemeine Bettelverbot, oder dieses absolute Bettelverbot hat der Verfassungsgerichtshof aufgehoben, wie Sie alle wissen, das hat der Verfassungsgerichtshof als nicht mit der Verfassung konform erachtet. Was es aber seit einigen Jahren gibt, in einigen Bundesländern Österreichs, ist ein sektorales Bettelverbot. Alles, was ich Ihnen jetzt vortrage, was Sie auch im Motiventext finden, ist nicht mir eingefallen, sondern hat dankenswerterweise, aufgrund einer Anfrage von uns, die Präsidialabteilung sehr korrekt, sehr übersichtlich und sehr nachvollziehbar ausgearbeitet. Das ist eben der Pfad, wo man dieses Betteln in gewissen Sektoren eben einzäunen könnte. Wenn man sich anschaut, in der Stadt Salzburg gibt es die zweite Verbotszonenverordnung. Was hier etwas sperrig klingt, ist einfach eine Verordnung, die ein paar Zonen, ich bin kein Salzburger, ich kann Ihnen jetzt diese Örtlichkeiten nicht wiedergeben, aber es werden sich halt um zentrale Zonen in der Stadt Salzburg handeln, wo das Betteln jedenfalls verboten ist. Es gab dazu vor kurzem eine Beschwerde einer Bettlerin, die versucht hat, das zu kippen. Das Landeverwaltungsgericht Salzburg hat ihrer Beschwerde nicht stattgegeben und auch vom VfGH ist diese Beschwerde im März 2023, also erst vor kurzem, abgewiesen worden. Warum betone ich immer wieder den VfGH, den Verfassungsgerichtshof? Na ja, wenn der Verfassungsgerichtshof etwas für mit der Verfassung konform erachtet, dann können wir als Gemeinderäte guten Gewissens davon ausgehen, dass das wirklich mit den ganzen Menschenrechten, und der Verfassungsgerichtshof zieht ja alles an Verfassungsrechten in Betracht, die wir zur Verfügung haben, dass das eben mit den Menschenrechten oder mit den verfassungsrechtlich gewährleisteten Menschenrechten in Einklang zu bringen ist. Eben auch mit der EMRK, die Verfassungsrang in Österreich besitzt. Ich habe Ihnen im Antrag auch den § 29 des

Salzburger Landdessicherheitsgesetzes zitiert, verzichte jetzt darauf aus zeitökonomischen Gründen, Ihnen den zu verlesen, sie haben ihn sicher aufmerksam studiert, und sind dann wahrscheinlich zum Schluss gekommen, unserem wohlformulierten Antrag zuzustimmen, bin ich überzeugt davon. Ich meine, wir sind jetzt zwar erst bei der Dringlichkeit, aber ich werde aus zeitökonomischen Gründen auch gleich den Antragstext verlesen. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Landesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, § 3a des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes dahingehend zu ändern, dass – angelehnt an § 29 Salzburger Landdessicherheitsgesetz – ein sektorales Bettelverbot in der Steiermark und damit auch in Graz in Zukunft durch Verordnung der Gemeinde erlassen werden kann.

Ich möchte hier alle Parteien wirklich mit ins Boot holen. Sie wissen, in Salzburg hat es bis vor kurzem eine Regierung gegeben, die aus ÖVP bestanden hat, aus den Neos, aber auch aus den Grünen, also die waren damit vollkommen einverstanden, mit diesen Regelungen. In der Stadt Salzburg sind mir jetzt die Gegebenheiten nicht ganz bekannt, aber hier gibt es scheinbar auch eine große Befürwortung dieser zweiten Verbotszonenverordnung. Kurz nur zur Erklärung zum Antragstext, ja, wir müssen uns an den Landesgesetzgeber wenden, weil wir eben das Landdessicherheitsgesetz ändern müssten. Das können wir nur als Petition eben anregen, dass der Landtag Steiermark das beschließt, und danach könnte die Stadt Graz eben mittels einer Verordnung dieses sektorale Bettelverbot in den für uns relevanten Sektoren beschließen. Ich bitte um Zustimmung zur Dringlichkeit und auch um Zustimmung zum Inhalt, damit wir hier in dieser Thematik endlich zu einem Ende kommen können, die wirklich vielen, vielen Grazern sehr am Herzen liegt. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit Jahren beschäftigt die Problematik rund um die organisierte Bettelei Politik und Stadtverwaltung. 2011 wurde in der Steiermark ein allgemeines Bettelverbot eingeführt. 2013 wurde dieses Verbot allerdings vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Aktuell sind nur Formen der aggressiven Bettelei in der Steiermark verboten und finden sich die Regelungen dazu im Steiermärkischen Landessicherheitsgesetz (§ 3a) geregelt.

Wirft man einen Blick in die Grazer Innenstadt, erkennt man jedoch schnell, dass eine Ausweitung des aktuell bestehenden Verbots der aggressiven Bettelei bitter notwendig ist und könnte die aktuell bestehende Problemlage durch Einführung eines sektoralen Bettelverbots beseitigt werden.

Als Positiv-Beispiel ist das Land Salzburg zu nennen: Dort ist ein sektorales Bettelverbot aufgrund einer schon vor langer Zeit in Kraft getretenen Regelung möglich und hat der Landesgesetzgeber in § 29 Salzburger Landessicherheitsgesetz die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für ein derartiges sektorales Bettelverbot getroffen:

§ 29 Salzburger Landessicherheitsgesetz: Bettelei

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

- 1. in aufdringlicher oder aggressiver Weise, wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten oder Beschimpfen, bittelt;*
- 2. unter Mitwirkung einer unmündigen minderjährigen Person oder unter Mitnahme eines Tieres in welcher Form auch immer bittelt;*
- 3. eine andere Person zum Betteln, in welcher Form auch immer, veranlasst oder Betteln organisiert;*
- 4. entgegen einer Verordnung gemäß Abs 2 bittelt.*

(2) Durch Verordnung der Gemeinde kann auch ein nicht unter Abs 1 fallendes Betteln an bestimmten öffentlichen Orten untersagt werden, wenn auf Grund der dort zu

erwartenden Anzahl an bettelnden Personen und der örtlichen Verhältnisse zu befürchten ist, dass die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert wird, oder sonst ein durch ein solches Betteln verursachter Missstand im Sinn des Art 118 Abs 6 B-VG bereits besteht oder unmittelbar zu erwarten ist. Vor Erlassung einer solchen Verordnung ist der Landespolizeidirektion Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Als Betteln gilt das Erbitten von Geld oder geldwerten Sachen von fremden Personen an einem öffentlichen Ort oder im Umherziehen von Haus zu Haus oder von Wohnung zu Wohnung unter Berufung auf eine wirkliche oder angebliche Bedürftigkeit für sich oder andere zu eigennützigen Zwecken. Als aufdringlich gilt Betteln im Umherziehen von Haus zu Haus oder von Wohnung zu Wohnung insbesondere dann, wenn ein Betreten des Grundstückes oder des Hauses erkennbar unerwünscht ist, aber trotzdem mit einer Bewohnerin oder einem Bewohner vor Ort Kontakt aufgenommen wird und von ihr beziehungsweise ihm Geld oder geldwerte Sachen zu eigennützigen Zwecken erbeten werden.

(4) Auch der Versuch einer Verwaltungsübertretung gemäß Abs 1 und 2 ist strafbar.

(5) Verwaltungsübertretungen gemäß Abs 1 sind zu ahnden:

- 1. in den Fällen des Abs 1 Z 1, 2 und 4 sowie des Versuchs dazu mit Geldstrafe bis 500 € und für den Fall der Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu einer Woche;*
- 2. in den Fällen des Abs 1 Z 3 sowie des Versuchs dazu mit Geldstrafe bis zu 10.000 € und für den Fall der Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen.*

Bei Vorliegen von Erschwerungsgründen kann auch der Verfall des Erbetelten oder daraus Erlösten ausgesprochen werden.

Selbst der Verfassungsgerichtshof bestätigte die Rechtmäßigkeit dieser vom Salzburger Landesgesetzgeber getroffenen Regelungen und damit auch die Rechtmäßigkeit des sektoralen Bettelverbotes.

Durch die in der Grazer Innenstadt zunehmend überhandnehmende Bettelei fühlen sich Bürger und Touristen belästigt und bedroht und daher muss jetzt endlich eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um der ausufernden – überwiegend organisierten – Bettelei Einhalt zu gebieten.

Um das zu erreichen, ist eine Änderung des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes notwendig und hat sich eine derartige Änderung an § 29 des Salzburger Landessicherheitsgesetzes zu orientieren.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Landesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, § 3a des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes dahingehend zu ändern, dass – angelehnt an § 29 Salzburger Landessicherheitsgesetz – ein sektorales Bettelverbot in der Steiermark und damit auch in Graz in Zukunft durch Verordnung der Gemeinde erlassen werden kann.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wer noch zugehört, lieber Alexis. Vielen Dank für deinen Antrag. Aus unserer Sicht ist dieser Antrag auch dringlich und wir würden ihn auch gerne inhaltlich unterstützen, sollte es soweit kommen. Es ist so, dass wir dieses Thema ja schon sehr, sehr lange auch in Graz haben und es uns sehr, sehr lange auch in verschiedenen Modalitäten auch beschäftigt. Ich darf unterstreichen, dass meine Frau Clubobfrau in einer Wortmeldung vorhin auch schon angemerkt hat, dass es wirklich die Wahrnehmung gibt, dass das Betteln auch zunimmt, dass es mehr Leute gibt, die in der Stadt unterwegs sind. In der Vergangenheit hat die ÖVP in Hauptverantwortung auch schon

versucht, diese Situation irgendwo auch zu regeln und hier eine Lösung dafür zu finden. Mit der Aufhebung des Bettelverbotes war es dann doch klar, dass es ein außerordentlich bürokratischer und langwieriger Weg wird. Und deswegen hat damals der Herr Bürgermeister, glaube ich, einen sehr, sehr gangbaren und raschen und kompromissorientierten Weg gewählt, nämlich mit Stakeholdern aus den Communitys sich auch in Kontakt zu begeben. Namentlich beispielsweise mit dem Herrn Pucher, der uns allen, glaube ich, gut bekannt ist, und wirklich dieses organisierte Betteln und das aggressive Betteln auch zu thematisieren. Ich weiß, das aggressive Betteln ist bereits verboten, aber das war auch damals sehr ein Thema. Und so ist man eigentlich dann zu einer sehr, sehr gangbaren, angenehmen Lösung für die gesamte Bevölkerung gekommen, wo es auch klar, wo dann in welchen Bereichen auch dieser Beschäftigung nachgegangen werden darf und wie sich auch die Damen und Herren, die sich durch Bettelei auch ihr Geld verdienen, auch gegenüber der Grazer Bevölkerung auch dann verhalten. Ich glaube, dass es ist der ganz wichtig ist auf die Wahrnehmungen und Empfindungen der Bevölkerung zu hören und das auch sehr, sehr ernst zu nehmen. Wenn es jetzt hier eine gangbare gesetzliche Lösung auch gibt, spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, diese Petition auch an das Land zu schicken, und dann in weiterer Folge zu schauen, ob und wie weit anhand der Wahrnehmungen und Rückmeldungen der Bevölkerung solche sektoralen Bettelverbote auch in Graz umgesetzt werden können, sollten oder müssen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Dr. Hackenberger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsteller, liebe Zuschauer. Es gibt einige Punkte, die mir sehr sauer aufschossen in dem Kontext. Es fängt an mit der angeblichen Wahrnehmung sozusagen, dass die Bettler überrennen in Graz. Ich kann diese Wahrnehmung nicht teilen und ich kenne aus meiner sozialen Umgebung niemanden, der sich in den letzten Jahren mir gegenüber in dieser Richtung geäußert hätte. Ich weiß nicht, wo Sie das herhaben, aber ich denke, es gibt auch keine belastbaren Zahlen zu dieser völlig

unbelegten Behauptung. Wenn Sie in irgendeiner Stadt aufwachen und spazieren gehen und Sie keine Bettler und keine Drogenkranken sehen, dann wissen Sie, dass Sie in einer Diktatur sind, dass Sie in einem totalitären Staat sind. Ein Kennzeichen von Demokratien in freien Staaten ist, dass es ein gewisses Verständnis und eine gewisse Toleranz dafür gibt, dass es auch arme Leute gibt, dass es kranke Leute gibt und dass das Bedürfnis, dass man die wegsperren und außer Sicht bringt, einfach nicht so groß ist, dass man sie wirklich wegsperren muss (*Appl.*).

Das ist das eine, das zweite ist das Stereotyp, dass Betteln organisiert ist. Ich habe mir jetzt in der letzten Stunde kurz angeschaut, was es zu dieser Frage denn für Unterlagen gibt und für Studien gibt. Ich sage Ihnen kurz, was ich gefunden habe. Eine Grazer Studie von einem Grazer Wissenschaftler der Uni, der seine Studien unter dem Titel „die imaginierte Bettelflut in Graz“ stellt und feststellt, dass der Vorwurf, Bettelei sei in Graz organisiert und kriminell, einfach nichts anderem als dem Wunsch entspringt, Argumente gegen Bettler zu finden und Bettler zu Tätern zu machen. Das ist eine Studie, es gibt eine interessante Diplomarbeit von einer Teresa Weiler von der Uni Wien, die zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Es gibt eine umfassende Studie an Salzburg, in der kein einziger Fall von organisierter Bettelei gefunden wurde. Sie können mit dem Pfarrer Pucher sprechen, ich habe das mehrmals getan. Der vertritt genau dieselbe Meinung und dem kann man eine gewisse Erfahrung mit diesen Menschen sicherlich nicht absprechen. Es gibt eine Studie aus Vorarlberg zur vermeintlichen organisierten Bettelei, man hat auch dort nichts gefunden. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften hat auch einen Fachartikel dazu veröffentlicht. Und es gibt einen Film von der Ulli Gladik, den ich dem Antragsteller wärmstens empfehlen kann, wo man das sehr klar vorgeführt hat, die hat eine Bettlerin aus Bulgarien sehr lange Zeit begleitet. Also von organisiert und kriminell kann dort keine Rede sein. Wenn Sie darauf verweisen, dass der Verfassungsgerichtshof in Salzburg das goutiert hat, dann ist das in dieser Form absolut unwichtig, der Verfassungsgerichtshof hat nur eine Beschwerde zurückgewiesen einer Bettlerin, von der wir keinen Sachverhalt kennen, sodass die Behauptung, der Verfassungsgerichtshof würde das als verfassungsgemäß anerkennen, schlicht und

einfach nicht richtig ist. Und als letztes stellt sich für mich schon die Frage, müssen wir wirklich an die Kippe gehen, müssen wir an die Grenze gehen und die Zügel so anziehen, dass es gerade noch nicht menschenrechtswidrig ist? Ich will nicht Mitglieder der Gesellschaft sein, die so denkt und alles tut, um Menschen, die arm sind, denen es nicht gut geht, so an den Rand zu drängen, dass man sie nicht mehr sieht und nur wirklich Menschenrechtswidrigkeit anzuerkennen als Grenze für eine derartige Vorgehensweise. Wir werden also diesem Antrag nicht zustimmen und wir werden diesem auch die Dringlichkeit aberkennen. Ich glaube, das konnte man meinen vorhergehenden Worten ja unschwer entnehmen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Pointner: (zur Geschäftsordnung)

Es tut mir sehr leid, aber wir haben das Statut und wir haben wirklich den roten Panther, und ich möchte sehr herzlich um Einhaltung der Redezeit bitten (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.19 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich kann fast 90 % von dem, was Gemeinderat Hackenberger gesagt hat, unterstreichen. Wegsperrern ist sowieso nicht die Lösung, nur am Beginn habe ich mich jetzt ein bisschen geschreckt, weil natürlich die optimale, oder ich denke mir, das Engagement von uns allen muss genau in die Richtung gehen, dass, wenn man in einer Stadt keine Bettler mehr sieht, dann muss es nicht zwangsläufig eine Diktatur sein, sondern dann haben wir einen Sozialstaat, wo das Betteln eigentlich gar nicht notwendig ist. Also so eine Gesellschaft würde ich mir mindestens wünschen, und das ist auch anzustreben (*Appl.*).

Das muss man in letzter Konsequenz auch immer wieder sagen, auch wenn das manchmal utopisch jetzt erscheint, angesichts der internationalen Situation, weil,

wenn man weiß, warum es so ist. Bei uns ist ja tatsächlich so, dass es niemand machen muss. Also wenn wir jetzt reden von unseren, und die Menschen, die aus anderen europäischen Ländern, das muss man ja sagen, die sind größtenteils aus osteuropäischen Ländern oder südosteuropäischen Ländern, da haben wir einen guten Konsens in der Vergangenheit gehabt, dass wir, genau wie du es auch angesprochen hast, und für Begleitung, auch für Engagement und Einsatz, vor allem das ist ein Faktum, vor allem der Vinzenzgemeinschaft, das kann man gar nicht oft genug danken, gelungen, auch vielen, nicht nur eine Heimstätte zu geben, sondern etliche sogar bei uns einen Beruf nachgehen können und tatsächlich eine Heimat gefunden haben. Und es ist auch wahr, und das ist nicht immer angenehm, das muss man auch dazusagen, es geht ja auch nicht, Dinge schön zu reden, es gibt auch Phasen, das ist nicht immer von langer Dauer, wo Betteln in einer Aufdringlichkeit passiert, die wir aber auch nicht uns wünschen, habe ich selbst auch beobachtet, das ist aber phasenweise. Das ist nicht konstant, und da werden wir auch nicht überrannt, oder man darf jetzt nicht hier mit Extremitäten oder geschweige denn, aber das gibt es, und das festzuhalten oder festzustellen ist zumindest legitim, nur die Lösung kann nicht, also von dem halte ich nichts, von so einem Dringlichkeitsantrag, nicht, weil man es nicht beobachten sollte, wie der Umgang zueinander ist, aber das ist noch immer recht gut gelungen, und das spricht eigentlich für unsere Stadt Graz sehr, in Zusammenarbeit auch durchaus mit der Ordnungswache oder mit der Exekutive, genau das einzuhalten, auf das wir uns geeinigt haben, dass nämlich aggressives Betteln und Betteln von Kindern untersagt ist. Und das, denke ich, das ist ein Konsens, mit dem wir leben können und der auch notgedrungenerweise all das, was der Kollege Hackenberger gesagt hat, warum, das passiert ja auch, man auch nicht leugnet, weil es eine Realität ist auf dieser Welt. Und das wollte ich eigentlich dazu nur anmerken. Das ist mir wichtig, das zu sagen, vor allem das Ziel, das wir alle gemeinsam nicht aus den Augen verlieren sollten (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.22 Uhr).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vieles würde mir jetzt einfallen zur Wortmeldung vom Kollegen Hackenberger, aber es hat eine sehr wahre Wortmeldung vom Kollegen Pointner gegeben, dass wir ein bisschen auf die Zeit achten, deswegen werde ich jetzt versuchen, diese drei Minuten wirklich nicht ganz auszureizen. Zum einen, Herr Kollege Hackenberger, es ist schon ein Unterschied, ob der Verfassungsgerichtshof eine Klage abweist oder zurückweist, das hast du etwas verwechselt. Zum anderen, in einer Diktatur gibt es sicher keinen Verfassungsgerichtshof wie den Österreichischen, der zu dieser Thematik, meines Erachtens nach, schon klar Stellung genommen hat. Ich weiß, man versucht dann immer einem Mandanten ein Scheitern vor dem Gerichtshof irgendwie anders zu erklären, ja, ja, das Gericht ist ja doch auch nur politisiert, aber in dem Fall kann man dem Verfassungsgerichtshof wirklich nicht absprechen, dass er seiner Würdigung der Causa durchaus die Verfassung im Blick hatte. Das hoffe ich zumindest. Zum anderen, ich habe es ja vorhin schon erwähnt, es war ja deine Partei auch in der Landesregierung und hat das vollkommen mitgetragen. Also ich hoffe jetzt nicht, dass deine Partei in Salzburg, bei der Beteiligung und Errichtung einer Diktatur hier irgendwie mitgespielt hat. Das ist schon sehr, sehr weitergeholt. Wie du sagst, du siehst diese Bettelei nicht oder dir ist das noch nicht passiert, und du hast auch in deiner Umgebung niemanden, dem das passiert ist, dann wundere ich mich schon, weil ich bin halt auch aufgrund der Tätigkeit hier im Haus notgedrungen oft in dieser Gegend und mir passiert das sehr, sehr oft. Ich mache auch Videos davon, bringe es zur Anzeige, immer nur das aggressive Betteln. Also das passiert, das passiert einfach. Man kann natürlich immer sagen, man sieht die Dinge nicht, dann sieht man sie auch nicht. Das ist auch klar. Ich habe wirklich auch darauf verwiesen, das ist jetzt nicht etwas, was eine Diktatur heraufbeschwört, das ist schon bei Gott nichts Rechtsextremes, das ist nichts, was irgendwie die Verfassung diskreditiert oder in irgendeiner Art und Weise. Das ist einfach die Möglichkeit ein Problem zu lösen. Weil die Bettelei löst ja auch nicht das Problem, das diese Menschen haben, das muss man auch dazusagen. Und die organisierte Kriminalität, die auch in diesem Bereich stattfindet, das ist die organisierte Bettelei. Die organisierte Kriminalität in Österreich zeichnet sich dadurch aus, und

damit habe ich mich in den letzten Monaten sehr damit befasst, weil ich auch in einem anderen Bereich mit organisierter Kriminalität zu tun habe, aber das ist ein anderes Thema, die organisierte Kriminalität zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie zu wenig bekämpft wird und unter dem Radar agiert. Da gibt es wenig Zahlen, die gibt es wenig Studien, die sind ja auch nicht so blöd, dass die das am Tableau tragen. Und wie soll man in eine Community herein, wie diese Bettler-Community, und diese Informationen herausbekommen? Da gibt es einfach zu wenig. Und bitte auch, Frau Bürgermeisterin, ich habe Ihrer Wortmeldung durchaus etwas abgewinnen können, da wird niemand weggesperrt, niemand. Also da wird wirklich niemand weggesperrt. Das geht es um eine Strafe, eine Verwaltungsstrafe, da zahlt jemand ein bisschen Geld, wenn er einen Verstoß hat. Sie haben das so dargestellt, als kämen dann die, ich habe hier Moskau vor Augen gehabt, wo dann die Omon-Einheiten kommen und den herausprügeln aus der Stadt. Also mit Nichten war das die Intention dieses Antrags, da bekommen jemand eine Verwaltungsstrafe. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung, und habe die Zeit eingehalten (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

8.9 Sicherheitskonzept für Grazer Hundewiesen (GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuseher. Wie in der Fragestunde schon angekündigt, kommt jetzt der dringliche Antrag zur Sicherheit auf und rund um Hundewiesen. Hundewiesen sind ja ein ganz wichtiger Bestandteil davon, dass Hunde in einer Stadt artgerecht gehalten werden können. Die Möglichkeit des gesicherten Freilaufs, das heißt, ohne Maulkorb, ohne Leine, gemeinsam mit Artgenossen, ist für viele Hunde Teil eines glücklichen Hundelebens. Doch leider ist diese Sicherheit nicht immer gewährleistet.

Wie wir schon gehört haben, sind leider am Pfingstwochenende zwei Hunde verändert durch Giftköder. Einmal der zweijährige Rottweiler-Rüde Destino, der Hundewiese in Gösting vergiftet wurde, und einmal der vierjährigen Prager-Rattler Balu, der auf seiner Gassirunde am Floßlend plötzlich Blut gespuckt hat. Sein eignes Tier so leid zu sehen, sollte wirklich jedem Hundehalter und Tierhalter erspart bleiben. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, die das Risiko von solchen Giftköderauslegungen minimieren. Natürlich ist ein wichtiger Punkt dazu die Information der Hundehalter, eine Sensibilisierung der Hundehalter und die Hundebroschüre GRAZWUFF wäre eine gute Gelegenheit, die Hundehalter zu informieren, wie man seinen eigenen Hund am besten vor so etwas schützen kann, beispielsweise Antigiftködertraining, da gibt es sehr viele Möglichkeiten. Auf der Homepage der Stadt Graz wird aktuell verkündet, dass GRAZWUFF gerade überarbeitet wird und das bereits für das Jahr 2022 eine Neuauflage geplant war. Eine Neuauflage, das wird sich nicht mehr ganz ausgehen. Seit gestern steht 2024, auch das finde ich wiederum nicht gut, weil das Rad muss ja nicht neu erfunden werden, sondern es geht wahrscheinlich um eine Erweiterung oder Aktualisierung dieses Hundemagazins. Zum Glück gibt es aber seit kurzem durch die Stadträtin Claudia Schönbacher einen digitalen Hundestadtplan, wo solche Informationen dann für Tierhalter und Hundehalter zu finden sind. Also die Information der Hundehalter ist eine Sache, natürlich braucht es einfach mehr Maßnahmen zur Sicherheitssteigerung. Ein Vorschlag unsererseits, wie der Fragestunde erörtert, ist ja die Aufstockung der Ordnungswache und damit die Aufstockung der Hundestreife, die eben intensiver die Hundewiesen absuchen soll, oder eben alleine durch ihre Präsenz eine abschreckende Wirkung haben kann. Wie von Frau Bürgermeister beantwortet, stößt unser Vorschlag hier leider nicht auf besonders positive Resonanz. Dafür kommt jetzt offenbar ein Abänderungsantrag, zu dem ich gleich sagen möchte, alles was die Sicherheit der Hunde in der Stadt Graz erhöht, wird von uns begrüßt und natürlich unterstützt. Jetzt einmal zu unserem Antrag. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis Ende September/Anfang Oktober ein Sicherheitskonzept erarbeiten, das die Grazer Hundewiesen und die Bereiche rund um die Grazer Hundewiesen sicherer vor Giftködertattacken macht.
2. Dieses Sicherheitskonzept soll auch Überlegungen enthalten, wie die Grazer Hundewiesen und die Bereiche rund um die Grazer Hundewiesen per Videosicherheitseinrichtung vor potenziellen Giftködertattacken geschützt werden können.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Grazer Hundewiesen bieten Hunden in einem eingezäunten Bereich Spiel- und Freilaufflächen, auf denen sie sich ohne Leinen- oder Maulkorbpflicht austoben und sich mit ihren Artgenossen sozialisieren können. Die Grazer Hundewiesen sollen deshalb ein Ort sein, in dem sich die Hunde in einem sicheren beziehungsweise abgesicherten Bereich bewegen dürfen.

Doch leider kann die Stadt Graz nicht immer für die Sicherheit der Hunde garantieren. So sind am Pfingstweekenende zwei Hunde verendet, nachdem sie Giftköder gefressen hatten. Am Sonntag wurde der zweijährige Rottweiler-Rüde Destino auf der Hundewiese nahe der HTL Bulme in Gösting vergiftet und ist am Weg in die Tierklinik verendet. Danach traf es den vierjährigen Prager-Rattler-Rüden Balu. Bei seiner Gassirunde hustete er Schaum und fing an, Blut zu speien. Balu musste in der Tierklinik eingeschläfert werden. In beiden Fällen sollen Giftköder der Grund für die verendeten Tiere gewesen sein.

Giftködertattacken stellen für ihre Besitzer eine große finanzielle und allem voran psychische Belastung dar. In vielen Fällen gehen Giftködertattacken leider tödlich aus.

Es ist für die Besitzer und Familien alles andere als leicht, ihr Haustier und damit einen Teil ihrer Familie zu verlieren. Daher muss alles dafür getan werden, Hund und Mensch rasch und so gut es geht vor den Folgen hinterhältiger Giftköderattacken zu schützen. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis Ende September/Anfang Oktober ein Sicherheitskonzept erarbeiten, das die Grazer Hundewiesen und die Bereiche rund um die Grazer Hundewiesen sicherer vor Giftköderattacken macht.*
- 2. Dieses Sicherheitskonzept soll auch Überlegungen enthalten, wie die Grazer Hundewiesen und die Bereiche rund um die Grazer Hundewiesen per Videosicherheitseinrichtung vor potenziellen Giftköderattacken geschützt werden können.*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Slama:

Liebe alle, so schnell bin ich wieder da. Ich sage erst einmal, danke für den Antrag. Ich bin selbst, glaube ich, mittlerweile sehr offensichtlich ein großer Hundefan, aber 15 Jahre lang selbst Hundebesitzerin, leider nicht mehr. Das heißt, ich weiß wie schwierig das ist, so ein Familienmitglied zu verlieren und wie schwierig das ist, wenn es vor allem unter solchen Umständen ist. Deswegen stimmen wir zu 100 % zu. Es braucht Maßnahmen und wir müssen alles in unserer Kraft Stehende tun, damit diese Erfahrung niemand machen muss. Das Einzige, womit wir nicht d'accord gehen, sind dann die vorgeschlagene Maßnahme, weil mittlerweile haben wir schon sehr oft gesehen, dass Videoüberwachung leider gar nicht so gut funktioniert und gar nicht so

wirksam ist dann im Endeffekt, vor allem, wenn es so etwas Punktuelleres wie auf einer Hundewiese ist, wo man dann eben verummmt hingehet oder das von hinter der Kamera auf die Wiese wirft. Also ob das die wirksamste Weise ist, glaube ich nicht jetzt nicht unbedingt. Genau deswegen darf ich den folgenden Abänderungsantrag einbringen. Und zwar weil wir meinen, wir finden hier sicher eine gute Lösung, wenn wir hier alle zusammen wirklich daran arbeiten, und wenn wir auch die Menschen, die es dann im Endeffekt umsetzen müssen, miteinbeziehen, und da auch schauen, was es vielleicht schon gibt an Möglichkeiten, die hier helfen können.

Der

Antrag

lautet deswegen:

Die für Tierschutz zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird beauftragt, einen Runden Tisch einzuberufen, um gemeinsam sinnvolle und effektive Maßnahmen zu diskutieren und zur Umsetzung vorzuschlagen, die die Grazer Hundewiesen sicherer vor Giftköderattacken machen. Zu diesem Runden Tisch sollen insbesondere Vertreter:innen der Holding Graz, der Abteilung für Grünraum, der Ordnungswache und der Polizei, externe Expert:innen wie etwa den Verein „Sicher Leben“ sowie die Tierschutzsprecher:innen der im Gemeinderat vertretenen Parteien eingeladen werden. Ich glaube, wir können hier sicher etwas sehr Gutes finden, das auch sehr gut funktionieren wird. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der Dringliche Antrag „Sicherheitskonzept für Grazer Hundewiesen“ wird folgendermaßen

abgeändert:

Die für Tierschutz zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird beauftragt, einen Runden Tisch einzuberufen, um gemeinsam sinnvolle und effektive Maßnahmen zu diskutieren und zur Umsetzung vorzuschlagen, die die Grazer Hundewiesen sicherer vor Giftködertattacken machen. Zu diesem Runden Tisch sollen insbesondere Vertreter:innen der Holding Graz, der Abteilung für Grünraum, der Ordnungswache und der Polizei, externe Expert:innen wie etwa den Verein „Sicher Leben“ sowie die Tierschutzsprecher:innen der im Gemeinderat vertretenen Parteien eingeladen werden.

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Bevor ich was zum eigentlichen Antrag sage, noch kurz zum Hundestadtplan. Da möchte ich nur sagen, dass das ursprünglich eine Initiative von mir war, wo ich zunächst eine eher ablehnende Antwort von der Frau Stadträtin Schönbacher bekommen habe. Freue mich aber umso mehr, dass dieser jetzt umgesetzt worden ist. Zum Antrag, ich sehe absolut die Dringlichkeit und bin dankbar für diesen Antrag. Ich habe vor über einem Jahr auch schon in der Fragestunde, aus gegebenem Anlass damals, eine Anfrage an die Stadträtin Schönbacher gestellt. Da ging es, glaube ich, um Giftköderfunde im Augarten damals. Also es ist eben nicht nur auf den Hundewiesen, sondern man sieht es ja auch auf Spazierwegen, Parks und so weiter, ist es leider immer wieder ein Problem, dass Giftköder ausgelegt werden. Schlimm genug für die Tiere, die darunter leiden, für deren Besitzer:innen, aber natürlich auch für andere Wildtiere, die eventuell diese Köder fressen oder auch für Kinder, die sowas vielleicht finden können. Ich bin hier auch eher beim Antrag von der Kollegin Slama, dass man sich einmal zusammensetzt in breiter Runde, und schaut, was sind denn geeignete Maßnahmen. Kameras sehe ich auch eher schwierig, wie schon angesprochen, die kann man umgehen. Und es betrifft ja nicht nur Hundewiesen, sondern jeden möglichen Grünraum, wo sich Hunde aufhalten. Hier überall Kameras aufzustellen wäre dann wahrscheinlich von den Ressourcen her schwierig und in einer liberalen Gesellschaft auch nicht wünschenswert, dass wir hier eine großflächige Kameraüberwachung haben. Aber ich bin eben absolut dafür, dass wir uns hier

zusammensetzen, dass man hier Expert:innen einlädt und schaut, wie kann man hier am besten dagegen vorgehen (*Appl.*).

StRⁱⁿ Schönbacher:

Tierschutz ist mein Herzensthema, das merkt man wahrscheinlich auch an meiner Arbeit, und deswegen freue ich mich besonders, dass Sie mir die Kompetenz zusprechen, dass ich diesen Runden Tisch machen darf. Was ich natürlich sehr, sehr gerne tu. Alles was ich bezüglich des Tierschutzes tu, ist, dass ich einfach darauf achten möchte, dass ich mit guten, einfachen und kostengünstigen Maßnahmen ein gutes Miteinander schaffe, weil der eine mag die Tiere, der andere mag sie nicht, und da soll man auch ein gutes Verständnis dafür schaffen. Deswegen, weil der Hundestadtplan heute schon erwähnt worden ist, möchte ich hier auch noch dazu erklären, also, Frau Gemeinderätin Katzensteiner, ich bin Ihnen irrsinnig dankbar, oder dir irrsinnig dankbar für diese Idee, du wolltest ja eine App haben, die App hätte aber sehr viel Geld gekostet. Die App war gefordert und deswegen haben wir das abgeändert auf einen Hundestadtplan, und so haben wir einfach gut zusammengearbeitet, uns gefunden und eine günstige und schnelle Lösung, die wir selbst im Haus anbieten konnten, und das ist wirklich eine übergreifende Zusammenarbeit, die wir hier geschafft haben, nämlich über mehrere Zuständigkeiten, auch mit der Bürgermeisterin-Stellvertreterin. Und da bin ich natürlich sehr stolz darauf, dass wir das so schnell umsetzen konnten und der Hundestadtplan so gut angenommen wird. Wir bieten ja auch noch kostenloses Hundetraining auf Hundewiesen an. Jetzt sind wir gerade im Augartenpark und da haben wir schon sehr viele Ideen gemeinsam mit den Tierschützern, mit den Hundetrainern und mit den Besitzern ausarbeiten können, was man alles auch tun kann, um auf gewisse Dinge aufmerksam machen zu können. Und bezüglich Hundewiese, glaube ich, werden wir hier bestimmt eine sehr gute Lösung finden. Ich bin natürlich bereit dazu, dass wir diesen Runden Tisch machen und dass Sie alle hier sehr herzlich eingeladen sind, ist sowieso selbstverständlich für mich, und

wir werden hier gemeinsam bestimmt etwas Gutes erarbeiten. Und ich hoffe, dass das Konzept, das wir erarbeiten, dann auch in Umsetzung kommt. Herzlichen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

So heute zum letzten Mal, zumindest ich, an diesem Pult. Das Anliegen ist dringend, das ist klar. Also das ist ein wichtiges Anliegen. Auch uns liegt das Tierwohl sehr am Herzen und die Unterstützung derer, die sich in der Hinsicht engagieren. Unser Vorschlag wäre eigentlich die getrennte Abstimmung, damit wir dem Punkt 1 zustimmen können, weil der Punkt 2 aus datenschutzrechtlichen Gründen jetzt im Ursprungsantrag für uns einfach schwer vertretbar wäre. Beim Abänderungsantrag muss man sich die Frage stellen, was das genau bedeutet. Aus meiner Sicht ist das nämlich einfach eine Extrarunde, wo man quasi aus der Verantwortung selber der zuständigen Stellen noch einmal eine Runde dreht, um mit der zuständigen Stadträtin Schönbacher ich weiß nicht was zu besprechen, weil im ersten Punkt steht drinnen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz. Man möge ich bitte korrigieren, aber dazu gehören wahrscheinlich so Sachen wie die Holding, der Grünraum, die Ordnungswache, etc., Dinge, die in Zuständigkeit von verschiedenen Stadtsenatsreferenten sind. Nämlich von der Frau Bürgermeisterin, vom Herrn Finanzstadtrat, von der Vizebürgermeisterin. Aus diesem Grund wäre es eigentlich ganz einfach dem zustimmen und zu sagen, diese Personen und Zuständigen setzt sich zusammen und finden eine Lösung. Aus dem Grund ist mir der Abänderungsantrag nicht ganz klar, weil das bedeutet einfach, dass man eine Schleife einzieht. Das ist zumindest mein Verständnis, man möge mich korrigieren. Aber wenn dem so ist, würde ich bitten, im Sinne der Effizienz, noch einmal darüber nachzudenken, den ursprünglichen Antrag in getrennter Abstimmung einfach abzuhandeln. Das wäre, glaube ich, im Sinne des Tierwohls und einer schnellen Erledigung besonders zielführend. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Vielen Dank für die positiven Wortmeldungen. Es freut mich, dass es hier drinnen auch Themen gibt, wo wir so harmonisch miteinander umgehen können. Ich kann der Wortmeldung von Kollegin Unger auch etwas abgewinnen, weil unsere Punkt 1 im Endeffekt den Abänderungsantrag ja beschreibt. Aber mir ist schon klar, warum es diesen Abänderungsantrag gibt. Das ist halt Politik. Und wie gesagt, mir ist es einerlei, Hauptsache, es kommt zu einer Verbesserung für die Hunde. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Katzensteiner: (zur tatsächlichen Berichtigung)**

Bezüglich Hundestadtplan, ich habe jetzt noch einmal meinen Antrag herausgesucht, um mich noch einmal Schwarz auf Weiß zu überzeugen. Ich habe nicht eine App gefordert, sondern um die Erstellung eines digitalen Hundestadtplanes gebeten, der jetzt auch so gekommen ist. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Das ist nur eine inhaltliche Korrektur, ansonsten kann ich mich nur persönlich dem, was die Kollegin Schleicher gesagt hat, anschließen. Ich sehe den Abänderungsantrag nicht als ein Wegwischen des Anliegens, ganz im Gegenteil, ich habe das gerade der Kollegin Schönbacher gesagt. Ich finde das gut und richtig, dass die Kollegin bei uns in der Stadtregierung, die für das Tierwohl und den Schutz zuständig ist, sie umso mehr einzubinden und gerne, weil es ja richtig ist, es sind mehrere Zuständigkeiten bei den Stadträten da, Sicherheitsmanagement ist bei mir, Ordnungswache ist beim Manfred und so weiter. Und ich finde, dass die alle an einen Tisch gehören, und ich finde, dass der Abänderungsantrag durchaus in dieser Intention ist, die Sie möchten (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

**8.10 Keine Parkgebührenerhöhungen
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht um die angekündigte Erhöhung der Parkgebühren, wieder einmal. Warum wieder einmal? Weil inzwischen wieder zwei Monate vergangen sind, sehr viele Menschen auf uns zukommen und der finanzielle Druck immer weiter und weiter steigt. Das ist meiner Ansicht nach, einfach der absolut falsche Zeitpunkt, Gebühren jeglicher Art, und ob einen das Auto und das Parken freut oder nicht, momentan zu erhöhen. Wir wissen, dass sich die Situation finanziell immer weiter verschärft, in der nächsten Zeit wird der Leitzins der EZB noch einmal angehoben. Das betrifft nicht nur Wohnungskredite, sondern auch Konsumkredite, das betrifft sehr viele Menschen, und sehr viele Menschen, die mit dem Geld jetzt schon bereits nicht mehr auskommen. Also dementsprechend folgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu die Parkgebühren im Jahr 2023 nicht zu erhöhen. Und ich bitte hier wirklich auch vor allem die Gemeinderäte der KPÖ, sich hier von den Grünen nicht vor den Karren spannen zu lassen und nicht hier dem Druck zu unterliegen und Gebühren in der jetzigen Zeit zu erhöhen. Und weiteres eingehen möchte ich aber schon, falls es so weit kommt, zum Abänderungsantrag von Alexis. Ich kenne das Spiel natürlich, ich bringe einen Antrag ein, wir müssen den jetzt abändern, um was Eigenes in derselben Sache hier irgendwo vorzuweisen. Das verstehe ich schon. Aber grundsätzlich finde ich das absolut überschießend, weil hier drinnen kommen eben vor, dass wir jetzt die Parkgebühren sogar senken und das auf die nächsten Jahre hin bis 2025. Ich bin unter die Hellseher und Wahrsager gegangen, ich weiß nicht, wie es den Leuten in den nächsten Jahren gehen wird oder im

übernächsten. Wir können das soweit ganz sicher nicht im Vorhinein bestimmen. Das heißt, schauen wir einmal, dass wir heuer keine Gebührenerhöhung machen. Reden wir über das nächste Jahr, wenn es nächstes Jahr soweit ist. Hoffen wir, dass die Menschen diesen finanziellen Druck einfach nicht mehr haben und dass so ein Antrag dann im nächsten nicht mehr notwendig ist. Ich bitte um Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In den vergangenen Wochen sorgte die angekündigte Erhöhung der Parkgebühren für Aufsehen in der Grazer Bevölkerung. Demnach sollen ab Herbst die Parkgebühren um 25 % beziehungsweise 30 % erhöht werden. Die Grazer Bevölkerung leidet ohnehin bereits unter der Teuerung, weshalb es geboten scheint, die Bürger finanziell zu entlasten, anstatt ihnen immer weiter das Geld aus den Taschen zu ziehen. Die Belastung durch diese enorme Gebührenerhöhung noch weiter zu steigern ist hier ein Schritt in die absolut falsche Richtung, weshalb vonseiten des Gemeinderates umgehend Abstand davon genommen werden muss.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu die Parkgebühren im Jahr 2023 nicht zu erhöhen.

GR Huber:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Günter Wagner. Danke, dass du dieses Thema wiederaufnimmst. Ich habe ja vor geraumer Zeit einen ähnlichen Antrag eingebracht. Und da sind wir uns einig, dass wir, glaube ich, heuer gut damit beraten wären, wenn wir die Parkgebühren nicht erhöhen. Das wäre ein gutes Zeichen

in einer Zeit, die für viele Bewohnerinnen und Bewohner in unserer Stadt schwierig ist. Da sollten wir uns als Stadtregierung und als Gemeinderat einen Ruck geben und die Parkgebühren zumindest für 2023 einfrieren. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ja, wir haben heute viel über Baustellen bereits diskutiert, gesprochen, gestritten, wie auch immer man das jetzt sehen möchte. Fakt ist, es gibt sehr, sehr viele Bürger, es gibt sehr, sehr viele Unternehmer, es gibt Anrainer, die hier eine große Belastung durch diese Baustellen erfahren. Und wir sollten auch dazu bereit sein, in dem Punkt hier eine kleine Entlastung, ein kleines symbolisches Zeichen zu setzen. Nämlich, wir wissen, diese Baustellen, und da braucht man jetzt nicht der große Hellseher zu sein, wie du behauptet hast, Günter, wir wissen, Baustellen werden die nächsten Jahre auch weiterhin das Stadtbild prägen, ob wir es wollen oder nicht, ohne Nostradamus zu sein. Das ist leider Faktum, daher der Abänderungsantrag. Wir könnten durchaus diesen symbolischen Akt jetzt bereits beschließen, nämlich, dass wir einerseits die Parkgebühren für die Jahre 2023, 2024, 2025 um 30 % senken und gleichzeitigen prüfen, ob die Tarife für den öffentlichen Verkehr in dem Sinn auch für 2023, 2024, 2025 gesenkt werden können. Es geht in unseren Augen wirklich um eine symbolische Leistung, und das ist eigentlich von allen Parteien bis jetzt durchaus so anerkannt worden. Diese Baustellen, ob sinnvoll, wie auch immer sie gestaltet sind, ob man etwas besser machen hätte können, keine Frage, aber sie belasten jeden. Und hier ein Symbol zu setzen für die Bürger, für die Unternehmen und im Endeffekt für die Menschen in unserer Stadt, wäre ein schönes Symbol und dem sollten wir auch nachkommen (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Parkgebühren in Graz als Kompensation für die aktuelle Baustellenbelastung in den Jahren 2023, 2024 und 2025 um 30 % gesenkt werden können.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit die Tarife für öffentliche Verkehrsmittel in Graz als Kompensation für die aktuelle Baustellenbelastung in den Jahren 2023, 2024 und 2025 gesenkt werden können.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Zuschauende, falls noch vorhanden. Zu den Gebühren, es ist schön, dass die KFG auch die Öffi-Gebühren einmal auf das Tableau bringt, weil, ich glaube, wir haben nicht nur bei den Parkgebühren, sondern auch bei den Öffi-Gebühren das Thema der Erhöhungen. Dort haben wir einen Automatismus drinnen und der ist jetzt nicht immer förderlich. Und ich habe mir das noch einmal herausgesucht, 2013 haben wir 90 Cent pro halbe Stunde für das Parken bezahlt, 2023 ist ein 1 Euro, das heißt, da haben wir nicht viel getan in letzter Zeit, deswegen ist jetzt einmal eine Erhöhung auf 1,30 Euro durchaus maßvoll. Im selben Zeitraum haben wir die ÖV-Tickets auf eine Stunde dann von 2 Euro auf 2,70 Euro erhöht, heuer dann auf 3 Euro erhöht. Das ist jetzt auch nicht erfreulich. Was wir zumindest geschafft haben, ist einmal, dass die Zeitkarten, dass diese Aufwärtsspirale aufhört. Das hat begonnen mit dem von der KPÖ initiierten Antrag damals auch für den Zuschuss zu den Jahreskarten und jetzt natürlich durch das KlimaTicket, das die Grünen auf Bundesebene ja durchgesetzt haben. Also da haben wir diese Preisspirale nach oben gestoppt. Ich glaube, es wäre auch schön, um ÖV hier diesen Automatismus, dass das jedes Jahr wieder erhöht wird im Kontext vom Verbraucherpreisindex, also, dass man sich hier

etwas überlegt. Dass das beim Parken immer extra beschlossen wird, das ist auch komisch. Also hier passt irgendwas nicht in der Preisgestaltung, und ich glaube, da gibt es einiges zu tun. Tendenziell glaube ich, dass es durchaus machbar ist oder sinnvoll ist, wenn eine Stunde Parken mehr kostet als eine Stunde den öffentlichen Verkehr zu verwenden, dann hat man das Anreizsystem richtig gesetzt, ohne dass man hier ganz groß an den Kosten drehen muss. Das heißt, ja, ich glaube, es ist sinnvoll, hier weiter darüber nachzudenken wie man das Ganze macht, wie man das löst, eben gerade auch im Kontext von ÖV, aber jetzt einmal eine maßvolle Parkgebührenerhöhung, das halte ich für durchaus sinnvoll (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Wenig verwunderlich, vor allem die Wortmeldung der grünen Seite, die Parkgebühr demnach so weit anzuheben, dass man die Menschen zu ihrem Glück zwingt, und nichts anderes ist es. Zum Michi Winter noch einmal kurz, Baustellen, hat es schon immer gegeben, wird es auch immer geben. Ich glaube, hier ist es die Aufgabe, die so gut wie möglich zu koordinieren. Das ist wichtig, ja. Und ich hoffe, das wird auch in Zukunft das Bestreben sein. Aber man muss sagen, wenn man es aus wirtschaftlicher Sicht sieht, muss man ehrlich sagen, ein Wirtschaftsbetrieb kann ja einen Preis für 2025 heute auch nicht kalkulieren, das ist schon doch sehr unseriös, hier einen Rabatt von 30 % auf einen Preis, von dem ich noch gar nichts weiß, zu fordern.

Dementsprechend ist dieser Abänderer nicht sehr sinnvoll und absolut nicht zu begrüßen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich danke allen Gästen, die noch zuschauen, dass sie heute dabei waren. Wir kommen jetzt zum nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung. Ich darf auch bitten, alle Gäste auf der Galerie raus zu gehen.